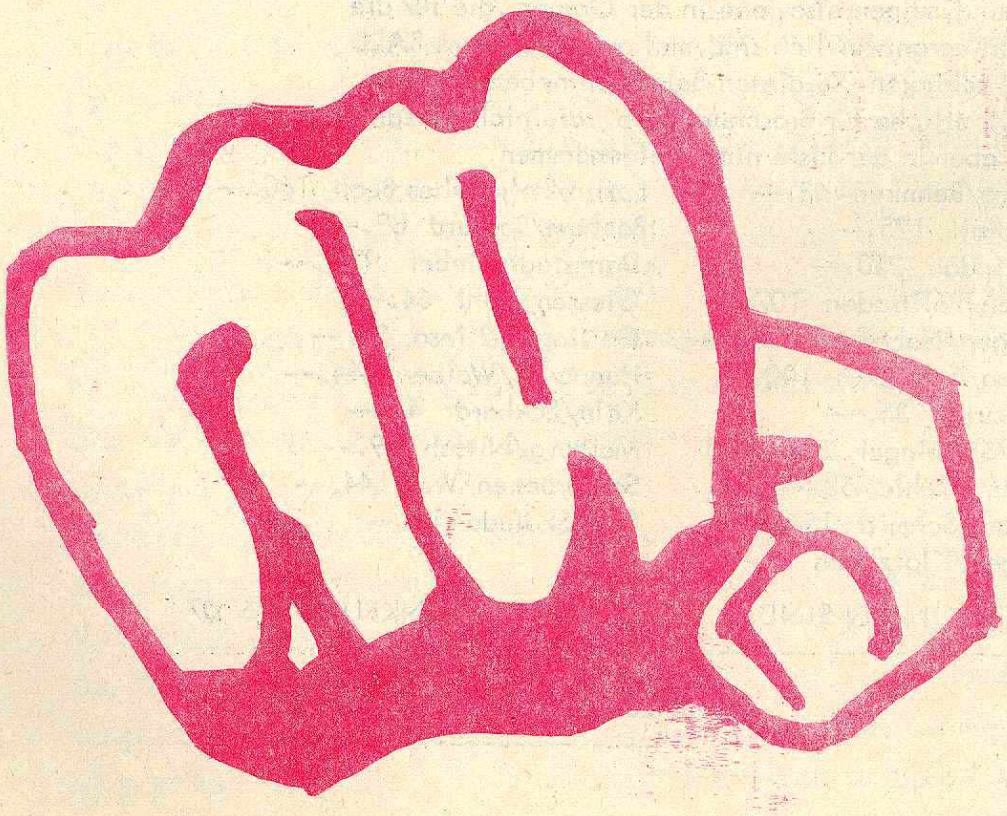
# SDS

# info 16

13.6.69



INHALTSVERZEICHNIS

S.1 Bundesvorstand-Einschätzung der Lage
S.7 Anzeigen
S.8 Zur Situation-Marburg
S.12 Organisiert die sozialistische Avantgarde-Ausbildungssektor
S.13 Zur politischen Funktion von studentischen Arbeitsgruppen
S.15 Fachschaft Jura
S.16 Organisationsdebatte Hamburg
S.20 Streik an den Ingenieurschulen in Frankfurt
S.23 Münster
S.25 Ziel der Hochschulreform:Transformation der Uni in ein Instrument der herrschenden Klasse
S.28 Köln-Beitrag zur Vollversammlung
S.31 Technokratische Hochschulreform in Konstanz
S.35 Konzilsboykott-ASTA-Kollektiv Hamburg
S.38 Madrid-Bericht eines Metallarbeiters
S.40 Anzeigen
S.41 "Neue Kritik"-Bilanz-H.Richter
S.47 Presseerklärung ASTA, SDS, ISRACA, GUPS Frankfurt/M

-- FINANZEN--- --FINANZEN--

Abgesehen davon, daß nur ganz wenige Genossen die BV-Beiträge schicken (Aufstellung im nächsten Info) wird von etlichen Gruppen nicht einmal der Info bezahlt. Damit die Genossen sich nicht sich nicht plötzlich über das Ausbleiben des Info wundern, hier eine Liste der Gruppenschulden allein für die Infos 11 bis 14(4 Nummern)
Die Genossen, die am weiteren Erscheinen des Info interessiert sind, mögen also jene in der Gruppe, die für die Finanzen verantwortlich sind, mal auffordern, uns BALD Geld zu schicken. Zu diesen Beiträgen nebenbei, kommen noch etliche für Broschüren etc., die nicht bezahlt wurden, aber in der Liste nicht aufgenommen.

| | |
|---|---|
| Augsburg/Behnken 63.-- | Berlin/Politisches Buch 160.-- |
| xBerlin/Infi 125.-- | Bochum/Boshard 83.-- |
| xBonn/Lindau 250.-- | xDarmstadt/Siebert 105.-- |
| xErlangen/Politladen 107.-- | Giessen/Höhl 44.-- |
| Göttingen/Haberkamm 46.-- | Göttingen/Kieso 20.-- |
| xHamburg/Spartakus 100.-- | Hannover/Waiberg 44.-- |
| Kiel/Harten 35.-- | Köln/Eckhardt 44.-- |
| Mainz/Stiebinger 20.-- | Marburg/Nitsch 59.-- |
| München/Rühle 53.-- | Saarbrücken/Wolf 44.-- |
| xStuttgart/Schmitt 154.-- | Sylt/Skoluda 11.-- |
| Tübingen/Klotzbach 75.-- | |

UNSERE KONTEN SIND: POSTSCHECK FRANKFURT 316 07

DRESDNER BANK 28 24 27

Im aktiven Streik im Wintersemester verwandelte sich die abstrakte Verweigerung gegenüber dem bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb mit der hilflosen Hoffnung auf institutionelle Veränderungen zugunsten der politischen Arbeit der Studenten in Ansätze von Selbstorganisation.
In der konkreten inhaltlichen Arbeit in den Arbeitskreisen sollte von der Reflexion über die Rekonstruktion revolutionärer Theorien bis zur Diskussion um die Berufsperspektiven in Schwerpunktbereichen (Schule, THs, etc.) Ansätze entwickelt werden, die die Revolte an den Hochschulen unabhängig von der zu erwartenden Verabschiedung des Ordnungsrechts und der technokratischen Hochschulreform in politischen Kampf außerhalb der Universsität überführen.
Die Universität selbst sollte der Ort sein, an dem die Ausbildung und die Organisation zur revolutionären Arbeit außerhalb der Universität sich vollziehen sollte.
Die Tatsache, daß auch der Aktive Streik verbunden wurde mit der Forderung nach institutioneller Absicherung der Ansätze studentischer Selbstorganisation, die Tatsache, daß diese Arbeit in der Agitation zum Teil von dieser institutionellen Absicherung als abhängig bezeichnet wurde, hat mit zum wissenschaftsimmanenten Versanden der Arbeitskreise beigetragen.

Ergebnis des Aktiven Streiks war an allen Universitäten die Herausbildung von Basisgruppen in nahezu allen Fächern. Parallel zu dieser Dezentralisierung der politischen Arbeit vollzog sich ein Prozeß der Verselbständigung dieser Basisgruppen voneinander. Gemeinsame Diskussionen um ein einheitliches Vorgehen kamen kaum zustande. Die richtigen Ansätze der Dezentralisierung, die zu begreifen waren als das Entwickeln von arbeitsteiligen Strukturen, die einer großen Zahl von Genossen eigenverantwortliche praktische politische Aufgabenbereiche eröffneten, verkamen zu oft hilfloser Verselbständigung, weil es nicht gelang, die Arbeit in den Basisgruppen als das sinnvolle und für das weitere gemeinsame Vorgehen an der Universitat notwendige Rekonstruieren einer zentralen Ebene der politischen Diskussion und Entscheidung zu begreifen. (Das einzige vereinheitlichende Moment - wenn auch mit einem falschen antiautoritären und subjektivistischen Anspruch vorgetragen - war die Emanzipationsdebatte sowohl zur Befreiung von Ordinarienautorität als auch der von Wissenschaft zur Praxis; ohne diese Debatte wäre wohl nie das Verhältnis

von Wissenschaft und Politik im Sinne einer organisatorisch notwend gen Arbeitsteilung geklärt worden).
Die Basisgruppen sind in ihrem isolierten Bemühen, politisierende aktive Aufklärung in der politischen Praxis an den Instituten so zu leisten, daß die Beteiligung an der politischen Arbeit der Basisgruppe verstärkt würde, weitgehend gescheitert.

Zu Beginn des Semesters wurde das deutlich in den Schwierigkeiten, eine größere Zahl von Studenten überhaupt zur politischen Arbeit zu motivieren.
Die Studentenrevolte und besonders der Aktive Streik haben die Einsicht in den entmündigenden Charakter des bürgerlichen Studiums einer großen Zahl von Studenten ebenso vermittelt, wie sie die Verwertungszusammenhänge von Wissenschaft und Kapital verständlich erklärt hat.
Das Umsetzen dieser Erkenntnis aus latentem Unbehagen am Studium in organisierten politischen Kampf ist abhangig von der klaren politischen Zielsetzung in Bezug auf das Ordnungsrecht und die ~~XXXX~~ Technokratische Hochschulreform, von der aus den praktisch politischen Auseinandersetzungen gewonnenen Einsicht in die Notwendigkeit der politischen Arbeit in den Basisgruppen.

Die Masse der Studenten verharrt nach wie vor in ihrem konsumptiven Verhalten und Bewußtsein. Zu Beginn des Sommersemesters stand die Diskussion um die Projekte und die Arbeit um die Berufsperspektiven in den Kerngruppen an den Universitäen im Mittelpunkt. Die Diskussionen, die während der ganzen Ferien~~x~~ geführt worden waren - die Kaderdiskussion, das Verhältnis inneruniversitärer Arbeit als Ansatz außeruniversitärer politischer Praxis und außeruniversitären Kampfes, die daraus folgenden ~~xx~~ organisatorischen Konsequenzen - wurden jetzt in die studentische Öffentlichkeit getragen und dort weiterdiskutiert. Dabei wurde die unterschiedliche Aufgabenstellung, die Organisation der Politisierten als Voraussetzung für jede weitere Mobilisierung einerseits und diese Mobilisierung selbst andererseits nicht mehr klar berücksichtigt.
Für die politische Arbeit an der Universität hatte das die endgültige Verselbständigung der Basisgruppen zur Folge. Die Basisgruppen verloren ihre Funktion, als Teil der studentischen Avantgarde den Widerstand in Teilbereichen, aber auf das Ganze bezogen, zu organisieren. Stattdessen stand im Mittelpunkt

ihrer Arbeit der zum Teil reformistische Kampf um institutionelle Absicherungen und Veränderungen oder das isolierte theoretische Vorsichhinarbeiten, ohne daß dadurch das Studium der übrigen Studenten beeinflußt wurde.

Die partikularistischen Ansätze, bei denen in der letzten Konsequenz die Fächeraufteilung der bürgerlichen Wissenschaft in ihrer entpolitisierenden Funktion auch als Abwehr gegen von außen kommende Genossen, die sich an den Diskussionen beteiligen wollten, reproduziert wird, wurden noch verstärkt durch das Fehlen einer zentralen politischen Ebene, an der der Kampf der Basisgruppen sich hätte orientieren können.

Stattdessen verstärkte die Diskussion um die schwerpunktmäßigen Projekte die Partikularisierung. Diese Diskussion war wichtig, insoweit sie angab, an welchen inhaltlichen Schwerpunkten (Bundeswehr, Schüler, etc.) überhaupt politische Arbeit zu leisten sein wird; sie ging jedoch nicht auf die Bedingungen ein, unter denen politisches Engagement in diesen Projekten ~~notwendig machen~~ möglich sein kann.

Die Projektdiskussion wurde ebenso wie die Basisgruppenarbeit zum Alibi für die Unsicherheit darüber, in welcher Weise den studentischen Massen unmittelbar vor der Verabschiedung der Reformgesetze Kampfmaßnahmen abzuverlangen sind, die gegen die Formierung sich richten, von der jeder weiß, daß Änderung oder Verhinderung nicht erreicht werden kann: wo also Widerstand als Stabilisierung der politischen Arbeit an den Universitäten beschrieben werden muß.

Darüberhinaus wurde eine offene Kritik des Kampfes um Freiräume an der Universität nicht geleistet. Für die große Zahl der Studenten stellt sich unser Kampf noch immer dar als der Kampf um die Verbesserung der Studienbedingungen.

Selbst im Aktiven Streik (Frankfurter Negativkatalog) wurde die Arbeit in den Arbeits- und Basisgruppen mit dem Ziel geführt, studentische Rechte zu erlangen und neue Forderungen durchzusetzen.

Dieser Kampf übernimmt die Vorstellung der liberalen Spielräume, die das System sich leisten könne oder die zur Integration eingerichtet werden müßten. Diese Spielräume werden dann zur Voraussetzung der politischen Arbeit heraufstilisiert. So wird eine Fixierung auf die formale Organisation des Wissenschaftsbetriebes geschaffen , die den Widerstand selbst verwässert.

Auch der eigentliche Ansatz dieser Politik für institutionelle

Absicherungen und Veränderungen, nämlich in der politischen Auseinandersetzung aufgrund der Unmöglichkeit der Durchsetzung berechtigter syndikalistischer Interessen den Charakter der Universität aufzuzeigen, nutzt sich ab, wenn niemand in der Lage ist, Erfolgskriterien für diese Auseinandersetzung anzugeben. Das Problem liegt eben nicht in der Aufklärung - die ist allemal zu leisten - sondern im Angeben von politischen Perspektiven für den poltischen Kampf, der sich als tatsächliche Alternative zum bürgerlichen Studium erweist.
Die jahrelangen ergebnislosen Diskussionen um die Reform der Hochschulen, das plötzlich alle kulturellen Ländergrenzen überwindende Ordnungsrecht, die Abschaffung der verfaßten Studentenschaften müssen zur Grundlage der Bestimmung dessen werden, was Widerstand an der Universität heißen kann.
Das Erkämpfen von Freiräumen war im WS lediglich darauf gerichtet, Forderungen an diejenigen Ordinarien und Universitätsbürokraten zu richten, von denen die Studenten theoretisch längst wußten, daß sie sich nicht selbst abschaffen würden, daß sie keinen Studiengang institutionell absichern würden, der der Revolte über die Universität hinaus Stabilität in einer revolutionären kollektiven Berufspraxis sichern würde. So war der Kampf um diese institutionelle Absicherung ein spätes liberales Mißverständnis, das eher dazu diente, bei den Studenten falsche Sicherheitsbedürfnisse und kontemplative Wissenschaftshaltungen zu erzeugen und nicht die Einsicht in die Notwendigkeit des Praktizierens eines solchen Studiengangs.
Mit dieser Hypothek belastet mußten wir in diesem Semester die Moblisierung gegen das Ordnungsrecht und die Hochschulgesetze aufnehmen.
Wenn wir Ordnungsrecht und HGs als "Notstandsgesetze der Universität" bezeichneten, so war damit zweierlei verknüpft: einmal die politisierende Erinnerung an den massenhaften Protest gegen die Notstandsgesetze der BR, als eines erfolgreichen Versuchs des autoritären Staates, ohne Bruch der Legalität jederzeit diejenigen Gruppen mit Gewalt zu bekämpfen, die seine Veränderung organisiert betreiben, zum anderen aber die Agitation so zu führen, daß nicht die falsche Hoffnung ensteht, als könnten wir OR und HGs in irgendeiner Weise verhindern oder abschaffen. Eine weitere Schwierigkeit ergab sich daraus, daß sich inzwischen eine erste Trennung zwischen Massenmobilisierung, Basisgruppenorganisation und SDS-Kaderbildung vollzogen hatte, die zum Kampf gegen das OR zusammengefaßt werden mußten. Auf

diesen drei organisatorischen Ebenen hatte sich Agitation zu vollziehen. Der SDS - an den meisten Hochschulen in die Basisgruppen hinein aufgelöst - mußte lernen, sich als Kollektiv zu begreifen, das Strategiendiskussionen führt und gleichzeitig verbindliche politische Entscheidungen aus einer solchen Diskussion ableitet; die Basisgruppen mußten sich als Subjekte des politischen Kampfes verstehen lernen, die nicht allein fachspezifisch die Möglichkeiten eines kritischen Ausbildungsganges zu prüfen hatten, sondern gleichzeitig die Studenten dieser Fächer für den Widerstand nach Verabschiedung von OR und HGs mobilisieren müssen.

Das Ordnungsrecht ist die gewaltsame Absicherung einer Ausbildung, die die Individuen funktionalisieren soll für eine kapitalnotwendige optimale Ausbeutung der "Produktivkraft Wissenschaft", wobei die offene Gewaltsamkeit des OR eigentlich nur Ausdruck der organisatorischen Schwäche, des Legitimationsmangels technokratischer Reformmodelle ist. Wenn ein solches Modell richtig funktionieren soll, d.h. wenn Wissenschaft voll eingesetzt ist für die Vernichtung von Mehrwert, muß der Erziehungsprozeß für diejenigen, die diese Wissenschaft liefern und verwalten, konfliktlos und reibungslos verlaufen.

Die Trennung von Forschung und Lehre, die sich in der Trennung von Grund- und Hauptstudium in der gesamten Hierarchie von Prüfungen wiederspiegelt, hat für dieses Konfliktmanagement die Funktion, relevante, unmittelbar verwertbare Forschung nur denen zugänglich zu machen, die der Ausbildungsgang genügend angepaßt hat, d.h. die durch die durchlaufenden Prüfungen bewiesen haben, daß sie die Totalität von Ausbildung nicht mehr durchschauen, daß sie Reflexion durch Statuszuweisung ersetzt haben.

Die Absicht ist also offenbar die, den gesamten Ausbildungssektor (Gesamtschule, Gesamthochschule) so zu organisieren, daß er nur noch gerichtet ist auf eine Ausbildung, die die giganitische massenhafte Erziehung zur Anpassung leistet. (Hier wird deutlich, daß wir in diesem Zusammenhang nicht mehr nur bezogen auf die Universität argumentieren können, sondern auf den gesamten Ausbildungssektor, also Lehrlinge und Ingenieure, Schüler). Wissenschaftliche Inhalte werden also nur noch zu diesem Zweck gelehrt und verlieren ihre emanzipatorische Bedeutung im Hinblick auf gesellschaftliche Veränderungen.

Das Ordnungsrecht wäre überflüssig, wenn das System die Mittel für die ad hoc-Initiierung solcher Bewußtseinsveränderungen (human egnineering) zur Verfügung stellen könnte. Da das nicht

der Fall ist, erfüllt es in direkter nicht ~~nicht~~ manipulativer Gewaltsamkeit Katalysatorenfunktion.
Diese Einschätzung des OR ermöglicht eine Kritik an unserer falschen Fixierung an eine mögliche "Demokratisierung" der Universität, die für den Anpassungsprozeß geradezu unerläßlich ist (Drittel-Parität).
Angesichts staatskapitalistischer Verwertungsinteressen muß eine klare Trennung zwischen denjenigen Wissenschaften, die unmittelbar verwertbare Ergebnisse liefern, und denen, die Ideologie im alten Sinne produzieren, vorgenommen werden.

Diese Trennung macht das Auslagern ~~auf~~ kapitalrelevante Forschungen aus der Universität notwendig, um sie so in die direktere - von Lehrfunktionen unbeeinflußte - Verfügung des Staates als "eines Gesamtkapitalisten" zu bringen.
Die Luxuswissenschaften liefern allenfalls dann noch Manipulationstechniken, die für das Konfliktmanagement allerdings zentral notwendig sind. Lehre heißt dann: ein sorgfältig geregeltes System von Teilbereichen, die in ihrem Gesamtzusammenhang nicht mehr durchschaut werden können, wo aber jeder für sich die fachidiotische Absicherung gegen Reflexionswissen gewährleistet.
Widerstand an den Hochschulen bedeutet unterhalb der integrativen und formalen Mitbestimmungsgremien der Universität und jenseits der Reichweite des Ordnungsrechts:
1. massenhafte politische Aufklärungsprozesse auf einer zentralen Ebene zu konstituieren: in den Universitäten, in denen die Gesetze noch nicht verabschiedet sind, wird das in der Organisation von militant durchzusetzenden Streiks geleistet. Besondere Aufgaben ergeben sich hierbei in der Radikalisierung der Streiks zum Aufbrechen der falschen Einheitsfront mit den rechten Studentenverbänden.
2. In den Universitäten, in denen sich die Gesetze bereits im Stadium der Ausgestaltung befinden, in denen die Umgestaltung des Ausbildungssektors unmittelbar bevorsteht, bedeutet Aufklärung den organisierten Boykott dieser Umstrukturierung. Hier wird der enge Rahmen der auf die Universität selbst bezogenen Agitation zugunsten der Zusammenarbeit mit allen Studenten und Schülern und Lehrlingen im Ausbildungssektor aufgegeben werden müssen.
3. die inhaltliche kritische Ausbildung in der Einheit von For-

schung und Lehre für eine sozialistische Berufspraxis außerhalb der Universitat in den Basisgruppen zu organisieren.

BV

Bundesvorstand, SDS

ANZEIGEN !!!!

KONSTANZER TECHNOLOGIE - PAPER NR. 1, MAI 69
der BASIS - und PROJEKTGRUPPEN des SDS - KONSTANZ

Zweite überarbeitete Fassung erscheint im Juni 69 auf Grund der Diskussion auf dem Darmstädter Technologie-Seminar
( Pfingsten 1969 )

Zum Inhalt :

EINBRUCH DER TECHNOLOGIE IN DIE SOZIAL - UND GEISTESWISSENSCHAFTEN UND IN DIE ORGANISATION

- Stand der Technologie- Diskussion
- Charakterisierung der modernen Technologie
  " Verfügbarmachung der Kräfte des Menschen " durch technologische Soziologie, Psychologie, Erziehungswissenschaften usw., " Verfügbarmachung der Kräfte differenzierter Organisation", Flexibilität technischer Herrschaftsvermittlung usw.
- Surplus und Herrschaftsvermittlung in hochindustrialisierten kapitalistischen und revisionistischen Staaten
- Ökonomische Analyse der Flexibilität technologischer Herrschaftsvermittlung, taktische Folgerungen
- Imperialismus, Dritte Welt und Technologie
- Technokratische Hochschulreform in Konstanz
  strukturelle Funktionalisierung, inhaltliche Funktionalisierung
- Die Technologische Wende in der Erziehungswissenschaft
  1. Erziehungswissenschaft und Spätkapitalismus ( Bedarf, Steuerung usw. )
  2. Manipulationstechniken moderner Erziehungswissenschaften ( Operationalisierung, Transfer, Motivations-Technologie )
  3. Erziehungswissenschaft und Automation ( "Polarisierung", Halbfabrikate usw. )
- Ansätze einer technologischen Wende in der Literaturwissenschaft
  Umfunktionierung der Literaturwissenschaft zum Trainingsgebiet für technologische Denkweise
- Sozialisation in der Ausbildung der Naturwissenschaftler
- Anhang : Karl Steimel, Der Standort der Industrieforschung in Forschung und Lehre -aus der Sicht der Unternehmer ( Dokumentation )

Zu beziehen über : Christa Galdas, 775 Konstanz, St. Johann-Gasse 5
- per Nachnahme DM 1,- -

## ZUR SITUATION IN MARBURG

Während die linke Studentenbewegung erkannt hat, daß die Zeit der Massen-teach-ins vorbei ist, weil diesen so gut wie keine Bedeutung für die Organisierung des Widerstands an der Basis zukommt, gelang es in Marburg, an die 1400 bis dahin apathische Individuen ins audi-max zu locken, wo der eigens dazu angereiste Frankfurter Wundertäter Krahl mit gewohnter und gelungener akademischer Eloquenz Bekanntes vorschlug, nämlich: Ordinarien auszuspurren, den Lehrbetrieb lahmzulegen und langfristig den bereits erwähnten Widerstand an der Basis...vorzubereiten. Er hätte sagen können, was er wollte, in der gedämpft-festlichen Atmosphäre eines großen Theaterabends wäre alles mit wohlwollendem Beifall aufgenommen worden, und nach der Konsumschau lobten in Marburgs Kneipen abwägende Liberale die Faszination Krahlscher Rhetorik. Wer aber geglaubt hatte, daß nunmehr die wie Spaltpilze aus dem Boden wuchernden linken Subkulturen das träge Dösen auf den Mensaterassen aufgeben würden, sah sich getäuscht. Am nächsten Morgen schlich wie seit eh und jeh Marburgs harter Kern von ca. 80 Aktivisten in die Vorräume der Phil.Fak.-Sitzung und sprengte sodann das Ding mit minutiöser Präzision, ja, es flog sogar (als Zeichen erhöhter Militanz) ein Ei, wahrscheinlich, um Krahls Vorwurf vom Vorabend auszuräumen, es gebe hier eine Reihe revisionistischer Genossen.

Die politische Apathie, deren Auswirkungen in einer Phase sichtbar werden, wo HHG II und Ordnungsrecht eine massive Kampagne der Agitation und des Widerstandes erforderten, und die erst jetzt allmählich sich aufzulösen beginnt, hat ihre Ursache in der antiautoritären Revolte im SDS vom vergangenen Winter. Trotz des ungeheuren theoretischen Aufwands, der innerhalb der Gruppe getrieben wurde, und hier insbesondere von einigen verbissen Theorie akkumulierenden und sich abkapselnden in-groups, blieb der durch die Theorie per se gestellte Anspruch auf Veränderung bis dahin völlig unverbindlich. Bei gleichzeitiger Kritik an der Theorielosigkeit der übrigen zeichnete man sich durch Praxisfremdheit aus, die natürlich zu den peinlichsten Rationalisierungen führte, wonach bereits radikaldemokratisch-systemimmanente Aktionen wie Fakultäts- oder Senats-go-ins mit dem selbsterhöhenden schlichten Beiwort des "blinden Aktionismus" belegt werden konnten. Man erging sich in klugen Erwägungen über die Ursachen des Scheiterns der Arbeiterbewegung vor 33 und reproduzierte den bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb bis zum Exzess. Die Diskussion im kleinen esotherischen Zirkel wurde zum Vorwand, mit dem man über die eigene klägliche Situation hinweggehen konnte. Fixierung an traditionalistische Altgenossen, Konkurrenzverhalten im Medium Theorie und erstarrte SDS-Hierarchien, die auf dem gleichbleibenden Informationsgefälle zwischen Alt- und Junggenossen aufbauten, Haschischfeten, bürgerliche Kriminalität und zu allem Überfluß noch lähmende MVs boten den frustrierenden Praxisersatz. Avantgardistisches Bewußtsein, Relikt aus der glanzvollen Epoche Marburger Theoretiker verkam mit der Zeit zu zu arrogant-elitärem Verhalten, nach dem die übrigen Studenten allenfalls als zu bewegende Opernchöre erschienen, deren man sich zwar mitunter bediente, deren Selbsttätigkeit man aber eher fürchtete. Oberstes strategisches Ziel blieb so, wie der Genosse Schardt zutreffend beschrieb: sich selbst zu beweisen, daß man Sozialist sei, und den übrigen täglich zu versichern, daß sie es niemals würden.

Orientiert an dem sogenannten höheren Aktionsniveau anderer Hochschulorte (Januarereignisse in Frankfurt, Heidelberg, Berlin) setzte zudem die Streikbewegung völlig unvermittelt ein. Der erwartete Polizeieinsatz, der nach Meinung nicht weniger Militanztheoretiker eine breite Solidarisierung in der Studentenschaft initiieren würde und der zunächst einzigen Legitimationsgrund den neben der Solidarität für die Heidelberger Genossen darstellte, blieb aus. Damit entpuppte sich das als sozialistische Strategie ausgegebene Kalkül als schlecht organisierte Pseudospontaneität und begleitet von Handlungs- und Wiederholungszwängen sowie autoritärer Gruppenstruktur entspringenden Aggressionen schleppte sich der Streik müde und freudlos dahin. Die dabei entscheidenden und nicht geleisteten Reflexionen konnten auch inder Folgezeit nicht aufgearbeitet werden. Die von Frankfurt übernommene Institutionalisierung "anti-autoritärer Arbeitsgruppen" erstarrte deshalb zum abstrakten Dogma, deren fehlender konkret-praktischer Bezug schon im Ansatz zum Scheitern führte.

Auf den Plenarversammlungen wurden weder strategische Ansätze sozialistischer Politik diskutiert, noch konnte der Beitrag des Arbeitskreises Psychopathologie politischen Verhaltens die notwendige Organisationsfrage beantworten. Die Streikbewegung, wenngleich durch die von außen aufgesetzten Ereignisse in Heidelberg, Berlin und Frankfurt strategisch berechtigt, scheiterte so an der Unfähigkeit, deren Implikate kollektiv zu reflektieren und in eigener praktisch-politischer Vermittlung der sprichwörtlichen Ungleichzeitigkeit abzuhelfen.
Das vom Arbeitskreis Hochschule entwickelte Studienreformpapier wurde a priori als reformistisch abgestempelt. Auch scheiterte der Versuch, die außerinstitutionelle Basisarbeit innerinstitutionell zu fixieren (autonome studentische Arbeitsgruppen) - und damit die erste Voraussetzung für die Überwindung der Trennung von bürgerlichem Wissenschaftsbetrieb und sozialistischer (Berufs-)praxis.
Mit zunehmendem Zerfall des Marburger SDS, dem Absinken im linken Sumpf - in Haschisch- und "Theoriesemester-einlegen"-Ersatzideologien allerdings ging einher eine überraschende, weil von bis dahin wenig hervorgetretenen NichtSDSlern und Junggenossen geleistete Repolitisierung in den traditionell fortgeschrittenen Bereichen (Soz./Pol.) sowie die Primärmobilisierung an der Juristischen Fakultät, bei Germanisten, Geographen und Psychologen, zunächst verursacht durch vereinzelte Ideologiekritik in Vorlesungen, späterer folgende Sprengaktionen sowie durch Diskussionen auf Fachgruppenvollversammlungen.
Das Aufzeigen fachspezifischer Problematik schuf zwar Konfliktbewußtsein, allerdings bei einer zunächst amorphen Schicht von Liberalen bis Halblinken, was wiederum dazu führte, daß die bald gegründeten Arbeits- und Basisgruppen je länger je mehr zu systemimmanenten Studienhilfe- und Freizeitorganisationen zu verkommen drohten und die eigentlich zu leistende Arbeit blockierten.
Bereits monatelang wird nunmehr diskutiert, was zu tun wäre, welchem Stellenwert dieser zu leistenden Arbeit dann zukäme im Rahmen einer sozialistischen Strategie, ohne daß die Gruppen in ihrem Selbstverständnis und der von ihnen zu bewältigenden Arbeit auch nur einen Schritt weitergekommen wären. Mit der Konstituierung immer neuer Gruppen, Gremien und sonstiger Gebilde, deren Dezentralisierung, Koordinierung und Aufspaltung schuf man sich das Alibi permanenter unkontrollierter Aktivität und umging so bisher erfolgreich jedwede Praxis. Zugleich bildete sich ein ständisches Bewußtsein aus, mit dem zum Beispiel an der juristischen Fakultät in linker Reproduktion reaktionären Elitedenkens juristische Genossen sich besonders in der Lage sehen, Konflikte aufzugreifen und nach ordnungsgemäßen 9 Semestern tendenziell "die zentrale Herrschaftsinstanz des autoritären Staates" zu verunsichern.
Nach der oMV des VDS in Köln aufgetretene vernebelte Vorstellungen von einer erst noch zu entwickelnden revolutionären Berufspraxis, Angst vor Disziplinierungsmaßnahmen der Universitätsadministration (insofern hatte die Relegation von des Einzelkämpfers Nolle verheerende Folgen), die Abstraktheit Parolen wie "Syndikalisierung der Überbauberufe", "Bereitet Euch im Studium auf den Klassenkampf = revolutionäre Berufspraxis vor", das Fehlen einer Schutzfunktion ausübenden Organisation, die die Vereinzelung abwehren könnte, führte vorübergehend zur teilweisen Auflösung einzelner Basisgruppen, zum Rückzug aufs privatistische Studium. Verstärkt wurde diese Tendenz noch durch das Fehlen von Kadern, die die Basisgruppenarbeit von dem Zwang befreit hätten, zweierlei und damit zuviel zu leistenzu müssen:
Einmal die praktisch-politische Arbeit und deren theoretische Vorbereitung - und zum andern das Auffangen neu "herausgebrochener Individuen", wobei zwar beides gleichermaßen notwendig war, wegen des auftretenden Interessengegensatzes aber keines von beiden bewältigt werden konnte. Um zum Beispiel eine Aktion vorbereiten zu können, mußte erst in langwieriger Kleinarbeit bei den neu Hinzugekommenen jeweils ein Vorverständnis geschaffen werden, das deren Obstruktion auf ein Minimum beschränkte - zur totalen Frustration der übrigen.
Eines aber war - sieht man von der Kriegsdienstverweigererbasisgruppe und der Betriebsprojektgruppe einmal ab - durchweg zu bemängeln:
das völlige Fehlen eines allgemeinpolitischen Bezugsrahmens, in den die fachspezifische Arbeit eingeordnet werden konnte. Der Zusammenhang ging in dem Maße verloren, in dem die Praxis der Genossen an den einzelnen Instituten

sich reduzierte auf das Maximieren von Konflikten mit mittelalterlichen professoralen Fossilien, indem 5 Flugblätter verfaßt wurden, auf denen stand, was Väterchen Schott (Direktor des geographischen Instituts und allergisch gegen Bartträger, die ins Rektorat scheißen) wieder gesagt hatte und bei all der Leichenfledderei kein einziges, das versucht hätte, den Konflikt auf die Ebene zu heben, auf der der Zusammenhang zwischen Ordnungsrecht, technokratischer Hochschulreform und ~~xx~~ monopolkapitalistischer Wirtschaftsgeographie hätte vermittelt werden können.
Am soziologischen Institut fixierte man sich auf den Narzismus des linken Institutsfürsten und BdW-Abwieglers Werner Hofmann und blieb in personalistischen und vorpolitischen Querelen stecken, anstatt mit der Revisionismusdebatte zu beginnen, die politische Auseinandersetzung mit der AdF und deren Wahlkampf herbeizuführen und aus der Soziologeninzucht auszubrechen.
Die Orientierungslosigkeit der meisten Genossen basierte vor allem auf dem Mißstand, daß nahezu keinerlei Kommunikation mehr erfolgte und daß dem durchaus vorhandene Bedürfnis nach Betätigung in extra-universitären Praxisbereichen kein Betätigungsfeld gegenüberstand. Betriebskontakte, soweit im industriearmen Marburger Bereich vorhanden, wurden sorgsam gepflegt und gehütet – Kontakte mit Jungarbeitern und Lehrlingen blieben vor allem den im AgF zusammengefaßten Genossen (Arbeitskreis für gewerkschaftliche Fragen) vorbehalten, die zwar zu Recht den akademischen Seminarismus der "Hochschulfraktion" bemängelten, zugleich aber auch alles taten, um ihre Arbeit zu monopolisieren, ihre Basis an der Hochschule nicht zu verbreitern. Bedenkliche Rationalisierungen wie: die Kontakte seien noch zu wackelig und könnten durch das Vorgehen eines ungeschickten Genossen verdorben werden, ließen die die Frage unbeantwortet, warum zu wenig "geschickte" Genossen vorhanden seien.
Eine Basisgruppe Gefängnisarbeit beschäftigte sich bis heute ausschließlich mit der eigenen "Kriminalität", und die Justizkampagne beschränkte sich schon aus personellen Gründen auf reinen Genossenschutz. Die Schülerarbeit blieb Stückwerk, beschränkt auf eine Bundeswehr- und eine Elternrechtskampagne, die nicht zu der erwarteten Solidarisierung unter den Schülern führte.
In Marburg begriffen die Studenten sich bisher nur theoretisch als Systemopposition, deren Politik nicht mehr vorrangig an Hochschulproblematik orientiert sein kann. Die Selbstorganisation im Studium geschah erst in Ansätzen und muß nun im Rahmen der zentralen Kampagne gegen das Hessische Universitätsgesetz sowie das Ordnungsrecht stabilisiert werden. Es wird hier nicht von der zu Recht kritisierten Forderung ausgegangen, die Revolte sei nach Marburg zu importieren, oder durch die Propaganda der Tat (am 19. in Gießen) könne die oftmals beschworene Ungleichzeitigkeit der dortigen Studentenbewegung aus der Welt geschafft ~~xxxxxx~~, die antiautoritäre in eine sozialistische Bewegung übergeführt werden.
Aber erst der Versuch einer überregionalen Organisierung, an deren Beginn Gießen stehen soll, stellt auch für uns in verstärktem Maße die Frage nach der Organisation, erfordert eine höhere Aktivität, die sich nicht erschöpfen darf im ~~xxx~~ Widerstand gegen die Zerschlagung der Studentenschaft 1970, der abstrakt bleiben muß, wenn wir ihn nicht ausrichten an der intendierten Trennung von Forschung und Lehre, der technokratischen Hochschulreform, der Absicherung monopolkapitalistischer Herrschaft durch Ordnungsterror gegen die, die sich z.B. für Rüstungsforschung interessieren.
Zu diesem Zweck wurde in der ersten Juniwoche ein Aktionskomitee gegründet, das (zusammengesetzt aus Vertretern der einzelnen Basisgruppen) die praktisch-organisatorische Vorarbeit leisten wird. In allen Vorlesungen, Übungen und Seminaren werden Diskussionen über Ordnungsrecht und HHG II , über die Frage autonomer Arbeitsgruppen und über den aktiven Streik von uns durchgeführt werden. Dazu stellt das Aktionskomitee einen exakten Termin- und Aktionsplan auf. Einige Vorlesungen werden gesprengt, einige Ordinarien ausgesperrt werden müssen. Geplant ist ein Aktionstag, an dem eine starke, nicht auf einen Fachbereich beschränkte Agitationsgruppe, die auch so das Risiko individueller Isolierung vermindert, in viele Vorlesungen reingeht und potentielle wie bereits feststehende Relegateure relegiert. Es wurde dazu aufgefordert, daß sich diesmal eine sehr große Anzahl von Genossen anhand der Ordnungsrechtsmaterialien sowie dem bereits seit längerer Zeit vorliegenden agit-2 Hefts eines Marburger SDS-Kollektivs über technokratische Hochschulreform mit Information

versorgt, die vielen das Agitieren ermöglicht und dafür sorgt, daß man nicht auf die paar Genossen angewiesen ist, die jeden Saal leerreden, weil alles schon bekannt ist und denen deshalb keiner mehr zuhört. Es besteht keine Illusion darüber, daß die Gießener Kampagne, der Kongreß mit abschließendem überregionalen Basisgruppentreffen die eigenen Schwierigkeiten nicht beheben wird, sondern daß die eigentlich zu leistende Arbeit erst in den Wochen darauf zu bewältigen ist - auf gut vorbereiteten Fachgruppenvollversammlungen müssen Streikbeschlüsse gefaßt werden, deren Umsetzung in aktive Bestreikung von Instituten nicht am Comersee, sondern in die langfristige Vorbereitung des Widerstands und das Herausgehen aus den Instituten (Wahlkampf- Bevölkerungsagitation) münden muß.
Auch wird die Gefahr gesehen, daß durch Erschöpfung anläßlich eines aufwendigen und militanten Kongresses Alibis für anschließende Re-Privatisierungsbestrebungen gefunden werden könnten, Die Frankfurter Genossen sollten sich darüber im klaren sein, daß nur die Qualität der Basisgruppenkonferenz als theoretischer Legitimationsgrundlage die Widerstandsbereitschaft verstärkenund dafür sorgen kann, daß nach der exemplarischen Militanz der Gießener Aktionen in den darauf folgenden Wochen die Mobilisierung in organisatorische Stabilisierung übergeführt werden kann.
Allerdings verstärkt sich auch in Marburg die Bereitschaft, dem "strahlenden Utopismus sogenannter Realpolitiker" den Kampf anzusagen. Ihr permanenter Vorwurf der Unvermittelbarkeit der Aktion und ihre Forderung, sich an dem "ungleichzeitigen" Bewußtseinsstand der Marburger Studentenschaft zu orientieren, entspringt der eigenen Unwilligkeit, die Stufe des von der bürgerlichen Gesellschaft allemal geduldeten jugendlichen Austobens zu verlassen und sich einer ernst zu nehmenden Widerstandspraxis zuzuwenden, mit der die fatale Einheitsfront bis hin zum RCDS zwangsläufig zusammenbrechenund sozialistische Politik in den Bereich des möglichen rücken würde.
Auch der illusionäre Versuch von Technokraten wie Hofmann, politische Entscheidungen einzig von der Logik des (linken) Sachzwangs dirigieren zu lassen (andernfalls die Drohung: "über alles weitere können wir uns dann in aller Ruhe gemeinsam in einem Vorbeugehaftlager unterhalten") wird nicht wiederholt werden. Würde dieser doch (nach Habermas) den Dezisionisten recht geben, wonach der puren Willkür überlassen bleibt, was an den Rändern dieser Art von Rationalität dann noch als unaufgelöster Rest von Praktischem sich absetzt.
Daraus folgt: die Revolution in Marburg ist unaufhaltsam.

(Knöss/Faure)

+) der zweite Entwurf des hessischen Hochschulgesetzes
++) Am 18./19. werden in Gießen zentrale Aktionen gegen das Ordnungsrecht von den hessischen Studentenschaften durch geführt, sowie die längerfristigen Aspekte für die Organisation unserer Arbeit diskutiert.

aus: Uni Life Hamburg
Juni 69



# Organisiert die sozialistische Avantgarde im Ausbildungssektor

**Während die Lehrlinge demonstrieren, die Schüler streiken, die Ingenieur-Studenten streiken und das Semester abbrechen, studieren die Studenten der Universität. Die Universität ist zur friedlichen Enklave im Ausbildungssektor geworden. Vertreter der Basisgruppen und der linken Studentenverbände stellen die Frage, ob der linke AStA noch existent sei. Der AStA gibt diese Frage an die Studentenverbände zurück.**

**In der Tat ist es der studentischen Exekutive bisher nicht gelungen, nach den Aktionen des letzten Semesters und der Verabschiedung des Hochschulgesetzes eine klare Strategie des Widerstandes zu entwickeln. Hier die Schuldfrage zu stellen und Vorwürfe hin und her zu schieben, wäre ein naives Verhalten. Nur eine Analyse der Situation und der situationsbedingten Schwierigkeiten, in denen sich die Studentenbewegung momentan in Hamburg befindet, kann diese Schwierigkeiten überwinden helfen.**

## 1.

### Die objektive Situation der Studentenbewegung in Hamburg

Das Hochschulgesetz ist verabschiedet, harrt aber noch seiner Realisierung. Das Ordnungsrecht ist noch nicht angewendet worden; die Instituts- und Abteilungsräte werden voraussichtlich erst im Herbst konstituiert; verschärfte Prüfungsordnungen und Studienzeitbegrenzungen erwarten uns frühestens im Wintersemester. Die Studentenschaft hat fünf Monate Zeit, sich mit dem neuen Gesetz abzufinden, es legalistisch zu verinnerlichen, ohne daß dieser Verinnerlichungsprozeß durch die Konfrontation mit den konkreten Folgen des Gesetzes gestört würde. Den Widerstand der Studenten gegen die Verstaatlichung der Universität und die verschärfte Ausbeutung der Geistesarbeit zu organisieren, heißt in dieser Situation: die legalistische Prägung ihres politischen Bewußtseins mit Argumenten aufzubrechen, die heute noch antizipatorisch sind.

## 2.

### Die subjektive Situation

Die Studentenbewegung hat es nicht mehr nur mit den Professoren, den staatlichen Bürokraten, sondern nunmehr auch mit sich selbst zu tun: Der erreichte Umfang der Studentenbewegung, ihre Dezentralisierung durch die Einrichtung der Basisgruppen, die Ausstrahlung der Unruhe an andere Bereiche des Ausbildungssektors stellen unabweislich die Frage der politischen Organisation. Die Studentenverbände haben sich in die allgemeine Studentenbewegung aufgelöst, nachdem der SDS bereits weitgehend im vorigen Semester seine Avantgarde-Funktion in der Universität an Selbstverwaltungsgremien wie den K-Ausschuß der Philosophischen Fakultät abgegeben hatte.

Jene Studentenverbände, die — wie der SDS — gleichwohl ihre Identität erhalten wollen, stecken selbst in einer tiefen organisatorischen Krise, so daß sie weder als Kerne einer umfassenden Organisation der mobilisierten Studenten noch als Träger gesamtuniversitärer Kampagnen dienen können.

Ihre aktiven Mitglieder arbeiten getrennt voneinander in den verschiedensten Basisgruppen primär noch mit der Akkumulation kritischer Theorie oder der Erarbeitung kollektiver Arbeitsformen beschäftigt, stocken mitten in der Konsolidierungsphase: Ihre Labilität macht sie ängstlich, sie riskieren noch nicht eine politische Praxis, die innerhalb der Gruppe wirken könnte. Mit sich selbst beschäftigt, betreiben sie noch nicht ihre Koordination mit anderen Gruppen.

Die Mitglieder der linken Studentenverbände, zumeist in mehreren Gruppen tätig, kritisieren abstrakt den Partikularismus der Basisgruppen, erfahren aber selbst die Notwendigkeit dieses Durchgangsstadiums in der Zersplitterung der eigenen Arbeit. Konstruktiver als diese abstrakte Kritik wäre es, den Kommilitonen in der Diskussion konkret nachzuweisen, daß die Basisgruppen nur dann dem Schicksal der KU-Seminare oder der Integration in den ordentlichen Lehrbetrieb entgehen werden, wenn sie in der Kooperation mit anderen Gruppen als Teil der organisierten studentischen Macht im Kampf gegen die kapitalistische Verplanung der Wissenschaften begreifen.

## 3.

### Die Situation des AStA

Der AStA ist gegenwärtig noch das einzige funktionsfähige Kollektiv, das als Träger einer gesamtuniversitären studentischen Politik in Frage käme. Bei seiner Wahl hatte sich der AStA hauptsächlich als Koordinator und — soweit wie möglich — Initiator der Basisgruppen-Arbeit verstanden. Nicht vorausgesehen hatte er:

1. die zunehmende Desorganisierung der Studentenverbände;
2. den zähen Partikularismus der Basisgruppen, die, weit entfernt davon, eine zentrale Koordinierung zu verlangen, vielmehr die AStA-Mitglieder zwingen, durch Teilnahme an ihrer Arbeit überhaupt erst das Bedürfnis nach lokaler Koordinierung auf Institutsebene zu wecken.
3. die rapide Entwicklung in den übrigen Bereichen des Ausbildungssektors (Gymnasien und Ingenieurschulen).

Diese neue Situation stellte das neue AStA-Kollektiv arbeitsökonomisch vor ein schwieriges Problem. Seine Mitglieder haben folgende Funktionen zu erfüllen:

- Abwicklung der anfallenden Routinearbeit, Vorbereitung und
- Teilnahme an studentischen Veranstaltungen, Teach-ins, Vollversammlungen usw.
- Mitarbeit in den Basisgruppen und Selbstverwaltungsgremien ihrer Fakultäten,
- organisatorische und agitatorische Unterstützung des Kampfes der Schüler, Lehrlinge und Ingenieurstudenten.

Dieser Leistungsdruck hat eine ziemlich regide Arbeitsteilung im AStA-Kollektiv erforderlich gemacht. Der Partikularismus der Widerstandsbewegung im Ausbildungsektor strahlt damit auf das AStA-Kollektiv ein und lähmt es in seiner Hauptfunktion, **eine einheitliche Perspektive des studentischen Kampfes zu entwickeln und eine entsprechende politische Praxis zu organisieren.**

## 4.

### Antikapitalistischer Kampf im Ausbildungssektor

Kennzeichen der neuen Situation im Ausbildungsektor sind der Beginn einer generellen Mobilisierung, die Möglichkeit und Notwendigkeit der Kooperation aller betroffenen Gruppen im Kampf gegen die verschärfte kapitalistische Funktionalisierung des Ausbildungssystems.

Selbst die bürgerliche Ökonomie hat einsehen müssen, daß die Qualifikationsstruktur der lebendigen Arbeit der entscheidende und begrenzende wirtschaftliche Wachstumsfaktor ist. Die internationale Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Konzerne hängt auf lange Sicht primär davon ab, daß es in nächster Zeit gelingt, das dysfunktional gewordene Ausbildungssystem entsprechend den Verwertungsbedingungen des organisierten Kapitalismus zu modernisieren. Mit der stei-

genden Bedeutung der Wissenschaft als Beschleuniger der wirtschaftlichen Produktivität wächst innerhalb des kapitalistischen Systems die Notwendigkeit, die wissenschaftliche Arbeitskraft rationeller auszubeuten.

Andererseits bilden Schulen, Ingenieurschulen, Berufsschulen, Lehrlingsausbildung und Universität das institutionelle System des Sozialisationsprozesses. Die Unruhe in einem dieser Bereiche greift mit Notwendigkeit über auf die anderen Bereiche. Die Ruhe an den Universitäten und Ingenieurschulen ist dauerhaft nur herzustellen, wenn die Schulen befriedet sind. Der Arbeitsfrieden in den Betrieben bleibt nur gewahrt, wenn an den Universitäten, den Ingenieur- und Berufsschulen Ruhe herrscht.

Den Staatsbürokratien muß es also darum gehen, den gesamten Ausbildungssektor entsprechend den Bedürfnissen des staatlichen Monopolkapitalismus in einem einheitlichen Ausbildungssystem zu organisieren und zu disziplinieren. Angesichts dieses Bestrebens können sich die davon betroffenen Schüler, Lehrlinge, Ingenieurstudenten und Studenten nicht länger damit begnügen, ihren Widerstand weiterhin isoliert voneinander zu üben.

Das einheitliche politische Handeln verschiedener sozialer Gruppen setzt die Erkenntnis einer gemeinsamen Situation voraus. Solange es in den verschiedenen mobilisierten Bereichen nur um die Vertretung lokaler Interessen geht, muß de Zusammenarbeit zufällig und labil bleiben. Die einheitliche Situation im Ausbildungssektor besteht in seiner einheitlichen Unterwerfung unter die Verwertungsbedingungen des organisierten Kapitalismus. Die gemeinsame, langfristige Perspektive des Kampfes der Lehrlinge, Schüler, Ingenieurstudenten und Studenten muß es sein, **dem Kapital die Verfügungsgewalt über das Ausbildungssystem streitig zu machen** und die wissenschaftliche Produktivkraft emanzipatorisch gegen das kapitalistische System zu wenden. Die Ausarbeitung und konkrete Vermittlung dieser Perspektive erfordert eine gründliche Analyse und Kritik der Entwicklungstendenzen im bundesrepublikanischen Ausbildungssystem. Die Stellung einer solchen Theorie, ihre Verbreitung und die Organiastion des politischen Kampfes wären Aufgabe einer sozialistischen Avantgarde, deren Kader sich aus allen Bereichen des Ausbildungssektors rekrutieren müßten. Solange die sozialistischen Studentenverbände unfähig sind, eine solche Avantgarde zu bilden, muß der AStA, zusammen mit kooperationswilligen Kollektiven und Einzelnen, notdürftig die agitatorischen und Koordinationsaufgaben wahrnehmen.

5.

Zentraler Informationsdienst

Eine wichtige theoretische und organisatorische Funktion für den Ausbildungsektor hätte ein publizistisches Zentralorgan. Es könnte die politische Ungleichzeitigkeit des Kampfes an den verschiedenen Ausbildungssituationen angleichen und die theoretische Grundlage für eine gemeinsame Strategie herstellen. Mit der Ausweitung des Kampfes kommt der einheitlichen Theorie als Vorbedingung konkreter Solidarität und dauernder Kooperation wachsende Bedeutung zu. Nachdem schon vereinzelt Berichte von Schülern und Referendaren an „unilife" erschienen sind, sollte die Redaktion nun bewußt die politische Aufgabe eines Informationsdienstes übernehmen.

Dies erfordert eine strengere Selektion der Beiträge (nur lokal verständliche Glossen müßten draußen bleiben), eine stärkere Berücksichtigung theoretischer Artikel und in allen den Aufbau eines zuverlässigen Korrespondentensystems, das den Kontakt zu allen Ausbildungsinstituten sichert. Die projektierte Zeitung darf nicht nur Informationsdienst, sondern muß in der gegenwärtigen Situation **Organisationszelle der sozialistischen Bewegung im Ausbildungssektor** werden.

**Diederich Hinrichsen**
**Folker Malin**

# Zur politischen Funktion von studentischen Arbeitsgruppe

aus: FSR-Info Frankfurt April 69

In den vergangenen Semestern hat sich gezeigt, daß ein Seminarbetrieb, der von den Dozenten allein konzipiert und getragen wird, für die Masse der Studenten äußerst unbefriedigend verlief. Einzelreferate über Themen, deren Sinn und Berechtigung den Studenten kaum erläutert wurden, fanden ein verschlafenes Publikum. Diskussion fand kaum statt. Wurden Hausarbeiten ausgegeben, ergab sich mit den übrigen Studenten überhaupt keine Kommunikation. Das Hauptmotiv, eine solch unbefriedigende Arbeit zu übernehmen, bestand in der Notwendigkeit, individuelle Leistungsnachweise zu erbringen.

Seit einiger Zeit werden von den Dozenten Arbeitsgruppen zugelassen, um den Lernbetrieb zu verbessern. In der Tat stellten die Studenten solcher AG's eine neue Qualität ihres Lernens fest, vor allem durch die gegenseitige Klärung von inhaltlichen Problemen durch die Diskussion, die größere Vertrautheit mit dem Stoff ermöglichte. Ansatzweise wurde die Stärkung einer eigenen Position gegenüber der Autorität des Dozenten möglich. Im wesentlichen konnten jedoch diese Leistungsgruppen innerhalb von offiziellen Seminaren den Charakter des Studiums als entfremdete Arbeit nicht aufbrechen. Weiterhin bestand die Isolation der Produzenten, die sich ihrer eigenen Interessen und Motivation nicht klar waren, und deren Leistung nach von ihnen nicht bestimmten Effektivitätskriterien (wie Prüfung, einzeln benotete Scheine usw.) orientiert ist. Dieser Leistungsdruck führt zu Konkurrenzdruck, der wiederum Autoritätsstrukturen bildet.

Im Rahmen der Selbstorganisation des Studiums zwecks Massenmobilisierung der Studenten für den Kampf gegen den autoritären Staat und die technokratische Hochschulreform bildeten sich studentische Arbeitsgruppen, die ihren Anspruch, herrschaftsfreie, an Bedürfnisse der Studenten anknüpfende Lernprozesse zu schaffen, die zur Einsicht in die politische Notwendigkeit dieses Kampfes führen bzw. ihn selbst aufnehmen, nicht einlösen konnten. Die Fixierung auf wissenschaftliche Standards und auf weit gespannte Themen führte zu Leistungszwängen, die durch eine Diskussion (die kaum geführt wurde) über die politische Motivation des Themas nicht legitimiert werden konnten. Trotz relativ repressionsfreier Diskussion bildeten sich autoritäre Tendenzen, weil die Einsicht in die politische Funktion der AG's bei wenigen etwas, bei den meisten überhaupt nicht vorhanden war.

Die Isolierung der Arbeitsgruppen untereinander förderte die Blindheit der Studenten über den politischen Kontext ihrer Arbeit. Diskussionen darüber wurden zwar in einigen Gruppen (etwa bei den Soziologen) geführt, allerdings auf bloß subjektiver Ebene. Diese Gruppen konnten den Charakter studentischer Leistungsgruppen nur scheinbar überwinden, insofern ihre Arbeit formal antiautoritär blieb. Sie verzichteten wesentlich auf theoretische Leistung und beschränkten sich auf den Austausch subjektiver Erfahrungen, weil sie nicht in der Lage waren, unter Beibehaltung des unverzichtbaren Elements der Selbstorganisation des Studiums, von scheinbar unmittelbaren Bedürfnissen zu abstrahieren, was erst die politische Funktion der AG's (Widerstand gegen Prüfungen, Ordnungsrecht) ermöglicht.

Diese beiden Gruppen (leistungsorientiert, formal antiautoritär) sind geprägt durch zwei Ideologien, die sich innerhalb der Studentenbewegung in den letzten Monaten herausbildeten, genauer, sie bildeten sich angesichts der Tatsache, daß das Moment der Aktion politisch mit dem der Selbstorganisation der Basis organisatorisch nicht vermittelt werden konnte, daß die Arbeit der Basis (in AG's) losgelöst von einer politischen Strategie war. Diesen Zerfall reproduzieren die beiden Ideologien:

1. Die Ideologie der Hochschulreformer, die die studentische Leistungsgruppe bestimmt, erliegt dem Irrtum, als sei eine neumotivierte wissenschaftliche Leistung innerhalb eines, durch eine progressive Satzung institutionell abgesicherten, „befreiten" Gebietes, an sich politisch effektiv. Tatsächlich bewirkt die handwerkliche Arbeit der AG's in ihrer bornierten Perspektive nur auf die Hochschule, daß sie neben dem offiziellen Betrieb nur pluralistisch addiert wird und daß sie nur vom professoralen Lehrbetrieb geschaffene Lücken

ausfüllt. Für diese Ideologie gibt es keine Machtfrage in der Universität, deshalb täuscht sie sich darüber hinweg, daß studentische AG's und Satzungen mit einem Schlage von oben beseitigt werden können, wenn dahinter nicht politisch mobilisierte Studenten stehen, die zu schaffen diese Ideologie nicht in der Lage ist. Sie hat den Demokratismus der herrschenden liberalistischen Ideologie derart verinnerlicht, so daß sie den manifesten Terror der Polizei und den sublimen Terror von Prüfungen als quasi willkürliche Entgleisung von Behörden interpretiert und nicht als systemnotwendige Maßnahmen des autoritären Staates. Deshalb erschöpft sich ihre Arbeit darin, diese Behörden zu ihrer Anerkennung durch gute Argumente und gute wissenschaftliche Leistungen zu bringen. Die Illusion, es gäbe eine freie Wissenschaft innerhalb der technokratischen Hochschulreform, macht diese reformistische Strategie politisch folgenlos, schlimmer noch, sie verhindert die Einsicht, daß freie studentische Aktivität an der Hochschule sich realisiert nur, wenn der Kampf gegen die notwendigen Repressionen des Systems seinen Hobbycharakter verliert und selber Notwendigkeit in bezug auf die Erringung von Machtpositionen durch organisierbare Mobilisierung der Studenten gewinnt. Die Umsetzung von Wissenschaft in politische Agitation verhindert diese Ideologie.

2. Der zweite AG-Typ, der von einem abstrakten Antiautoritarismus bestimmt wird, begreift zwar vage die politische Perspektive seiner Arbeit, hat aber die politische Askese der Leistungsgruppe nur scheinbar überwunden, da er zu wenig die Frage reflektiert, wie es möglich ist, die antiautoritäre Arbeit auch außerhalb der AG, die eben keine freie Insel inmitten des autoritären Sumpfes ist, langfristig und kontinuierlich zu stabilisieren. Diese Ideologie abstrahiert von den Bedingungen der Möglichkeit einer nicht nur spontanen, punktuellen politischen Praxis in permanenter, von Machtbeziehungen bestimmten Auseinandersetzung mit dem autoritären Staat, seinen Prüfungen und Gerichtsprozessen; deswegen ist sie zugleich nicht in der Lage, von den sogenannten unmittelbaren Bedürfnissen der politisierten Studenten (als ob diese nicht vermittelt seien mit herrschenden autoritären Strukturen) zu abstrahieren im Hinblick darauf, daß diese Bedürfnisse in AG's vielleicht noch kurzfristig befriedigt werden (was die formal Antiautoritären hypostasieren), daß aber die eigentlich erst politische Arbeit der AG nach außen, ihr Kampf gegen traditionelle Vorlesungen, repressive Examen oder gegen Bullen auf der Uni nicht nur Spaß macht (wenn überhaupt), sondern auch fordert, Repressionen auf sich zu nehmen und „revolutionäre Disziplin" zu üben.

Die mangelnde Einsicht in den Zusammenhang von AG und autoritärem Staat führt diese Ideologie zur abstrakten Negation von theoretischer Leistung überhaupt, sei es nun die in bezug auf Erkenntnisfortschritt in einem bestimmten wissenschaftlichen Thema, ohne den dessen agitatorische Umsetzung zur Mobilisierung von Studenten nicht gelingen kann; sei es die Leistung zur Entwicklung einer Strategie der Studentenbewegung oder der Institute in langfristiger, organisatorischer Perspektive, die mehr ist, als was sich die formal Antiautoritären und die Basisgruppe Politologie unter Strategie vorstellen: die pluralistische Addition von diversen Erkenntnissen und Aktionen.

Beide Ideologiebildungen sind natürlich nicht auf Arbeitsgruppen beschränkt und sind auch nicht bloß ihren individuellen Trägern zur Last zu legen; auf Gesamthochschulebene sind sie Ausdruck dessen, was sie noch vertiefen: Die Partikularisierung der Studentenbewegung in wissenschaftliche, institutsbezogene Arbeit und naturwüchsige, nur auf staatliche Repression reagierende Strategie und die Hilflosigkeit, die ad hoc mobilisierten Studenten in kontinuierlich arbeitenden, untereinander kommunizierenden Widerstandsgruppen zu organisieren.

Die politische Funktion von Arbeitsgruppen läßt sich im Kampf gegen diese Ideologien, konkretisiert auf die Verhältnisse am politischen Institut, wie folgt umschreiben:

Zunächst kann man diese Funktion nicht getrennt von der der Basisgruppe definieren. Die Trennung unserer Arbeit am Institut in Basisgruppe und AG's ist keine eigentliche, politische, aber auch nicht nur eine arbeitstechnische: Beide verfolgen denselben Zweck, die Politisierung der Studenten im Kampf gegen den autoritären Staat. Da sich dieser praktisch-herrschaftlich und wissenschaftlich-ideologisch (an der Uni) durchsetzt, da die repressiven Institutsverhältnisse zusammengehalten werden durch die Herrschaft der Ordinarien, der Examina, des Ordnungsrechts und die studentische Konsumenten produzierende wissenschaftliche Ausbildung, strukturiert sich der Widerstand gegen den autoritären Staat über die unmittelbar politische Praxis in der Basisgruppe und die in politische Agitationsmodelle umsetzbare Ideologie- und Wissenschaftskritik in Arbeitsgruppen. Diesen Zusammenhang verschleiert die augenblickliche Parzellierung zwischen AG's und Basisgruppe am Institut; diese mangelnde Kommunikation führt folgerichtig zu den beiden obengenannten Ideologien, zum Reformismus. Ihn aufzuheben wäre der Sinn eines regelmäßigen Plenums zwischen allen AG's und der Basisgruppe, zudem die Diskussion mit AG's anderer Institute. Bleiben die AG's abgeschnitten von noch zu leistenden Strategiediskussionen der Basisgruppe, werkeln sie bloß wissenschaftlich vor sich hin und sind nicht in der Lage, in ihrer Arbeit allgemeine Institutsstrategien zu konkretisieren an dem wissenschaftlichen Thema, das sie behandeln. Z. B.: wäre die Funktion der Sozialkunde-AG, der Strategie des Widerstands gegen die konforme Lehrerausbildung brauchbare politische Argumente zu liefern bzw. selbst Organisationsmodelle zur Realisierung dieser Strategie zu entwerfen.

Zur Vermittlung von Basisgruppe und Arbeitsgruppe läßt sich anfangs Voluntarismus nicht vermeiden: jedes Basisgruppenmitglied in AG's hat die Aufgabe, permanent die Diskussion der Basisgruppe mit der AG zu verbinden bzw. jedes AG-Mitglied zur Mitarbeit in der Basisgruppe zu bewegen.

Erst die Arbeitsgruppe, die zunächst sich von wissenschaftlichen Standards löst, ist fähig, das zu klären, was die Bedingung für jede wissenschaftliche Leistung ist: das politische Interesse an einem bestimmten Thema bzw. zur Bereitschaft der Mitarbeit in einem Kollektiv. Diese Diskussion über die Motivation der Arbeit und über Kommunikationsprobleme ist kein Selbstzweck, sondern nur zu führen im Rahmen der Frage, wie die Politikwissenschaft an der Universität funktioniert und wie die Politikstudenten funktionieren. Diese Diskussion in jeder AG macht die Motivation zum Politikstudium bewußt, die darin begründet ist (jedenfalls in den meisten Fällen), daß der Staat für das Lehrerexamen ein Nebenfach, nämlich Politik fordert. Es wird gezeigt, daß diese entfremdete Motivation verstärkt wird, einmal durch die Wissenschaftsorganisation, die die Studenten isoliert und sie zu Ichschwachen Konsumenten degradiert; zum anderen dadurch, daß diese Motivation in den Lehrveranstaltungen verdrängt wird, insofern dort die Politologie nicht als das behandelt wird, was sie für die meisten Studenten tatsächlich ist, lehrerausbildendes Fach. Diese, von jeder AG zu leistende Erkenntnis der theoretischen Blindheit der Politikwissenschaft gegenüber ihrer Funktion, die sie praktisch ausführt, nämlich die konforme Sozialisation durch das Studium, durch Prüfungs- und Scheindruck, die Herstellung autoritärer Lehrerpersönlichkeiten mit Prüfungswissen, hat nur dann praktische Folgen, wenn die AG konkret aufzeigt, wie dieser Praxisbezogenheit der Politologie Widerstand geleistet werden kann. Jede Leistungs-AG fördert die Blindheit gegenüber der Verwertung politikwissenschaftlicher Produkte im Lehrerberuf, da sie, wie die offizielle Politikwissenschaft, die Illusion nährt, der wissenschaftliche Schleier (mit linken Themen) über die Politologie sei identisch mit ihrer Funktion bzw. erfülle studentische Interessen.

An diese, zunächst syndikalistischen Interessen (bezüglich einer guten Ausbildung für den Lehrerberuf) ist anzusetzen, um in jeder AG zu zeigen, daß diese Interessen nur als politische, im Rahmen der Studentenbewegung und der Schülerrevolte definierbar und durchsetzbar sind, d. h. jede AG hat die Funktion, ihr Thema zu befragen und durchzuführen im Hinblick darauf, wie die kollektiv erlernten wissenschaftlichen Kenntnisse eingesetzt werden können, um andere Studenten etwa in Vollversammlungen

zu mobilisieren für die Subversion gegen den autoritären Staat, wozu gehört, die Politikwissenschaft so umzuwälzen, daß sie Lehrer produziert, die Widerstand leisten gegen die affirmative Sozialkundeausbildung. Diese Funktion von AG's ist nicht zu isolieren von dem gesellschaftlichen Zusammenhang, in dem die Lehrerausbildung tatsächlich steht. Eine AG, die sich nicht um das Ordnungsrecht usw. kümmert, arbeitet unpolitisch. Sie muß erkennen, daß ihre relativ repressionsfreie Arbeit nur möglich ist, wenn sie das politische Institut demokratisiert. D. h. sie muß bei ihrer Arbeit die gegebenen Herrschaftsverhältnisse an diesem Institut und in der Gesellschaft mit reflektieren. Jede AG hat den praktischen Anspruch, ihre Arbeit verbindlich für das ganze Institut zu machen, sie muß also ein Machtfaktor werden, der nicht jederzeit von oben zu beseitigen ist. Das bedeutet, daß die Arbeit ihren Hobbycharakter verliert, daß die AG's so etwas wie festgefügte Kader darstellen, die zugleich in solidarischer Praxis die Ich-Schwäche, Atomisierung, die Angst und die Hemmung der Artikulation von persönlichen Schwierigkeiten, die als allgemeine zu begreifen sind, überwinden und kontinuierliche und disziplinierte, womöglich repressive Arbeit auf sich nehmen.

Das Selbstverständnis der AG's entwickelt sich also nicht nur aus der Tätigkeit ihrer Mitglieder, sondern aus dem Selbstverständnis der Basisgruppe und der Studentenbewegung und der Gruppen, die am Verwertungsprozeß der Politologie beteiligt sind, linke Schüler und Lehrer. Mit ihnen hat die AG langfristige Organisationsmodelle für die Demokratisierung der Universität und der Schule zu entwerfen und praktisch zu realisieren.

# FACHSCHAFT JURA

aus: ASTA-Info Frankfurt April 69

(Anm.: Der vorliegende Beitrag leidet darunter, daß er zwar versucht, im zweiten Teil eine gemeinsam diskutierte Strategie wiederzugeben, daß er aber aus Zeitgründen nicht von allen überarbeitet werden konnte und deshalb — ungewollt — individuelle Interpretationen in den Vordergrund stellen könnte.)

## I. Die Politik des Wintersemesters

Die Fachschaft strebt eine Studienreform an, welche die politischen, ökonomischen und sozialen Bedingungen von Recht und Rechtswissenschaft aufweist. Rechtswissenschaft hat sich ständig ihres Praxisbezugs zu vergewissern; vor allem die verschiedenen Berufs- und Entscheidungssituationen sind in die Ausbildung einzubeziehen. Die Trennung von wissenschaftlicher und praktischer Ausbildung ist aufzuheben. Jede Studienreform muß scheitern, die nicht gleichzeitig die Emanzipation des einzelnen Studenten voraussetzt und bewirkt. Diese Vorstellungen wurden ausführlich in einer Broschüre zu Beginn des Semesters dargestellt.

Die offizielle Studienreform umgeht solche Zielsetzungen zugunsten einer effektiveren Gestaltung des tradierten Studienbetriebs. Versuche, verstärkten Einfluß über Institutionen wie Fakultät und Fakultätentag zu gewinnen, waren gescheitert.
Die politische Konsequenz lautet daher: Durch die Konfrontation mit einer studentischen Minderheit muß der bestehende Lehr- und Ausbildungsbetrieb einer Kritik unterzogen werden, um zum Bewußtsein seiner selbst zu gelangen. Nur im Wege einer Selbstorganisation der Studierenden, die das Zukünftige vorwegnimmt, kann eine regressive Studienreform sinnvoll bekämpft und überwunden werden.

### 1. Politik des Konflikts

Eine Praxis, der eine kritische Theorie zugrunde liegt, die die Krise von Staat, Gesellschaft und Recht zu analysieren versucht und in der Einlösung eines geschichtlich emanzipatorischen Anspruchs die Alternative zu einer autoritären Gesellschaft sieht, kann nicht affirmativ sein. Sie wird auch einen Handlungsrahmen nicht akzeptieren, der seine Rechts- und Anstandsregeln nicht legitimieren kann. So kennzeichnet die Aktionen der Fachschaft ein wie auch immer gearteter Regelverstoß (z. B. werden Wortmeldungen übersehen, steht man auf, um ungefragt seine Fragen zu stellen; man streikt für einen Tag, obwohl ein nunmehr ergangener Gerichtsbeschluß dem AStA verbietet, zu Streik etc. aufzurufen). Das „wirkliche, sinnliche Joch" ließ man nicht über den Köpfen schweben, nachdem man es theoretisch überwunden hatte. Das gilt zumal für die Kritik des Ordinarienprinzips. Kann der Ordinarius nicht qua Person Wissenschaftlichkeit garantieren und ist der juristische „Allround"-Gelehrte, bei zunehmender Spezialisierung der Wissenschaften und bei der Notwendigkeit interdisziplinärer Zusammenarbeit, Geschichte, dann wird seine Herrschaftsposition praktisch für ein oder zwei Stunden oder gar für ein ganzes Semester überwunden. Im Falle des Warnstreiks handelte es sich um eine praktizierte Parlamentarismuskritik (mögliche Schließung des Juristischen Seminars wegen fehlender finanzieller Mittel). Bleibt noch anzumerken, daß die Aktionen exemplarischen Charakter hatten (z. B. Kampf um finanzielle Mittel, gleichzeitig Parlamentarismuskritik und Kampf gegen Schüttes technokratische Hochschulreform — Kuratoriumskonstruktion).

### a) Mobilisierungsstrategie

Die Kritik wurde selten auf einem abstrakt wissenschaftlichen-politischen Niveau geleistet, sondern setzte bei den konkreten Bedürfnissen und Interessen der einzelnen Studenten an. Die Notwendigkeit für einen solchen Ansatz ergab sich aus der spezifischen Situation an der juristischen Fakultät. Juristen kennzeichnet bislang, daß sie nicht per se kritischer Natur sind. Die Herkunft der Studenten, eine noch immer am Positivismus orientierte Ausbildung, eine an den Gratifikationen des bestehenden Systems ausgerichtete Verhaltensweise, kein unmittelbar praktisches und wissenschaftliches, sondern ein Examensinteresse sind die Ursachen für diese eigentümliche Disposition. Die von der Fachschaft intendierte Studienreform wurde daher an offenkundigen Mängeln des Ausbildungssystems vermittelt:

- Hoffnungslose Arbeitsplatzsituation; mögliche Schließung des Juristischen Seminars für 5 bis 6 Monate
- Ungenügende Ausbildung (Erler-Aktion)
- Kostspielige — unsoziale und ungenügende Ausbildung (Amtshaftungsklage gegen Fakultät zwecks Einklagung des Repetitorgeldes)
- Willkürlicher Charakter des gegenwärtigen Prüfungswesens (Schiedermair-Aktion)

Aktionen, deren interessenbezogener Charakter nicht unmittelbar einsichtig war (Kampf gegen technokratische Hochschulreform — Coing; Kampf gegen Kriminalisierung studentischer Arbeitskreise und Aktionen — Lüderitz), griffen immer wieder auf die gemachten Erfahrungen zurück.
Die gesamtuniversitäre Situation wurde nur mittelbar in diese Strategie einbezogen. Zum Beispiel: an der AfE sollen die Grundlagenfächer gekürzt werden — bei uns haben sie bereits jetzt keine Relevanz für den Ausbildungsbetrieb.

### b) Stabilisierungsstrategie

Die Organisierung der mobilisierten Studenten wurde in Arbeitskreisen versucht. Hier sollte verwirklicht werden, was bislang nur gefordert wurde: kollektive Lernprozesse, herrschaftsfreies Lernen, Verknüpfung von Theorie und Praxis, interdisziplinäre Zusammenarbeit. Inhaltlich knüpften die Arbeitskreise zumeist an die in Aktionen aufgezeigten Problemstellungen an. Die Kritik der Erler-Vorlesung wurde in einer späteren Phase an Hand eines von der Fachschaft vorgelegten Gegenkonzepts geführt, was in seinen formalen und inhaltlichen Aspekten mit den Erstsemestern diskutiert wurde. Kriterien waren u. a.:
Eine systematische Rechtswissenschaft — vor dem Hintergrund des Strukturwandels vom liberalen Rechtsstaat zum Sozialstaat — existiert nicht mehr; eine Einführung hat daher exemplarisch Problembereiche des Rechts darzustellen; sie hat dabei von den unmittelbaren Erfahrungen der Anfänger auszugehen (Intimbereich, Konsumentenbereich, Hochschulbereich usw.); herrschaftsfreie Diskussion; praktischer Anschauungsunterricht.
Nachdem die Vorlesung nicht mehr gehalten wurde, bestand ein Interesse der Erstsemester nach einem Ersatz. Diese Funktion übernahm der Arbeitskreis

„Einführung in die Rechtswissenschaft". Nach der Behandlung von Sitten- und Schuldstrafrecht wurde die Tätigkeit unmittelbar praktisch, indem man im Rahmen einer Erarbeitung der „Politischen Justiz" einen Prozeß gemeinsam besuchte (und dabei aus dem Gericht geprügelt wurde). Der Arbeitskreis „autoritärer Staat und Staatsrecht" verdankt seine Entstehung der bei den Seminar-Aktionen geweckten Parlamentarismuskritik. Hingegen konstituierte sich, der ebenfalls interdisziplinär durchgeführte Arbeitskreis „Kriminologie" aus Teilnehmern der Seminare von Habermas und Geerds und weiteren Interessenten. Die Arbeit dieser Gruppen diente der Befriedigung theoretischer Bedürfnisse ihrer Mitglieder, hatte akademischen Charakter. Im Unterschied dazu hatten Gruppen wie „Rechtshilfe" und „Disziplinarrecht" einen stärkeren Praxisbezug, der sich an den Erfordernissen der Studentenbewegung ausrichtete. Die partikularistischen Tendenzen der Arbeit zeigen sich am auffälligsten in der Tatsache, daß die einzelnen Gruppen nicht miteinander kommunizierten.

**2. Situation zu Ende des Wintersemesters**

Einem verhältnismäßig kleinen Kreis von Studenten gelang es, einen privaten Bereich zu verlassen und, in solidarischer Aktion, ihre Situation zu verbessern. Die Anpassung einer nicht geringen Zahl von Anfängern an den herkömmlichen Studienbetrieb konnte verhindert werden. Die Fixierung einer Vielzahl von Studenten auf den Ordinarius wurde gebrochen. Der Kreis der politisch Aktiven vergrößerte sich ebenso wie die Zahl der in Gruppen organisierten Studenten. Zeitweilig konnten 600 bis 700 Studenten mobilisiert werden (Aussperrung anläßlich der Erler-Aktion; mögliche Schließung des Seminars). Dennoch befinden wir uns in einem eigentümlichen Dilemma:

- die studentischen Arbeitskreise weisen partikularistische und praxisferne Tendenzen auf
- einer selbsttätigen Praxis steht ein schizoides Bewußtsein mobilisierter Studenten im Wege; die internen Integrationsmechanismen (Examen, Übungen) und das externe Anpassungssystem (juristische Berufe) führen zu einer für den einzelnen kaum auszuhaltenden psychischen und physischen Belastung in Form von Perspektivlosigkeit einerseits und Doppelarbeit andererseits.

**II. Perspektiven für das Sommersemester**

Ausgehend von dieser Analyse, lassen sich einige Anmerkungen zur Strategie des Sommersemesters machen, die ferner die sich wandelnde Praxis der Studentenbewegung (Stadtteilbasisgruppen und die so neu verstandene „Justizkampagne") zu berücksichtigen hat.

**1. Die Auflösung des internen Anpassungssystems**

Die vom Ausbildungssystem ausgehenden Anpassungszwänge sind zu durchbrechen, soll eine Selbstorganisation der Studenten mit Aussicht auf Erfolg betrieben werden können. Das bisherige „Scheinewesen" läßt sich weder unter wissenschaftlichen noch unter berufsbezogenen Aspekten legitimieren. Die Subsumtionspraxis bewirkt eine Konsumentenhaltung, die Reflexion und wissenschaftlicher Auseinandersetzung im Wege steht und statt dessen nicht ausgewiesene politische und soziale Werthaltungen einübt; sie probt eine Tätigkeit, die allenfalls von fünf Prozent der Juristen (Revisionsrichter) in ihrem zukünftigen Beruf verlangt wird, ohne andere Entscheidungssituationen zu berücksichtigen.

Um dieses System zu entlarven, bieten sich u. a. an:

- die Veröffentlichung von Musterlösungen bei Hausarbeiten
- Klausuren und Hausarbeiten werden nicht mehr „juristisch", sondern „politisch" gelöst

Eine solche Praxis würde die Professoren in ungeahnte Legitimierungsschwierigkeiten versetzen und die Kriterien juristischer Leistungsnachweise zur Diskussion stellen. Eine Ablösung der bisherigen Subsumtionspraxis durch die Anfertigung von Urteilsanalysen, Aufsätzen zu einzelnen Rechtsinstituten, Argumentationen für verschiedene Entscheidungssituationen usw. erscheint ein durchsetzbares Kampfziel. Hingegen verspricht das Schreiben kollektiver Arbeiten erst dann sinnvoll zu sein, wenn diese Form des Arbeitens Praxis von Juristen geworden ist.

Solange eine faktische Änderung des Ausbildungssystems (Übungen, Examen) nicht durchzusetzen ist, soll die anfallende Doppelarbeit über die Bildung von Lerngemeinschaften abgefangen werden, die zugleich politische Funktionen übernehmen sollen.

**2. Die Auflösung des externen Integrationssystems**

Eine langfristige Stabilisierung der Bewegung läßt sich nur dann erreichen, wenn die Existenz von dysfunktional ausgebildeten Juristen gesichert werden kann. Eine Reprivatisierung oder Anpassung von bereits politisierten Studenten wäre sonst unvermeidlich. Bislang ist nicht zu übersehen, inwieweit sich Arbeitsmöglichkeiten von „linken" Juristen in herkömmlichen Berufen ergeben; man wird hier vor allem die Praxis von Referendargruppen abzuwarten haben. Doch sind die Möglichkeiten eher pessimistisch zu beurteilen. Langfristig ergibt sich folgende Perspektive:

Arbeit in akademischen Berufen (wissenschaftliche Tätigkeit),

Arbeit in Kollektiven von Juristen, Soziologen, Psychologen usw., die praktisch-politisch in Stadtteilbasisgruppen usw. arbeiten. Bei Erschließung außeruniversitärer Gruppen sollten sich hier Möglichkeiten der Existenzsicherung ergeben; übergangsweise „jobben" usw.

In diesem Rahmen und unter diesen Aspekten ist die Arbeit von Juristen in Projekt- oder Stadtteilbasisgruppen usw. zu betrachten. In dem Maße wie sich Probleme arbeits-, miet-, jugendrechtlicher usw. Natur ergeben, lassen sie sich in den Universitätsbetrieb in der Weise einbringen, daß sie in ihrer theoretischen und praktischen Relevanz in Vorlesungen und Übungen diskutiert werden. Die Vermittlung hätte über Arbeitsgruppen zu laufen, deren rein akademische Ausrichtung so überwunden werden könnte. Um solcherlei Problemstellungen erfolgversprechend im Ausbildungsbetrieb vermitteln zu können, wird man am Ausbildungsinteresse der Studenten anknüpfen müssen („so sieht die Praxis aus"). Die Organisierung von Studenten hätte dann in solcherart praktisch und theoretisch arbeitenden Gruppen zu erfolgen. Ein Beispiel mag dies verdeutlichen: Gefangenenarbeit — Arbeitsgruppe: Kriminologie — Strafrechtsvorlesungen und -übungen, wobei die Projekte jeweils vom Plenum diskutiert werden sollen.

**3. Exkurs (Anfänger, Studienberatung)**

Die Erfahrungen des letzten Semesters haben gezeigt, daß eine Arbeit bei Anfängern besonders wirkungsvoll ist; der Grund hierfür liegt darin, daß die internen Anpassungsmechanismen (Übungen, Scheine) zu diesem Zeitpunkt noch nicht wirksam sind.

Im Sommersemester wird deshalb eine Studienberatung durchgeführt, die eine Anpassung frühzeitig verhindern soll. Den Anfängern wird ein Fragebogen vorgelegt, der vor allem klären soll, mit welcher Motivation man Jura studiert (Herkunft, Berufserwartungen usw.), welche Erwartungen für ein Jurastudium gegeben sind — insbesondere auch: wie man lernen will, inwieweit einzelne bereits politisch aktiv waren usw. Der Fragebogen soll zusammen mit den Erstsemestern im Mai ausgewertet werden. Bei diesem Termin soll versucht werden, Lerngemeinschaften zu initiieren. Ferner wurde eine Literaturliste mit ausgewählter Literatur übergeben, sowie ein Flugblatt mit Angaben technischer Natur. Über den Ausgang dieses Experiments lassen sich zur Zeit noch keine Angaben machen.

ORGANISATIONSDEBATTE

aus: APO-PRESS Hamburg
2 Hamburg 4
Annenstr. 32 Tel. 31 28 65

"Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben. Dieser Gedanke kann nicht genügend betont werden in einer Zeit, in der die zur Mode gewordene Predigt des Opportunismus sich mit der Begeisterung für die engsten Formen der praktischen Tätigkeit paart."

Lenin

"... die Theorie wird gegenstandslos, wenn sie nicht mit der revolutionären Praxis verknüpft wird, genauso wie die Praxis blind wird, wenn sie ihren Weg nicht durch die revolutionäre Theorie beleuchtet."

Stalin

Die folgenden Papiere sind im Laufe der Debatte über die Reorganisation des SDS Hamburg entstanden und spiegeln in etwa den Verlauf der hierzu geführten Diskussionen wieder. Eine Einschätzung dieses Prozesses erscheint sinnvoll, da sie der weiteren Diskussion in dem Sinne förderlich sein könnte, als sie deutlich machte inwieweit im Verlauf der Diskussion Fortschritte gemacht wurden und inwieweit schon Problematisiertes wieder verdrängt wurde.

Die Reorganisationsdebatte, vor etwa einem halben Jahr mit einem Papier über die 3 Ebenen und 2 Räte begonnen, setzte in Hamburg wieder im Verlauf der Semesterferien ein (Papier 1). Dem vorausgegangen waren Erfahrungen während der Befreiung des Psychologischen Instituts, die die Notwendigkeit eines festeren Zusammenschlusses der in der Universität aktiv arbeitenden Genossen deutlich machten. Ebenfalls konkretisierte sich hier, bei der Verurteilung des Genossen Lothar Reckert, die Notwendigkeit der bisher immer nur verbal beschworenen Assoziation von revolutionären Studenten, Schülern und jungen Arbeitern.

Das erste Papier versuchte, aus einer globalen Analyse der politischen Entwicklung die Notwendigkeit einer Assoziation der Gruppen Schüler, Lehrlinge und Studenten abzuleiten.

In der folgenden Diskussion wurde aus der politischen Analyse die Konsequenz der kadermäßigen Organisation der aktiv arbeitenden Genossen gezogen. Der Versuch, den Prozeß der Kaderbildung einzuleiten, war bereits früher gemacht worden durch die Bildung eines informellen Gremiums, das neben dem 'jour fix' bestand. Daß der Versuch, aus diesem informellen Gremium heraus einen formellen Kader zu bilden, scheiterte, machte zugleich die Schwäche der bisherigen Diskussionen deutlich: es wurde lediglich die politische Notwendigkeit der Bildung eines solchen Kaders abgeleitet; nicht reflektiert wurden die Bedingungen, unter denen die Bildung eines solchen Kaders aus den bisher dezentralisiert und unverbindlich arbeitenden Genossen möglich wäre.

Dieser Fehler wurde zumindest teilweise durch das folgende Papier (2) überwunden, das eine Bedingung - nämlich eine gemeinsame revolutionäre Theorie als Voraussetzung für eine revolutionäre Organisation - richtig erkannte und die gemeinsame theoretische Schulung forderte. Daß in dem Papier dieser eine Aspekt der Bildung einer revolutionären Organisation verabsolutiert wurde und, daß der aus dieser Konzeption hervorgegangene "Kapital"-Arbeitskreis keine praktische Bedeutung hatte, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß der richtige Ansatz dieses Papiers für die Organisationsdebatte einen Fortschritt darstellte.

Auf den Abdruck des zur gleeichen Zeit erschienenen Papiers über die sozialpsychologischen Aspekte der antiautoritären Bewegung wird verzichtet, da dieses Papier, welches frühe an Marcuse, Habermas orientierte Frankfurter Diskussionen hier nachzuholen versuchte, für die weitere Reorganisation keine Relevanz hatte.

Die darauf folgende Diskussion war dadurch gekennzeichnet, daß sie die Verabsolutierung richtiger Ansätze und das Scheitern des "Kapital"-Arbeitskreises zum Anlaß nahm, eben diese richtigen Ansätze künftig zu negieren und mit Hinweis auf den gescheiterten Arbeitskreis die herrschende Theorie-Feindlichkeit zu rationalisieren. An Stelle der Weiter-

führung der Reorganisationsdebatte setzte sich ein "vulgärer Praktizismus" (Mao) durch dessen Zentrum im Bereich der Hochschule lag. Dieser war dadurch gekennzeichnet, daß er bis dahin problematisierte Begriffe weiterhin unreflektiert verwndte und in das Zentrum der Organisationsdebatte stellte. Ziel der organisatorischen Bemühungen sei es, die "Sozialisten schlagkräftig zu organisieren" (Papier 3). Man ging dabei davon aus, daß es gewisse arbeitende Gruppen gäbe, die gewisse Teilstrategien praktizierten. Das Bedürfnis dieser Gruppen nach Koordination und Verteilung von Arbeitskraft zu befriedigen, wird als organisatorische Aufgabe definiert. Diese Konzeption, die in dem letzten Papier unter der 1. Position expliziert wird, geht ~~daxaxxxx~~ in agnostizistischer Manier sogar davon aus, daß es so etwas wie eine "allgemeingültige Theorie/Strategie" gar nicht gäbe, obwohl deren Existenz als Voraussetzung für politische Arbeit an anderer Stelle genannt wird.
(Vgl. Lenin:"Man kannnicht mechanisch das Politische vom Organisatorischen trennen"; Lukacs: "Die Organisation ist die Form der Vermittlung zwischen Theorie und Praxis.")
Auf der in dem letzten Papier protokollierten Sitzung zur Gründung eines Koordinations-Kollektivs wurde allerdings die Frage der Schulung wieder aufgeworfen. Hierbei tauchte wieder der im Protokoll auch skizzierte Widerspruch zwischen den beiden Positionen auf; wobei im Protokoll allerdings wieder nicht differenziert wird zwischen dem richtigen Ansatz und dessen Verabsolutierung und so - unter Hinweis auf F. Wolff - die Notwendigkeit einer gemeinsamen Schulung geleugnet werden kann. Die Konstituierung des KK erfolgte, ohne daß diese Kontroverse ausgetragen wurde.
Die Austragung dieser Kontroverse - d.h. die Wiederaufnahme der Organisationsdebatte - wird für das Vorantreiben der Reorganisation, für die Bildung einer revolutionären Jugendorganisation entscheidend sein.

(Diese Einschätzung der Organisationsdebatte ist nur die Auffassung eines Teils der Redaktion)

4. PAPIER
Protokoll der Organisationsdebatte

Dies Kurzprotokoll erhebt nicht den Anspruch, die gesamte Organisationsdebatte wiederzugeben; es werden nur noch einmal die prinzipiellen Unterschiede herausgearbeitet, die in der Schlußdiskussion etwas verwischt wurden, da die beiden Positionen,

a) ein zentrales Kollektiv
b) theoretische Schulung forderten. Funktionsbestimmung und Relevanz

I. wurden allerdings unterschiedlich beurteilt.

Nach dem Scheitern der Notstandskampagne - zumindest soweit diese als Auseinandersetzung auf der Machtkampfebene begriffen wurde- und der Rückwendung zur universitären Basis, um dort unter der Parole " Befreiung der Wissenschaft durch Selbstorganisation des Studiums " den Widerstand gegen die sich immer stärker abzeichnende Verstaatlichungstendenz der Gesellschaft organisieren, entwickelte sich eine Vielzahl naturwüchsig arbeitsteilig tätiger Kollektive, deren Aktivität an den verschiedenen Universitätsinstituten von Wissenschaftskritik bis zur Enrwicklung von Besetzungsstrategien reichte. Neben der so betriebenen Politisierung des Ausbildungssektors stand der in mehreren Projekten aufgenommene Abwehr- und Zersetzungskampf gegeb die aggressivsten Institutionen des autoritären Staates : Justiz und Bundeswehr , sowie die Erarbeitung von Formen konkreter Solidarität mit dem Befreiungskampf der Armen Welt in Internationalismus -Arbeitskreisen.
Angesichts dieser naturwüchsig eingetretenen Arbeitsteilung war das einmal wöchentlich tagende jour-fix des SDS nicht mehr das Gremium , das ohne weitere Aufarbeitung der Teilstrategien noch im Stande war, ad-hoc den strategischen Gesamtzusam-

menhang der verschiedenen Aktivitäten noch diskutierend herzustellen. So spielte sich die Praxis ein, daß neben einem relativ bewußtlosen Handwerkeln der Projekte ab und zu von Autoritäten die Deutung der politischen Situation übernommen wurde und bisweilen auch in eine Strategie umgesetzt wurde, die nicht der Arbeit der sie ausführenden Genossen entsprang.
Aus der Arbeitsteilung wie wir sie auch jetzt vorfinden, resultierte so in manchen Gruppen eine Perspektive-und theorielose Praxis, die sich von kaum noch reflektierten " Tageserfordernissen " leiten ließ und in Reformismus und Handwerkelei verkam. Zugleich war es den einzelnen Gruppen nicht möglich, sich aus diesem Zustand zu befreien, indem neben der Bewußtlosigkeit der eigenen Praxis die fehlende Information über die Arbeit anderer Teilbereiche und ein Fehlen an Kritik und Selbstkritik steht. Auch der SDS , ehemals treibende Kraft dersozialistischen Opposition , ist innerhalb der Projekte nicht mehr auszumachen. Das bedeutet jedoch nicht, daß es nicht Unterschiede gäbe zwischen denen, die nach Möglichkeiten der Radikalisierung der politischen Praxis suchen, und jenen, deren Bewußtseinsstand durch die derzeitige Politik ausgedrückt wird, denen diese als angemessen erscheint.
Deutliche Anzeichen dafür, daß dieser Unterschied nach wie vor besteht, ist die sich allenthalben entwickelnde Organisationsdebatte gerade unter dem führenden Teil der Bewegung, der sich mit dem SDS gleichsetzen ließe.

II. 1. Position

Eine Organisation soll eine mit der Arbeitsteilung der Projekte korrespondierende Arbeitszusammenfassung bewirken. Das bedeutet zunächst - insofern noch gut handwerklich - , daß dem Bedürfnis nach Information und temporärer Koordination zwischen den Projekten Rechnung getragen werden soll. Jedoch diese Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, die Möglichkeit nämlich, seine Praxis im Rahmen derübrigen Teilstrategen und mit im Gesamtzusammenhangder sozialistischen Opposition zu sehen, mag bereits eine qualitative Veränderung darstellen; sie mag bewirken, daß erneut eine theoretische Reflektion der Praxis einsetzt und das Verhältnis der Selbstkritik auflebt .
Verbesserter Informationsfluß wird alleine jedoch nicht ausreichen ebensowenig wie die Herstellung des Gesamtzusammenhanges durch übergreifende Strategien! Hierzu bedarf es vielmehr eines ständig arbeitenden Gremiums , das die einzelnen Teilstrategien ständig in seine weiteren Bezüge stellt und mit den Mitteln materia-
entsprechenden Diskussionsbeiträge deuteten eine Theorieverständnis an, dessen autoritärer Charakter keine Weiterentwicklung der bisherigen Ansätze bringen würde, sondern zur Auflösung der Einheit von Theorie und Praxis führt. Wir würden eine " revolutionäre Theorie " erhalten, die mittels einer bolschewistischen Kaderpartei der Wirklichkeit aufgezwungen wird.

V.

Die Fragen der Legitimation des Kollektivs, der Kontrolle, der genauen Aufgabenbestimmung sollen ausführlich im Rahmen der Personaldiskussion erörtert werden.

Aus: SC-Info
6 Frankfurt/Main 1
Postfach 2441

# STREIK AN DEN INGENIEURSCHULEN

## 1. Die Funktion des Ingenieurs in der spätkapitalistischen Gesellschaft

Der Ingenieur in der heutigen Gesellschaft wird geprägt vom bewußt unpolitisch gehaltenen, ökonomisch orientierten Ausbildungsgang, dessen einziges Ziel es ist, ihn zu befähigen, bekannte Regeln in technisch produktive Lösungen umzusetzen. Der Verwertungsprozeß des Kapitals, das angewiesen ist auf den technischen Fortschritt als entscheidenden Akkumulationsfaktor, erfordert Fachspezialisten mit kurzfristig nutzbarem Wissen. Deshalb werden an den Ingenieurschulen Ingenieure herangezüchtet, die im großen und ganzen wissenschaftliche Erkenntnisse in die betriebliche Praxis umsetzen sollen, ohne die wissenschaftlichen Erkenntnisse und die betriebliche Praxis auf ihren gesellschaftlichen Sinn und Zweck zu prüfen. Die alleinige Entscheidungsgewalt in den Betrieben wird durch eine Betriebshierarchie abgesichert, die die Ingenieure genau wie die Arbeiter zu Befehlsempfängern degradiert, sie also von Entscheidungsprozessen fernhält und damit den Bedingungen der Ausbeuter ausliefert. Die proletarische Stellung des Ingenieurs soll verschleiert werden durch das Aufbauschen einer mittleren Führungsschicht, die dem Ingenieur einreden will, daß sie partielle Entscheidungsbefugnisse im Betrieb hätten.

## 2. Ingenieurausbildung heute

Damit sich die Ingenieure in die Betriebshierarchie reibungslos eingliedern, wird bereits in der Ausbildung dafür gesorgt, daß sie Gesamtzusammenhänge technischer und gesellschaftlicher Art nicht erkennen. Bereits auf der Ingenieurschule müssen die Ingenieurstudenten darauf dressiert werden, sich vorbestimmten Zeit- und Lehrplänen unterzuordnen. Die Kritikfähigkeit dem eigenen Fach gegenüber und selbständiges Denken und Entscheiden werden unterdrückt. Genauso wie in den Betrieben die wesentlichen Entscheidungen von kleinen Gremien der Unternehmer getroffen werden, wird in den Ingenieurschulen die Ausbildung, die Wissensvermittlung und das Prüfungssystem von der von Interessenverbänden gelenkten Kultusadministration von oeben bestimmt, so daß die berechtigten Forderungen und Interessen der Studenten kein Gehör finden können. Sinn dieser Repression ist eine Minimalausbildung mit dem Ziel, einen größtmöglichen Ausstoß von Fachspezialisten, auf die die kapitalistische Wirtschaft angewiesen ist, zu erlangen. Im Interesse der kapitalistischen Gesellschaftsordnung liegt es also, Fachidioten auszubilden, die sich dem Terror der Unterdrückungsmaschinerie willenlos unterwerfen und keine Selbstinitiative ergreifen sollen. Es ist dann leicht, den Ingenieur dazu einzusetzen, die Produktion von gesellschaftlich nicht notwendigen Gütern sowie deren eingeplante schnelle Veralterung und die Entwicklung von Techniken zur eingebauten Destruktion in Gang zu halten.
Konstitutiver Bestandteil der Fachidioten-Ausbildung ist die repressive Lernsituation, die sich in einer 7o-Stunden-Woche ausdrückt, in übertrieben zahlreichen Klausuren und Prüfungsdruck und gleichzeitig in der autoritären Wissensvermittlung, die den Lernprozeß zum Einpauken nur von technischen Daten und Fakten pervertieren läßt. Daraus entwickelt sich ein Leistungsdruck, der dem rein rezeptiven Lernen Vorschub leistet und eine Politisierung

der Ingenieurstudenten zumindest erschwert. Der Ingenieurschulstreik, also der Abbruch des laufenden Semesters, brachte damit die Möglichkeit, sich von dem repressiven Leistungsdruck wenigstens temporär zu befreien und vom reformistischen Gemauschel zum politischen Kampf zu kommen.

3. Ursachen, Motivation und Ziele des Streiks

Der Ingenieur wird heute so ausgebildet, daß er sich während seines Berufslebens mehrfach auf jeweils andere Spezialgebiete umstellen und sich neuerlich entsprechend lange einarbeiten muß, und zwar in Spezialgebieten, die ihm aufoktroiert werden. Die heutige Ausbildung bringt nicht berufsfähige, sondern höchstens berufsfertige Ingenieure hervor. Der psychologische Druck, Klausuren bestehen zu müssen, um ein Semester zu absolvieren, zwingt dazu, nur Faktenwissen einzupauken, und läßt keine Zeit, sich mit fachlichen oder gesellschaftlichen Problemen auseinanderzusetzen. Ziel der heutigen Ausbildung ist, Faktenwissen schnell parat zu haben. Diese Art von "Leistungskontrolle" führt zu einer falschen Auslese, die in ursächlichem Zusammenhang mit der autoritären Schulausbildung steht. Die Studierenden der Ingenieurschulen stehen unter einem repressivem Zeitdruck (38 bis 4o Stunden Vorlesungen und weitere 2o bis 3o Stunden Selbststudium pro Woche). Diesem Arbeitspensum fallen nicht nur fast alle außerfachlichen und besonders politischen Betätigungen zum Opfer, sondern auch das wirkliche Studieren selbst, so daß man sich auf bloßes Erlernen beschränken und so auf ein wirkliches Verständnis der Zusammenhänge verzichten muß. Die innerschulischen Mißstände und die unsicheren Berufsperspektiven trugen auf einer allgemeinen Ebene zu einer partiellen Mobilisierung der Ingenieurstudenten bei, die sich zuerst in liberalistischen Verhandlungsmanövern äußerte. Seit Jahren versuchten die Ingenieurstudenten Forderungen nach Veränderung ihrer Situation durchzusetzen, indem sie durch Appelle an und Aussprachen mit der Kultusadministration, durch Sternmärsche und Warnstreiks auf ihre miserable Ausbildung aufmerksam machen wollten. Erst nachdem es allgemein offenkundig wurde, daß durch diese den traditionellen Spielregeln etablierter Politik durchaus verhafteten Methoden die Staatsbürokratie nicht zum Reagieren gezwungen werden konnte, entwickelte sich bei den bereits mobilisierten Ingenieurstudenten ein Problembewußtsein über die Effektivität der Durchsetzung politischer Forderungen. Gemäß den Erfahrungen der Studentenbewegung entstand eine militantere Form der Austragung von Konflikten. Im besonderen erfolgte eine massenhafte, wenn auch unpolitische Mobilisierung durch die berufständische Forderung nach Anerkennung des deutschen Ingenieurs in der EWG Anfang Sommersemester 1969. Die Bereitschaft, die Forderungen durch einen aktiven Streik durchzusetzen (was zugleich den Abbruch des Semesters bedeutete), war damit gegeben. Über den taktischen Versuch der Bundesregierung, den ursprünglichen Mobilisierungsfaktor des Streiks - die EWG-Anerkennung - durch formale Zusicherungen zu neutralisieren, gelang es den aktiven Kadern an den Ingenieurschulen, die Streikargumentation dahingehend weiterzuführen, daß die konkreten Inhalte der Widerstandsbewegung präzisiert wurde.
Grundsatzforderungen sind:

a. Änderung der Eingangsvoraussetzung durch Einrichtung einer Fachoberschule mit polytechnischem Charakter, die zur Hochschulreife führt.
b. Recht auf Selbstverwaltung der Fachhochschule, insbesondere auf dem Gebiet der Studienplanung und der Finanzen.
c. Kein Ordnungsrecht.
d. Selbstbestimmung der Studenten in paritätisch besetzten Gremien der Fachhochschule

In Zusammenhang mit diesen grundsätzlichen Forderungen wurde der Versuch gemacht, neue Modelle zu entwickeln, die die Probleme der Lehrfreiheit und Selbstbestimmung der Studieninhalte sowie die Integration in den Gesamthochschulbereich und damit die Aufhebung des "Klassenstudiums" einbeziehen.

4. Streiksituation an den Frankfurter Ingenieurschulen

Schon im Wintersemester 1968/69 hatte sich an beiden Frankfurter Ingenieurschulen ein politischer Arbeitskreis (PAK) von etwa 2o Studenten in Zusammenarbeit mit der Stadtteilbasisgruppe Nordend gebildet, dessen Aktivität vorerst auf die theoretische Aufarbeitung der Situation an den Ingenieurschulen und der allgemeinen Bildungsmisere ausgerichtet war. Mit der Verschärfung der Konflikte (Schüttes Zwölf-Tage-Erlaß) und zusammen mit der Stadtteilbasisgruppe Nordend konnte diese theoretische Vorarbeit durch die Initiierung des Streiks in die Praxis umgesetzt werden. Während des Streiks zeichneten sich Ansätze einer Polarisierung innerhalb der Studentenschaft ab, die sich konkret in der Radikalisierung der Kampfmethoden des Streikkomitees gegen Streikbrecher, Dozenten und Rektorat äußerte. Die Konzeption des aktiven Streiks konkretisierte sich ansatzweise durch die Einrichtung von Arbeitskreisen über Bildungsreform, Technologie, Kritische Architektur, Öffentlichkeitsarbeit und durch den Aufbau von Agitationskadern. Die allgemeine Situation ist gekennzeichnet von ständigen Auseinandersetzungen zwischen Streikkomitee und Streikbrechern (rund 2o% der Gesamtstudentenschaft) sowie mit der Schulleitung und der Kultusadministration. Die Kampfmittel eskalierten von Go-ins in die Lehrveranstaltungen zu Rauchbomben, Buttersäure und Schlägereien. Durch finanzielle Repressionen (Streichung von Stipendien) soll die Aktivität der Streikenden unterhöhlt werden - und tatsächlich ist ein großer Teil der Studenten dadurch gezwungen worden, Geld zu verdienen. Dieser materielle Zwang wird dadurch zum Positiven gewendet, daß in den Betrieben Agitation erfolgen kann.
Die Solidarisierung und aktive Unterstützung der Genossen von der Frankfurter Universität mit den streikenden Ingenieurstudenten fand - im Gegensatz zu Berlin und anderen Iniversitäten - nicht statt.

5. Perspektiven

Da im kommenden Wintersemester auf der einen Seite mit einer Wiederaufnahme des Studienbetriebs zu rechnen ist, andererseits die innerschulische Situation sich zuspitzen wird (Relegationsandrohung gegen aktiv politisch arbeitende Studenten, Ordnungsrecht), ist es dringend notwendig, schon jetzt für eine Verbreiterung der politischen Basis zu sorgen, um die zu erwartenden Repressionen der Schulleitung und der Kultusadministration aufzufangen. Die Konfliktstrategie für das kommende Wintersemester sieht im wesentlichen die Erprobung neuer Studienmodelle auf kollektive und exemplarische Weise vor. Die Agitation wird im nächsten Semester darauf ausgerichtet sein, den Zwangszusammenhang zwischen Ausbildung und Profitinteresse des Kapitals zu aktualisieren.
Die verbissen hilflose Reaktion der Kultusadministration, der Bundesregierung und der Arbeitgeberverbände beweist, daß der bundesweite Streik der Ingenieurstudenten das kapitalistische Wirtschaftssystem in seinen Machtstrukturen empfindlich getroffen hat.

Arbeitskollektiv aus den Streikkomitees
der Frankfurter Ingenieurschulen

MÜNSTER

KOMMILITONEN ALLER FAKULTÄTEN !!
Schwarze Listen, Strafverfolgungen, Relegationsdrohungen, Hetzpaper des Rektors, Schließung von Instituten, Polizei auf dem Universitätsgelände - die Situation ist da, wo jeder Student zum politischen Handeln kommen muß.
Gestern wurde das erste Institut geschlossen!
Wie ist es dazu gekommen?

Anfang des Semesters wurden 20 Studenten wegen politischer Aktivität (z.B. Kiesinger-Demonstration) strafrechtlich verfolgt. Zur selben Zeit begannen auch Professoren mit "Hausfriedensbruch, Nötigung Beeiträchtigung der Lehrfreiheit" (Gollwitzer, Geschichtsprofessor) zu argumentieren. Die Lage spitzte sich zu, als 11 Studenten wegen Freiheitsberberaubung und Nötigung beschuldigt wurden - als Folge eines go-ins in eine Sitzung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, das die seit langem geforderte Öffentlichkeit der Universitätsgremien verwirklichen sollte:
Obwohl 300 Studenten die Diskussion forderten, blieben 40 Professoren stumm und ließen zu, daß der Rektor 13 Studenten willkürlich auf "Schwarzen Listen" als Rädelsführer anprangerte und sie damit der Gefahr aussetzte, von ihrer wissenschaftlichen Arbeit ausgeschlossen zu werden.
Professor Lausberg sieht in einem Fünf-Jahres-Plan vor, den numerus clausus in der Phil. Fak. einzuführen und damit faktisch 3000 Studenten vom Studium auszuschließen und genau das zu schaffen, was heute z.B. in den medizinischen Fakultäten und chemischen Instituten existiert.
Professor Schützeichel wirft Studenten, die in seiner Sprechstunde kritische Fragen zu den geplanten Hochschulgesetzen wollten, einfach raus mit der Begründung, daß sie nicht zu seinem Seminar gehörten.
Wie immer, wenn Studenten kritische Fragen stellen, kommt von den Professoren eine eindeutige Aktion: GEWALT.
Von Gollwitzer werden 6 Studenten für den Fall eines Disziplinar- und Hausordnung "vorsorglich" indiziert.
Aufgrund seiner Autorität bemächtigte sich Lausberg der nicht informierten Mehrheit, um physische Gewalt gegen die Eindringlinge zu mobilisieren.
Alle Professoren der Germanistik solidarisieren sich und drohen, im Wiederholungsfall das Institut zu schließen.
Um wiedergewählt zu werden, läßt Rollhäuser ein verläumderisches Paper verteilen.
Er unterstellt:
1. daß Studenten Professoren auf Schwarze Listen gesetzt haben,
2. daß sie Vorlesungen zu linksextremen Vorlesungen umfunktionieren wollen,
3. daß sie von der VDS-Zentrale und den Vorbildern von Berlin und Frankfurt ferngeleitet seien.
Er droht mit Strafverfahren und Relegation.
Dieser Rektor beschwört immer wieder die Freiheit von Forschung und Lehre, obwohl die Wissenschaftspraxis in den Seminaren beweist, daß darunter nur die Freiheit der Lehrenden zu verstehen ist. Darüberhinaus nutzt er den Informationsmangel vieler Studenten aus, um die Studenten zu spalten. Trotzdem wird er fast einstimmig wiedergewählt.
Etwa 300 Studenten protestierten gegen diesen Wissenschaftsclown und seinen Konvent vor dem Schloß. Die Polizei sicherte den "diskussionsfreien" Abzug der Professoren.

Daraufhin ziehen die Studenten spontan zum Fürstenberghaus und analysieren die Eskalation im Germanistischen Seminar. Nachdem sofort die Polizei in Massen eingedrungen war, erklären die Studenienn das Institut für besetzt. 90 Studenten diskutieren in einem Bibliotheksraum

- die Weiterentwicklung der Basisgruppenarbeit: neue Formen des Wissenschaftsbetribes für ein sinnvolles gesellschaftsbezogenes Studium;
- die bessere Information und Organisation der studentischen Öffentlichkeit.

Rektor Rollhäuser erscheint mit Professoren der Fakultät und hat wieder nichts Weiteres anzubieten, als die sofortige Räumung des Instituts.
Der RCDS-AStA wurde in das Gebäude eingelassen, um die Studenten zu veranlassen, das Institut zu räumen.
Hier wird deutlich, wie sich der AStA die "Einheitsfront" zwischen Studenten und Professoren vorstellt:
Der AStA hat die Funktion eines Sprachrohres der Professoren.
Gegen 6.30 Uhr räumtem 140 Bereitschaftspolizisten - Schlagstock und Pistole offen getragen - das Institut und transportierten die Studenten in 2 Bussen zum Friesenring. Dort wurden die Personalien festgestellt.
Die Professoren des Germanistischen Instituts erklärten auf die Vorfälle hin "ihr" Institut für geschlossen, obwohl das Institut in ordentlichem ZUstand verlassen wurde.
Aufgrund dieser Vorfälle wurde auf der gestrigen Fakultätssitzung die Schlie:ung der gesamten Phil. Fak. beschlossen. Dieser weitgehende Beschluß steht in keiner Relation zu seinen angeblichen Ursachen. Die Freiheit der Lehre und des Lernens wurden nicht von den Studenten, sondern von den Professoren gestört.
Der Beschluß der Fakultätsschließung kann nicht anders verstanden werden als als bewusste Verschärfung der Gewaltdrohung von professoraler Seite mit dem Ziel, eine Kraftprobe zwischen Studenten und Professoren herbeizuführen.
Die Professoren versuchen systematisch, eine Terrorstimmung zu erzeugung, um danach nachträglich eine Legitimation für ihr Vorgehen zu gewinnen. Indem sie den "Schwarzen Peter" der Verantwortung für die gegenwärtige Lage den Studenten zuschieben, wollen die Professoren wieder einmal verschleiern, daß sie nicht bereit sind, von ihrer Machtposition abzurücken und inhaltlich zu argumentieren.
Studenten, Eure Rechte werden nicht von "extremistischen Terrorgruppen", sondern von den Professoren verletzt!!!
Voraussetzung für die Wahrung Eurer wissenschaftlichen Freiheiten ist die Information und der konkrete geschlossene Widerstand.

## ZEITUNGSWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT - MÜNCHEN.

### UNIVERSITÄT VOR DER ENTSCHEIDUNG.

Der staatliche Eingriff in die Organisation der Hochschulen in der gesamten Bundesrepublik ist gekennzeichnet durch verstärkte Anpassung des Wissenschaftsbetriebes an die ökonomischen Erfordernisse der Gesellschaft. Selbst jener Teil der Professoren und Studenten, der bisher glaubte, sich auf die Position der werturteilsfreien, neutralen Wissenschaft zurückziehen zu können muß mittlerweile feststellen, daß dies nach der Verabschiedung der jeweiligen Hochschulgesetze unmöglich wird. Nicht die Mitglieder der Universitäten entscheiden über die Forschungsobjekte, nicht die wissenschaftlich Arbeitenden über die personelle Führung der Hochschulen im Fachbereich und an der Spitze der Gesamtuniversität: durch Festlegung der Mittel auf bestimmte "Schwerpunktvorhaben" (Art. 8/6), Bestellung des Präsidenten (Art. 22) und Besetzung der Lehrstühle nach eigenem Ermessen (Art. 44) stellt die staatliche

Administration die Weichen für eine ihr genehme Wissenschaft. Daraus erklärt sich der verbale Protest großer Teile der Professorenschaft und die einmütige Ablehnung der Gesetze durch Assistenten und Studenten. Während jene sich aber darauf beschränken, den Elfenbeinturm durch papierenen und verbalen Widerstand zu stützen, wird zunehmend die Unmöglichkeit werturteilsfreier Wissenschaft im gegenwärtigen System manifest. Die technokratische Hochschulreform legt nur bloß, was vorher schwächer sichtbar war: Wissenschaft zu betreiben, ohne sich um deren Verwertung zu kümmern, bedeutet Stabilisierung bestehender Verhältnisse und damit die Weigerung, neue Erkenntnisse im Sinne der Emanzipation der Menschheit durchzusetzen.

So steht die Universität vor der Entscheidung: Unterwerfung und damit Anerkennung des administrativen Primats vor wissenschaftlicher Fragestellung, oder Durchsetzung der wissenschaftlichen Arbeit gegen die Regierungsauflagen. Verbale Stellungnahmen dokumentieren nur die Hilflosigkeit gegenüber wissenschaftsfeindlichen Gesetzestexten. Der Maxime "Geforscht wird, was dem jeweiligen Staate nützt" kann die Universität nur Organisation im Widerstand entgegensetzen. Dies bedeutet, wissenschaftliche Arbeit unter Mißachtung der Hochschulgesetze als einzige Möglichkeit, Erkenntnisse ohne staatliche Erlaubnis zu gewinnen. Die Ordinarienherrschaft darf nicht von einer direkten Herrschaft der Kultusministerien abgelöst werden, sondern muß durch Organisation der unmittelbar für die Interessen der Mehrheit der Gesellschaft wissenschaftlich arbeitenden Universitätsmitglieder aufgehoben werden.

## ZIEL DER HOCHSCHULREFORM: TRANSFORMATION DER UNIVERSITÄT IN EIN INSTRUMENT DER HERRSCHENDEN KLASSE

Alle technokratischen Hochschulgesetzentwürfe sind mit einem Ordnungsrecht gekoppelt. Dies weist bereits auf deren Kampfcharakter hin. Es ist sicherlich falsch diesen Kampfcharakter ausschließlich unter den Bedingungen hochschulinterner Auseinandersetzungen zu begreifen. Ein paar tausend linke Studenten können die bestehenden Herrschaftsverhältnisse nicht ernsthaft gefährden und den Staatsapparat nicht zu einer so empfindlichen Reaktion, die völlig im Widerspruch zu seinem liberalen Anspruch steht, provozieren. Offenbar sehen die Herrschenden in der Hochschulrevolte eine Perspektive, unter der die Hochschulrevolte ihre Universitätsspezifität und ihre offenkundige Ohnmacht vor dem Staatsapparat in Richtung auf eine reale Gefährdung des Bestehenden transzendieren könnte, Der Kampfcharakter der technokratischen Hochschulreform kann nur unter den Bedingungen des Klassenkampfes begriffen werden.

Dies wird deutlich, wenn wir uns die gesamtgesellschaftlichen Konsequenzen der technokratischen Hochschulreform verdeutlichen. Durch die Ausrichtung der Wissenschaft auf die Anforderungen des spätkapitalistischen Systems, d.h. durch die direkte Indienstnahme der Wissenschaft durch die Herrschenden, werden die bestehenden Herrschaftsverhältnisse stabilisiert, und die Chancen emanzipatorischer Bestrebungen durch die Ausschaltung einer potentiell aufklärerischen Wissenschaft verringert.

Konkret wird dieser Aspekt für uns, wenn wir von Roegele erfahren, daß parallel zur technokratischen Hochschulreform an unserem Institut eine Studienreform vorbereitet wird, die sich in ihren Zielsetzungen ausschließlich an der gegenwärtigen Organisationsform der Massenkommunikation orientiert. Es ist nur konsequent daß Roegele zur Finazierung dieses Vorhabens mit dem Verlegerverband und dem Bundesprsseamt in Verhandlungen getreten ist. Wir kommen in unserer Analyse zu folgendem Schluß:

ZIEL DER TECHNOKRATISCHEN HOCHSCHULREFORM IST DIE ENTGÜLTIGE TRANSFORMATION DER UNIVERSITÄT IN EIN INSTRUMENT DER HERRSCHENDEN KLASSE.

Unter diesen Voraussetzungen ergeben sich für einen erfolgreichen Kampf gegen die technokratische Hochschulreform folgende Bedingungen:

1. Die Strukturen der Universität müssen gegen Verwaltungsakte, gegen den Huberentwurf beispielsweise, immunisiert werden, d.h. die Macht des universitären Verwaltungsapparates muß zugunsten der Selbstbestimmung der am Wissenschaftsprozeß Beteiligten aufgehoben werden.
2. Aus der Tatsache, daß die technokratische Hochschulreform eben nicht das Privatanliegen kauziger Kultusminister ist, sondern gesellschaftlich im Zusammenhang des Klassenkampfes steht, folgt, daß ein erfolgreicher Widerstand gegen sie nur unter den Bedingungen des Klassenkampfes geleistet werden kann. Dies bedeutet, daß wir als Antwort auf die Verschärfung des Kampfes durch die herrschende Klasse den emanzipatorischen Kampf der xxbxxx unterdrückten Klasse forcieren müssen.

Für den Wissenschaftsbereich am Institut bedeutet das, daß wir alle Veranstaltungen dahingehend umfunktionieren müssen, daß sie diesem Kriterium genügen, daß wir die Veranstaltungen, in denen auf Grund ihres Gegenstandes oder ihrer Organisationform eine Durchsetzung dieses Erkenntniinteresses nicht möglich ist, auflösen bzw. in neue Arbeitsgruppen überführen. Die Arbeitsgruppen verstehen sich als materielle Interessenvertretung in dem Sinne, daß die in ihnen Arbeitenden durch sie die gesellschaftliche Realisierung ihrer Bedürfnisse betreiben. Sie messen ihre Arbeit daher nicht an einem unreflektierten Leistungsprinzip, sondern gerade an dem Fortschreiten in dem Versuch, sich von eben diesen Leistungs-und den darauf aufbauenden Herrschaftszwängen zu emanzipieren. Aus dem oben dargelegten Interessenvertretungscharakter der Arbeitsgruppen folgt, daß die in ihnen geleistete theoretische Arbeit notwendig in eine politische Praxis münden muß. Ein wichtiger Aspekt der zu leistenden Arbeit wird die Erarbeitung von Organisationsformen sein, die 1. rationale Entscheidungsprozesse und 2. die Koordination der einzelnen Gruppen am Institut und an der Universität ermöglichen.

Nur wenn wir in einem aktiven Streik unter diesen Bedingungen die XXX Universität inhaltlich und organisatorisch neu bestimmen, kann sie dem Zugriff der herrschenden Klasse entzogen und in den Dienst der Emanzipation des Menschen gestellt werden.

Will man eine Perspektive des revolutionären Kampfes aufzeigen, so ist man immer gezwungen die Position des "Schwächeren" überwinden zu müssen. Es ist eine bekannte und anerkannte Tatsache, daß eine Person oder eine Minderheitsgruppe, die sich gegen das Normensystem einer GEsellschaft, immer mit dem Risiko, des Verlustes der dieses Normensystem Stützenden Gratifikationen wie Prestige, Anerkennung, gesellschaftliche Positionen, rechnen muß. In seinem Korselett aus Beamtenrechtlichen, moralischen und sozialaffirmativen Verstrickungen kann es einem Professor Roegele natürlich nicht möglich sein den Kampf gegen den reaktionären Huberentwurf aufzunehmen. Eine Mehrheit der Studenten, denn die Mehrheit der Studenten ist gegen die Hübersche KOnzeption, kann sich nicht auf eine Konzeption des (hochschulpolitischen Gedenktages), des Vorlesungsstreiks oder ähnlicher Maßnahmen einlassen, die keine Rückwirkung auf eine längerfristige Organisation der Universität hat. In dieser Situation kann man von den Studenten nicht verlangen in ihrer Perspektive der Realisierung von Wissenschaft die möglichen Beamtenrechtlichen Schwierigkeiten von Prof. Roegele zu berücksichtigen.

Er muß sehen, daß er durch sein Verbleiben als Leiter des Instituts die schmutzigen Arme Hubers stärkt. Durch seinen Rücktritt aus der Hochschulkommission hat er die Konsequenzen gezogen, wann zieht er die nächsten????

Obwohl an sich logisch ist, folgte daraus noch nicht, eine mögliche Verarbeitung der Ängste und Risiken, die von der bestehenden GEsellschaft während des sozialistischen Kampfes produziert werden. Erfahrbare Folgen einer Neuorientierung der Wissenschaft werden mit Sicherheit sein, daß man nicht mehr di3 benötigte Anzahl von Scheinen in einem bestimmten Zeitraum bekommt. Damit hängen in der Folge zusammen ein größeres Berufsrisiko und jene Sanktionen, die eine Gesellschaft immer zur Behandlung einer Minderheit bereithält.
Wieweit ist es nun möglich, diese Ängste so zu xxxx verarbeiten, daß es nicht sinnvoll erscheint in der revolutionären Bewegung mitzuwirken?
Allgemein gilt wohl, daß die Kampf beteiligten Subjekte dauernd ihre Emanzipation mitberücksichtigen müssen. Auf der anderen Seite kann man nicht in den Irrtum verfallen zu glauben, daß eine Strategie dann richtig ist, wenn sie direkt ein größeres Maß an Lust verspricht.
Wenn es der sozialistischen Bewegung gelingt, die Ängste abzubauen, die das bestehende System zu seiner Erhaltung produziert, ist dies gleichzeitig ein großer Schritt zu seiner Veränderung. Daß nicht diejenigen die Realitätstüchtigen sind, die sich permanent anpassen, beweist ein Rückblick auf das 3. Reich. Der Wiederstand der wenigen Konservativen ist typisch für die Ohnmacht und die latente Bereitschaft der bürgerlichen Ideologie für den Faschismus. Ein Kiesinger und Eichmann hielten es überzeugtermaßen für Realitätstüchtig, den Apparat zu perpetuieren in der Hoffnug, das Schlimmste abzuwenden. Diese Form der Realitätstüchtigkeit ist damit für alle Ewigkeit ad absurdum geführt.

Die revolutionäre Bewegung der Studenten hat jedoch schon einige Modelle entwickelt, die es den aktiven Minderheiten erlauben, einigermaßen immun zu sein gegen die integrative Dynamik des Bestehenden. Zu nennen wäre hier die Bildung von Wohnkollektiven, die wieder eine politische und ökonomische Selbstorganisation erlauben. Nicht zu unterschätzen ist die Befreiung der Sexualität und damit die Befreiung von den darauf aufbauenden Abhängigkeiten zur Gesellschaft.

Es kann nicht geleugnet werden, daß diese Einigelung nicht ausreichend sein kann für einen längerfristige Revolutionierung. Es muß erreicht werden, die Konflikte in alle Bereiche der Gesellschaft zu tragen und sie organisatorisch zu verankern, um den Prozeß der Verwandlung zu beschleunigen. Man kann sich hier verschiedene Modelle vorstellen, die alle fähig sein müssen aktive Kader der Opposition zu bilden.

Die historische Entwicklung wird zeigen inwieweit Gewalt notwendig sein wird um der Mehrheit zu ihrem Recht zu verhelfen. Es ist erfahrungsgemäß unwahrscheinlich, daß privilegierte Schichten und die ihr dienenden Ordnungsmächte auf ihren Lustvorsprung verzichten werden. Somit ist die Frage der Gewalt keine prinzipielle, sondern eine taktische. Gewalt ist dann sinnlos, wenn sie die revolutionäre Bewegung sterilisiert oder gar zurückwirft. Die Erfahrungen bei gemeinsamen militanten Aktionen und auch ERgebnisse der Psychothrapie der Aggressionsabfuhr zeigen, daß praktische Gewalt eine adäquate Verarbeitung von Angst darstellen kann. Im übrigen gilt wie immer:

KÄM PFT SCHNELLER GENOSSEN!!!!!!!!

Eigendruck Basisgruppe Zeitungswissenschaft
Amerikahaus Karolinenplatz

KÖLN - Beitrag zur Vollversammlung, 20.5.69.

WARUM DER KAMPF UM DIE HOCHSCHULGESETZE DER KAMPF FÜR EINE NEUE GERMANISTIK SEIN MUSS !

In den letzten Tagen hat keine Frage so viel Verwirrung gestiftet wie die nach den beiden Tendenzen, die den Streik der Germanisten bestimmen:

1.) der aktive Streik als adäquates Mittel im Kampf gegen die Verabschiedung des vorliegenden Hochschulgesetzentwurfs.

2.) der aktive Streik als Freiraum zur Selbstorganisation der Mitglieder des Germanistischen Instituts, d.h. der Diskussion und Neudefinition von Form und Inhalt der Wissenschaft Germanistik.

Während von der einen Seite behauptet wird, beide Tendenzen des Streiks seien unabdingbar mit einander verbunden, die Neuorientierung der Germanistik sei also die entscheidende Aktion im Kampf gegen die Gesetze, so erkennt die andere Seite diesen Konnex nicht an. Sie befürwortet zwar einen Streik gegen die Hochschulgesetze, fühlt sich jedoch durch den Zwang zur Reflexion der eigenen wissenschaftlichen Position vor den Karren mehr oder weniger ideologisch fixierter Minderheiten gespannt. Mit anderen Worten: Wäre eine Besinnungswoche der Germanistik (so der geschäftführende Direktor, Herr Liede) nicht auch ohne Streik, parallel zu den Semesterveranstaltungen oder in den Ferien möglich gewesen? Diese Frage stellt sich besonders, da durch den aktiven Streik der Semestererfolg - sprich Anerkennung des Semesters oder nicht - in Frage gestellt wird.

Ohne hier auf Argumente einzugehen, die eine derartige aktive Streikfüllung rechtfertigen, da erstens in einer zu einer Lehrveranstaltung parallel laufenden "Besinnungswoche" die studentische Beteiligung zu gering wäre (Überbelastung durch Leistungsdruck, Desinteresse) und zweitens gerade durch die Durchführung des Streiks auch in fachimmanenter Hinsicht weitaus mehr Studenten auf die Dauer mobilisiert werden können - versucht dieses Referat die teilweise Identität dieser beiden Streiktendenzen aufzuweisen.

Man kann den vorliegenden Gsetzentwurf, dessen undemokratische Schnitzer offen zu Tage liegen, nur dannmit seinen ganzen Konsequenzen erkennen, wennman eine Antwort auf die Frage sucht, wie er überhaupt zu Stande kommen konnte und mußte. Die Bedeutung des z. Zt. vorliegenden Entwurfs wird klar , wenn man bedenkt, daß ihm die beiden Fraktionen der Regierungsparteien in NRW schon zugestimmt haben , auch wenn jetzt, nachdem die Herren dort oben erkannt haben, daß wir ihn nicht so einfach zuschlucken gewillt sind, eiligst die Möglichkeit kundgetan wird, Chancen, das Gesetz zu verändern seien vorhanden.

Die Frage nach dem Hintergrund dieses Gesetzentwurfes zielt mit Notwendigkeit auf die Interessen, denen sich die parlamentarische Wirklichkeit unserer Demokratie sich untergeordnet hat. Diese Interessen sind gekennzeichnet durch das Prinzip der höchstmöglichen Effizienz. Es besitzt seine Bedeutung in Bezug auf die Massenfächer (die Fächer, die potntiell mit dem staatlichen Examen abschließen, also Lehrer produzieren ) in ganz offensichtlicher Weise. Es besagt: Um unsere technokratische Gesellschaft wettbewerbsfähig zu halten, bedarf es einer breiten Phalanx von ausgebildeten Spezialisten, die in der Lage sind, in den verschiedenen Bildungsinstituten möglichst weitreichende Informationen über ihr Spezialwissen zu vermitteln, um den Ausgebildeten selbst zum Spezialisten gemacht zuhaben. Kriterien zur Bewertung dieses Prozesses sind a) die Dauer und b) der Grad der Information, d.h. die Tragfähigkeit des Spezialistentums

a

sein Objekt =Sprache das gesellschaftliche Kommunikations- und Manipulationsmedium ist) oder, wenn dies bei progressiven Lehrern geschieht schon im Vollzug der Erkenntnis verinnerlicht.
GERADE DER DEUTSCHUNTERRICHT ALS HAUPTSÄCHLICHE VERWERTUNG GERMANISTISCHER ERZEUGNISSE IST SEINER FORMALEN UND INHALTLICHEN BESTIMMUNG NACH REPRODUKTION DER DERZEITIGEN SOZIALEN ZUSTÄNDE, BZW. DER SIE PRÄGENDEN INTERESSEN.
Selbstverständlich ergibt sich aus diesem Aufweis nur dann die Notwendigkeit einer auf die Berufspraxis bezogenen Germanistik, wenn man erkennt, welche Konsequenzen sich aus dem Prinzip der höchstmöglichen Effizienz ergeben. Hier sollen nur einige von ihnen skizziert werden, da die Kritik an den Hochschulgesetzen nichts anderes als dieses Argument zum Inhalt hat:

1.) Zentralisierter Dirigismus, der möglichst reibungslos und zeit sparend verlaufen soll, bedingt a priori Ballung von Macht bei einer unverhältnismäßig kleinen Gruppe.

2.) die Widersprüchlichkeit, der sich unser Staatsetat ausgesetzt sieht, muß notwendigerweise dazu führen, daß in Zukunft die Bibliotheken noch voller, die Seminare noch überlaufener sein werden ;es sei denn rigorose Studienverzürzungen und -beschränkungen werden praktiziert. (Numerus clausus,Zwischenprüfung befristete Immatrikulation). Das heißt aber: entweder wird unsere Vermassungssituation noch drückender oder der Leistungsdruck noch stärker.

3.) Grundsätzlich notwendige Fragen nach Sinn und gesellschaftlicher Relevanz des Studiums sowie der Anspruch nach Selbstverwirklichung in der Arbeit müssen auf ein Minimum reduziert werden, da sie

a) nur einen Umweg auf dem Weg zum Spezialisten darstellen,
b) zu nicht mehr systemimmanenter Kritik befähigen, die den gesamten gesellschaftlichen Mechanismus in Frage stellen könnten.

4.) Damit hängt eng zusammen, daß unsere Versuche, die Seminarstrukturen in antiautoritären Ansätzen zu verändern, verhindert werden müssen.
Zusammenfassend ergibt sich: Die Forderung nach höchstmöglicher Effizienz ist Prinzip eines gesellschaftlichen Bewusstseins, das, auch von Produkten der Germanistik geprägt, zumindest durch den Deutschunterricht nicht in Frage gestellt bzw. verändert wird. Die Hochschulgesetze sind zu verstehen als Manifestion dieses Effizienzdenkens. Ihnen zu begegnen heißt kurzfristig, alles zu unternehmen, sie auf parlamentarisch-demokratischem Weg zu verhindern;ihnen zu begegnen heißt langfristig, das Bewußtsein zu verändern, das sie trägt. Auf diesem langen Marsch kann es für uns Germanistikstudenten nur eine Richtung unserer Forderungen geben:
UNTERSUCHEN WIR UNSERE WISSENSCHAFT AUF IHRE WISSENSCHAFTSTHEORETISCHEN UND GESELLSCHAFTSPOLITISCHEN PRÄMISSEN: UNTERSUCHEN WIR, WAS DIE GERMANISTIK ALS MASSENFACH RECHTFERTIGT! UNTERSUCHEN WIR, WAS DIE GERMANISTIK FÜR DIE 15% RECHTFERTIGT, DIE NICHT AN DIE PENNE GEHEN. UNTERSUCHEN WIR

In der gegenwärtigen Situation des Weltmarkts, der unentwirrbaren Verflechtung immer gigantischerer Konzerne, der sich weiter zuspitzenden Konkurrenz, wird das Input-Output Prinzip (und nichts anderes besagt die Maxime der Effizienz) durchgängiges Prinzip der gesellschaftlichen Ordnung. Es ist somit nicht nur Prinzip kapitalistisch organisierter Gesellschaften, sondern auch der durch die Struktur des Weltmarkts damit verbundenen sozialistischen und dritten Welt.
Freilich hat es besonders unsere Gesellschaft nicht leicht, ihre widersprüchlichen Anforderungen in effizienter Weise zuerfüllen: sind wir uns darüber im Klaren: der derzeitige Zustand der Gesellschaft -d.h. die derzeitigen Besitzverhältnisse - und die daraus resultierende Ideologie lassen es nicht zu, daß z.B. weniger Geld für Phantom -Jäger, dafür mehr Geld für Krankenhäuser, Schulen Universitäten usw. aufgebracht werden können. Für eine vorausschauende vom jetztigen gesellschafflichen Bewußtsein getragene Bildungsplanung werden von diesem Standpunkt aus Engpässe sichtbar, die nach strenger Hand und weitsichtiger Planung verlangen. Des Bürgers Ruf nach Ruhe und Ordnung kommt wahrlich nicht von ungefähr.
Betrachten wir den Hochschulgesetzentwurf unter diesem Aspekt und mit ihm Äusserungen aus Wirtschaft und Politik zu diesem Thema, so ist das vorgelegte Gesetz in sich äusserst schlüssig. Es versteht sich von selbst, daß
1) die Autonomie der Studenten insofern eingeschränkt werden muß, als Forschhng und Lehre von zentraler, alle Bereiche koordinierender Stelle geplant werden müssen;
2) Die Mitbestimmung der Studenten auf ein Minimum reduziert bleiben muß (denn einmal nehmen die Diskussionen viel Zeit in Anspruch, verzögern also den reibungslosen Ablauf, zum anderen sind die Heranwachsenden ja doch nicht sachkompetent.)
3) Studiendauer und Inhalt bis ins äusserste fixiert sind. (siehe Schelsky-Plan)
4.) ein wirkungsvolles Ordnungsgesetz installiert werden muß, um die den Betrieb störenden Randalierer zu beseitigen
5.) auf diese Art und Weise nicht zu beseitigende Organisationen, die potentiell zur Kritik in der Lage sind, von vornherein ausgeschaltet werden müssen. (Studentenschaft, AStA usw.)
DER VORLIEGENDE GESETZESENTWURF IST ALSO NUR ZU VERSTEHEN ALS UNMITTELBARER AUSDRUCK DER INTERESSEN UNSERER GESELLSCHAFT UND IHRER IDEOLOGIE.
Das Bewußtsein jedoch, das eine relative Unflexibilität der uns bestimmenden gesellschaftlichen Zustände einerseits überhaupt erst ermöglicht , andererseits seine Veränderung verhindert, ist Ergebnis eines Sozialisationsprozesses, der weitgehend getragen wird

a) durch die Stellung im Produktionsverhältnis
b) durch weitere Umweltbeeinflussung (Werbung, Aufbau von Statussymbolen, Reizüberflutung usw.)
c) durch engere Umweltbeeinflussung in Form der Erziehung durch die Eltern
d) durch Integration in ein bürgerliches Bildungssystem.

In diesem Bildungssystem aber steht der Deutschunterricht (als Form der Berufspraxis, die 85% der Germanistikstudenten wählen ) an exponierter Stelle. (s. auch Streikpapier 1, Kritik des Literaturunterrichts). Im Deutschunterricht werden Probleme gesellschaftlicher Art entweder nicht aufgedeckt (obwohl

UNSERE BERUFSPRAXIS. UNTERSUCHEN WIR DIE FORMEN UNSERER SEMINARSTRUKTUREN! UNTERSUCHEN WIR, WARUM WIR BISHER SO AUTORITÄR FIXIERT, SO VERINNERUNGSWILLIG WAREN ! UNTERSUCHEN WIR, OB WIR WIRKLICH SO WE NIG SACHKOMPETENZT SIND (manuskript unleserlich.....)

AUS DER 1. AUFLAGE DES KONSTANZER TECHNOLOGIE-PAPERS .
ÜBERARBEITETE NEUAUFLAGE SIEHE ANZEIGE !!!

## TECHNOKRATISCHE HOCHSCHULREFORM IN KONSTANZ

Die politischen Aktionen an der Universität Konstanz ( Go-ins bei Dahrendorf, Besson, Besetzung des Fachbereichs Psychologie ) entzünden sich vorwiegend an Erscheinungen der traditionellen Universität wie Autoritätskonflikte, rigide Ordinarienhaltung bei Prüfungen und in Gremien, autoritäre Monopolisierung von Meinungen etc. , um dann von der neuen technokratischen Herrschaftsstruktur absorbiert zu werden : beispielsweise entstehen Scheinsolidarisierungen zwischen "fortschrittlichen" Professoren und den Studenten, die zur Folge haben, daß auf der Basis eines solchen "Konsensus zwischen Lehrenden und Lernenden " um so besser technokratische Strukturen durchgebracht werden können.
Dieses Hinken hinter den eigentlichen Erscheinungen an der Universität Konstanz lässt uns tendenziell sogar zu Handlangern der technokratischen Hochschulreform werden, deshalb muß die direkte Entlarvung dieser spezifischen Reform in den Mittelpunkt unserer politischen Handlungen an der Universität gestellt werden.

Die technokratische Hochschulreform in Konstanz , obwohl erst im Ansatz realisiert, lässt sich bereits durch verschiedene strukturelle sowie inhaltliche Merkmale im Sinne einer betriebswirtschaftlichen Funktionalisierung charakterisieren, wobei es an dieser Universität bislang nicht darum geht, einen relevanten out-put an qualifizierten Arbeitskräften für den neo-kapitalistischen Markt, sondern vielmehr einen relevanten out-put an Experimentiererfahrung für die zukünftigen technokratischen Massenuniversitäten zu schaffen . (s. Iser-Paper, Paper der Erziehungswissenschaftler )

### Strukturelle Merkmale der Funktionalisierung :

Die technologisch optimale Nutzung der Produktivkraft Wissenschaft bemißt sich nach dem Verhältnis zwischen gewünschtem out-put an operationalisierbaren Verhaltensweisen und den Kosten, die dafür aufgewendet werden müssen.

Waldemar Besson, Politologe an der Universität Konstanz , Mitglied der CDU, formuliert diesen Sachverhalt etwas grobschlächtiger : Die Gründung der Universität Konstanz ist ein Beitrag des Landes Baden-Württhemberg dazu, daß sich Deutschland im internationalen XXXXXXXX wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Wettbewerb behaupten kann. (.....) Aufwand und Ertrag (!!!!!..) sollen hier in ein besseres Verhältnis gebracht werden als an anderen Universitäten. " (Rede vor dem Konstanzer Kreistag, März 67 )

Die Trennung von Verwaltung und Wissenschaft - und damit die funktionelle Entlastung der Forschungsproduktion von der Verwaltung - und die gleichzeitige Zentralisierung des Führungsstabs der Universität durch permanenten Rektor, leitenden Verwaltungsbeamten, technischen Direktor und leitenden Bibliotheksbeamten garantieren, daß die Rentabilitätsrechnung im Sinne der gewünschten Kostenminimierung anonym und zweckrational nach dem Muster eines produktiven Großbetriebes gehandhabt werden kann :

Der auf Dauer gewählte Rektor gewährleistet in Zusammenarbeit mit dem übrigen Führungsstab die kontinuierliche Kommunikation und Vermittlung zwischen der staatlichen Ministerialbürokratie (Kultusministerium ), dem von der Baden-Württembergischen Großindustrie lancierten Förderverein der Universität Konstanz ( Vorsitzender : C. Paulssen, Präsident der Industie- und Handelskammer Konstanz, Besitzer der Aluminiumwalzwerke Singen, ehem. Freicorps-Mitglied, ehem. Wehrwirtschaftführer ) und den Gremien der Universität.

Der technische Direktor prüft und bestimmt über sämtliche Anschaffungsvorschläge, ein Stab von Technikern und eine zentrale Großwerkstatt sorgen z.B. dafür, daß der Betrieb Universität zumindest während der "ortsüblichen Geschäftszeit" funktioniert. Die Bibliothek ist zentral organisiert und verwaltet, um erhöhte Kosten beispielsweise durch Doppelbestellungen zu vermeiden.

Die manifeste Unterdrückung politischer Artikulation geht nicht mehr über den erhobenen Zeigefinger des feudalistisch-walten den Ordinarius, sondern über den Verwaltungsakt der Bürokratie, die anonym, nicht- emotional und undurchsichtig die notwendigen Produktionsmittel ( Räume, Maschinen, Papier etc. ) zuteilt oder entzieht.

Die einzelnen Produktionsstätten ( Fachbereiche ) haben die Aufgabe, die Produktion von Wissenschaft generell, und insbesondere die Experimentiererfahrung ( für die zukünftigen Produktionsstätten von massenhaften wissenschaftlichen Arbeitskräften für den vorhandenen und zukünftigen Markt ) reibungslos verlaufen zu lassen.
Die einzelnen Fachbereiche der Universität fassen jeweils eine größere Anzahl Lehrstühle verwandter Fächer zusammen. Sie werden - zumindest formal - von einem Fachbereichssprecher und einem geschäftsführenden Ausschuß geleitet. Diese werden von der Fachbereichsversammlung gewählt, der aus dem betreffenden Fachbereich alle Mitglieder des Lehrkörpers (einschl. der Assistenten etc. ) und eine drittelparitätische Anzahl von Studenten angehören.
Die unproduktive vertikale Herrschft von Institutsdirektoren wird also abgelöst durch die effizientere horizontale Herrschaft der kooperierenden Professoren und ihren technokratischen Handlangern im Fachbereich.

Eine besondere Stellung nimmt der Fachbereichssekretär ein : obwohl wissenschaftlich und fachspezifisch ausgebildet, hat er ausschließlich die Aufgabe, die fachbereichspezifische Verwaltungsarbeit zu leisten . Hier wird also im dezentralisierten Bereich der verschiedenen Produktionsstätten noch einmal eine Trennung von Verwaltung und Wissenschaft vollzogen. Diese Trennung garantiert wiederum eine kontinuierliche Übersicht über den Ablauf der "Produktion" und gleichzeitig einen permanenten und verbindlichen Kobtaktmann zum Führungsstab. Regelmässige "Aussprache" zwischen den Fachbwreichssekretären, dem Rektor und dem leitenden Verwaltungsbeamten sichern den Kontrollmechanismus zwischen Bürokratie und "Produktion".

Rektor Gerhard Hess, ehemaliger Vorsitzender der Deutschen Forschungsgemeinschaft, ist sich einer "zentralen Schwierigkeit jeder möglichen Universitätsstruktur" bewusst : der "Schwierigkeit nämlich, die Universität ähnlich einem Betrieb zur Spitze hinauf so zu konstruieren, daß sie gut funktioniert - und zugleich als Korporation so zu organisieren, daß sich jedes Mitglied Gehör verschaffen, seine Meinung zur Geltung bringen kann." Hier ist seiner Auffassung nach "das Hauptproblem, wie sich partikuläre und allgeneine Interessen definieren lassen und wie sie manifest werden können." ( Bericht des Rektors vor dem Großen Senat der U.K. vom 27.11.68 - Unterstreichungen von den Genossen )

Ein entscheidender Hebel für die Funktionalisierung des Betriebes Universität ist der Ausschuß für Forschungsfragen, der eine erhöhte Effizienz der Anwendung der Forschungsmittel garantieren soll. ( Mitglieder : Rektor , Prorektor , fünf weitere Mitglieder, darunter je ein Vertreter des akadem. Mittelbaus und der Studentenschaft ) . Sämtliche Forschungsvorhaben werden von diesem zentralen Ausschuß kontrolliert, bewilligt, abgelehnt oder abgeändert und die entsprechenden Mittel zugeteilt. Lediglich der Kleine Senat ( in dem wiederum der Führungsstab vorrangig vertreten ist ) hat ein Kontrollrecht. Studenten sind von der Antragstellung für Forschungsvorhaben ausgeschlossen.

Der Ausspruch des Rektors vor der 18. VDS - MV 1966 in Heidelberg, "Forschung solle von oben in die Lehre hineinwirken ", bekommt in diesem Zusammenhang einen konkreten Gehalt.

Inhaltliche Merkmale der Funktionalisierung : Integration der Studenten

> "Daß Assistenten und Studenten in allen Gremien sitzen, war die Gewähr dafür, dass sich Aktivitäten ihrer Kreise unmittelbar in den Gremien auswirken konnten ." ( Bericht des Rektors vor dem Großen Senat am 27. 11. 68 )

Entscheidend für die Funktionalisierung der Universität nach Maßstäben technologischer Rationalität ist angesichts einer wachsenden antiautoritären und in Ansätzen sozialistischen Studentenbewegung die Kanalisierung und Nutzbarmachung studentischer Aktivitäten. Die Integrationsstrategie des Konstanzer Reformmodells ist im wesentlichen darauf gerichtet, die Verbreiterung der Basis der studentischen Protest- und Widerstandsbewegung zu verhindern. Es muß ihr daran gelegen sein, Konflikte nicht ausbrechen zu lassen, die systemtranszendierende Dynamik auf Seiten der Studenten freisetzen könnten. Auf dieser Ebene bedient sich die technokratische Integrationsstrategie der Mitbestimmungsforderungen einer früheren Phase der studentischen Bewegung ( Drittelparität in den Fachbereichen und im Großen Senat ), woraus sie als Nebeneffekt das befriedigende Alibi des scheinbaren Eingehens auf studentische Forderungen gewinnt. Der Widerspruch, bei den Studenten ein Bewußtsein tatsächlicher Veränderungsmöglichkeiten ständig aufrechtzuerhalten zu müssen, , gleichzeitig aber von vorgegebenen inhaltlichen Bestimmungen universitärer Art nicht abgehen zu können ( Deckung des Bedarfs an wissenschaftlichen Halbfabrikaten usw. ), wird vorwiegend durch die Verlagerung inhaltlicher Entscheidungen in Gremien, in denen keine oder kaum Studenten vertreten sind ( Kleiner Senat, Kultusministerium usw. ) aufzuheben versucht. (Hieraus wird der Reformismus von Fachschaftsvertretungen in den kaum noch entscheidungsbefugten Fachbereichen einsichtig.) Spezifisch technokratisch ist daran

die Nutzbarmachung studentischer Aktivität für vorgegebene, in den Gremien sebst nicht beeinflussbare Ziele. " Die Wirtschaft kann und muß von den jungen Akademikern erwarten - und das betrachte ich nicht als überfachliche, sondern als fachliche Qualifikation -, daß er aufgrund langjähriger [illegible] Übung gelernt hat, logisch zu denken, d.h. die Problematik eines komplexen Sachzusammenhangs, der sein Fachgebiet betrifft, zu erkennen und Vorschläge zur Lösung von Problemen im Hinblick auf ein vorgegebenes Ziel zu erarbeiten. " ( "Was die Wirtschaft von den Hochschulabsolventen erwartet", in Der Arbeitgeber, Spez. Organ der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, 6. April 69 , S. 192 )

Im Rahmen der Konfliktbeseitigungsstrategie spielen Hierarchisierung der Studentenschaft und Formalisierung der Entscheidungsfindung eine wesentliche Rolle. Die Parallele zur Organisation moderner Großbetriebe wird hier evident. Zur Hierarchisierung der STudentenschaft dienen vornehmlich die Trennung in "normale" und Aufbaustudenten, ferner die bei einer Studentenschaft von z. Zt. 500 sich stark auswirkende Vergabe von Hilfskraftstellen . Beide Maßnahmen tragen tragen zur Verschleierung der prinzipiellen Interessenidentität der Studenten zugunsten pluralistischer Interessenverschiedenheit bei. Am letztgenannten Beispiel läßt sich ein weiterer Mechanismus zur Konfliktbeseitigung studieren : Die Verlagerung der Entscheidung über Vergabe und Bendigung von Hilfskraftstellungen in die Verwaltung und die grundsätzliche Befristung dieser Stellenvermindert das Konfliktpotential, bewahrt aber die alten, jetzt schwer nachzuweisenden, da anonymen und unemotionalen Manipulations- und Repressionsmöglichkeiten.

Auf die Ausschaltung eines weiteren Konfliktmoments, desjenigen der Kollision von durch die "Privat"-Interessen der Ordinarien anarchisch aufgezwungenen Wissenschaftsinhalte und Methoden einerseits und den potenziell konträren Interessen der Studenten andererseits weist die Entwicklung geau definierter Spezialstudiengänge ( Verwaltungsstudium ab Herbst 69, geplantes Sozialarbeiterstudium, integriertes sozialwissenschaftliches Grundstudium , Studium des Literaturlehrers usw.- s. die Papers zur Literaturwissenschaft und zur Erziehungswissenschaft ). Ziel scheint die Zentralisierung festgelegter Ausbildungsgänge an jeweils anderen Studienorten zu sein, so daß etwa die Wahl zwischen Verwaltungsstudium und Sozialarbeiterstudium eine Ortswahl beinhaltet (etwa Konstanz und Freiburg ). Neben der im Sinne der Aufwand-Ertrags-Relation sich ergebenden Vorteile für die Maximierung des out-puts entsteht hier für die betroffenen Studenten eine Entscheidungssituation, die technokratisch verkürzt, strukturell für den Freiheitsspielraum technokratischer Hochschulen grundlegend scheint :
der Student darf frei entscheiden, was er studieren muß, nicht was, wie und wielange.

PROJEKTGRUPPE TECHNOLOGIE SDS-KONSTANZ
Mai 1969

ASTA - KOLLEKTIV Hamburg

KONZILSBOYKOTT

Der studentische Widerstand gegen das HG stand von Anfang an unter der Devise : wir können die Verabschiedung des HG nicht verhindern, wohl aber seine Verwirklichung teils durch Boykottmaßnahmen, teils durch Selbstorganisation des Studiums in Basisgruppen aufheben. Die Schulbehörde hat jetzt in bewährter Kollaboration mit der Universitätsverwaltung eilig und mit einiger Scheu vor der studentischen Öffentlichkeit den ersten Schritt zur Verwirklichung des Hochschulgesetzes getan.

1. Sie hat ohne vorherige Konsultation der Studenten und ohne ihre Einwände zu berücksichtigen der Universität eine schwachsinnige Wahlordnung diktiert (auch Professoren geben das zu , aber sie"finden sich damit ab").
2. Ein Wahlausschuß, bestehend aus 1 Professor (Schwarz), 1 Dozent (Grabitz), 1 Assistent (Rittsieg), und dem behördlichen Wahlleiter (Steffens) hat sich konstituiert, um die Wahlordnung gemäß dem behördlichen Kommando zu exekutieren. Die Studentenschaft boykottiert diesen Ausschuß (1 studentischer Vertreter war vorgesehen.)

Um sich eine papiernes Unterpfand für die studentische Anerkennung des HG zu erschleichen, sorgte Rektor Ehrlicher mit der Ausgabe der ersten Wahlscheine dafür, daß jetzt statt der 20.000 rund 13.000 Hamburger Studenten zum Konzil wahlberechtigt sind.

ENDE JUNI WERDEN DIE KONZILSWAHLEN STATTFINDEN .

Die Studenten müssen sich entscheiden, wie sie diesen ersten Schritt zur Verwirklichung des Hochschulgesetzes beantworten wollen.

DIE ÖKONOMISCHE UND DIE POLITISCHE HAUPTFUNKTION DES HOCHSCHULGESETZES

Rekapitulieren wir noch einmal: Das HG hat eine ökonomische und eine politische Hauptfunktion.k

I. Seine ÖKONOMISCHE HAUPTFUNKTION ist es, die industrielle Rationalisierung des Universitätsbetriebes einzuleiten. Die Qualifikationsstruktur der lebendigen Arbeit ist in der Brd zum entscheidenden wirtschaftlichen Wachstumsfaktior geworden. Die internationele Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Konzerne hängt auf lange Sicht primär davon ab, daß es in nächster Zeit gelingt, das dysfunktional gewordene Ausbildungssystem entsprechend den Verwertungsbedingungen des organisierten Kapitalsiismus zu modernisieren. Mit der steigenden Bedeutung der Wissenschaft als Beschleuniger der wirtschaftlichen Produktivität wächst innerhalb des kapitalistischen Systems die Notwendigkeit, die wissenschaftliche Arbeitskraft rationeller auszubeuten.

Der Widerstand gegen das HG gewinnt unter diesem Gesichtspunkt seine antikapitalistische Dimension. Es geht darum, dem Kapital die Verfügungsgewalt über das Ausbildungssystem streitig zu machen und die wissenschaftliche Produktivkraft emanzipatorisch gegen das kapitalistische System zu wenden.

I I. Seine POLITISCHE HAUPTFUNKTION ist die Pazifierung der Universität als des primären Unruheherdes in der heutigen westdeutschen Gesellschaft. Konsequenterweise ist deshalb das Ordnungsrecht integranter Teil des HG. Doch seine Wirkung ist zwiespältig. Ruhestiftend wirkt es nur über seine Verinnerlichung als Drohung und Instrument der Abschreckung; seine Exekution stärkt eher die Rechte, wie Berlin und Frankfurt zeigen.

Auf lange Sicht effektiver und für die Studentenbewegung gefährlicher dürfte der Versuch sein, universitäre Konflikte durch ein Institutionsgefüge zu kanalisieren. Die kritische Politologie hat in der institutionellen Konfliktregelung eine generelle Herrschaftstechnik zur Herstellung des sozialen Friedens und zur Bewahrung der gegebenen Machtverhältnisse in den spätkapitalistischen "Demokratien" erkannt. KONSTITUTIONALISIERUNG DER FUNDAMENTALEN OPPOSITION (Agnoli) : in den systemeigenen Institutionen (Parlament, Schlichtungskommissionen usw.) wird fundamentale Opposition zu systemkonformer Opposition transformiert. Pluralistisch besetzte und durch Kompetenznormen gefesselte Repräsentativorgane dienen der Veröffentlichung und Vermittlung der nicht öffentlich gefaßten Beschlüsse wirtschaftlicher und politischer Machteliten. Genau diese Funktion hat auch das im Hochschulgesetz vorgesehende Institutionsgefüge.
Die Studentenrevolte ist nur möglich geworden durch die Verunsicherung und den Autoritätsverlust des institutionellen Systems der Ordinarienuniversität. Dies wiederum war Folge ihres Versagens vor den Ausbildungsanforderungen der spätkapitalistischen Gesellschaft. Die Institutionspyramide des Hochschulgesetzes, welche die Programmierung der UNiversität nach den herrschenden Interessen formell absichert, soll das erschütterte institutionelle und legalistische Denken der Studenten wieder aufrichten. Die durch die Krise der UNiversität von ihren institutionellen Fixierungen befreite politische Aktivität der Studenten soll durch Instituts- und Ältestenräte, durch Senat, Konzil und ungezählte Kommissionen erneut gefesselt, von der Masse der Studenten abgeschieden und spezialisierte studentische Interessenvertreter mit freiem Mandat delegiert werden.
DIE BEHÖRDEN WISSEN: DIE BEFREIUNG DES POLITISCHEN DENKENS VON DER FIXIERUNG AUF INSTITUTIONEN UND REPRÄSENTATIVORGANE VOM VERINNERLICHTEN LEGALISMUS IST EINE GRUNDBEDINGUNG FÜR EINE MASSENHAFTE AUSWEITUNG DER STUDNETENBEWEGUNG. SIE WISSEN : DAS LEGALISTISCHE DENKEN; DAS REPRÄSENTATIVE DENKEN SIND IHRE STÄRKSTEN VERBÜNDETEN IN DER STUDENTENSCHAFT.

## DIE POLITISCHE FUNKTION DES KONZILS.

Im Unterschied zu den Instituts- und Fachbereichsräten usw. konkretisiert sich im Konzil fast ausschließlich die zweite, die politische Funktion des Hochschulgesetzes Das Konzil erfüllt genau die Funktion des Parlaments im staatlich organisierten Kapitalismus: Die von der Exekutive bereits getroffenen Entscheidungen (Ordnungsrecht, Bestellung des Präsidenten, Wahlordnung) werden von der Vertretung der Universität nachvollzogen und erscheinen so der Öffentlichkeit als Beschlüsse der Universität.
Zumal bei seiner Konstituierung tritt diese Funktion in den Vordergrund. Mit dem Zusammentreten des Konzils ratifiziert die Universität das Hochschulgesetz. Seine drittelparitätische Besetzung hat hier ihre genau berechnete Funktion. Die Anerkennung des HG soll die höchstmögliche Verbindlichkeit und Legitimation gerade für die Studenten dadurch erhalten, daß sie in einem Gremium formell vollzogen wird, dessen Zusammensetzung alten (wenn gleich inzwischen überholten) studentischen Forderungen entspricht. Unter dem Dach des kompetenzlosen "repräsentativen" Konzils könnten dann - so geht das Kalkül - in aller Ruhe Instituts-, Fachbereichsräte und Senat mit minimaler studentischer Beteiligung errichtet wer den, um die seit langem geplante Kompression und Reglementierung der wissenschaftlichen Ausbildung zu verwirklichen. Mit welcher hemmungslosen Unverschämtheit Rektor, Senat und SPD dieses Kalkül verfolgen, hat jetzt die Presse enthüllt (vgl. z. B. Morgenpost, 5. 6. 69). Bevor noch

das Konzil konstituiert ist, bevor die Wahlen zum Konzil überhaupt begonnen haben, werden schon die manipulativ erlangten 13 000 Unterschriften unter die Wahlberechtigungsscheine als Beweis für die studentische Anerkennung des Hochschulgesetzes gewertet und gegen die Politik des ASTA ausgespielt.

Dabei war die Frage der Beteiligung an den Konzilswahlen im ASTA zunächst wie auf der Conti-Tagung, im K-Ausschuß der Phil-Fak und in einzelnen Fachschaften durchaus kontrovers. Mit der Argumentation des Lehrenden im Wahlausschuß, mit der Pressekonferenz des Rektors und der gezielten Öffentlichkeitskampagne zu den Konzilswahlen hat sich allerdings die Haltung gegen das Konzil zunehmend vereinheitlicht. Gleichwohl möchten wir noch einmal auf die relevanteren Argumente eingehen, die für eine studentische Beteiligung an den Konzilswahlen zu sprechen schienen.

Die Haltung des RCDS und der 5. Kolonne der SPD können wir dabei unberücksichtigt lassen. Sie setzen nur die behördliche Strategie in die Studentenschaft fort und wollen über die Beteiligung am Konzil die studentische Anerkennung des Hochschulgesetzes, die Restauration des legalistischen und institutionenfixierten Bewußtseins der Studenten erreichen. Die gemeinsame Basis der Diskussion in den Selbstverwaltungsgremien war dagegen die kompromißlose Ablehnung des Hochschulgesetzes. Zur Diskussion stand allein die taktische Frage, ob die Beteiligung oder die Nicht-Beteiligung am Konzil die günstigeren Voraussetzungen für den Kampf gegen das Hochschulgesetz biete. Von Anfang an konnten die Befürworter einer Beteiligung diesen Widerspruch ihrer Position nicht auflösen: Die Verwirklichung des Hochschulgesetzes in einer Institution zu bekämpfen, die erst durch das Hochschulgesetz geschaffen wird.

1. Diese Inkonsequenz wurde für eine Fraktion durch die Möglichkeit einer Bündnispolitik im Konzil aufgehoben. Sie hofften, eine Mehrheit von Studenten und progressivem Mittelbau für eine Ablehnung des Ordnungsrechts zu gewinnen. Ihre Zielperspektive war, einen Konflikt zwischen Universität und Behörde zu provozieren. Sie berücksichtigten nicht, daß a) ein gesetzlich eingerichtetes Gremium nicht legalerweise einen Beschluß gegen seine eigene gesetzliche Grundlage schaffen kann (Ordnungsrecht ist integraler Bestandteil des HG, das Konzil kann nur Ausführungsbestimmungen dazu erlassen - § 37. 1 HG), daß also 2. ein Votum gegen Bestimmungen des Hochschulgesetzes für Mitglieder des Lehrkörpers mit dem Beamtenrecht unvereinbar ist, daß schließlich 3. nach allen Erfahrungen der studentischen Politik in Hamburg (Abteilungssystem der Phil. Fak., Staatsexamensordnung, Schlichtungskommission des Ak. Senats) auch der progressivste Teil des Lehrkörpers zu einem praktischen Widerstand gegen die staatliche Administration nicht fähig ist.

2. Die zweite Fraktion wollte umgekehrt gerade durch radikale Anträge vor der Öffentlichkeit des Konzils die Kollaboration des Lehrkörpers mit den Behörden entlarven. Als ob nicht schon jetzt der Konflikt offen zutage läge, hofften sie ihn in dem auf Verschleierung angelegten Konzil zu verdeutlichen. Die Studenten werden, auch ohne Mitglieder des Konzils zu sein, als aktives Publikum die Ordinarien zwingen können, zu ihren Forderungen konkret Stellung zu beziehen.

BOYKOTTIERT DIE WAHLEN ZUM KONZIL!
LASST DIE GROKO AGENTEN DES RCDS UND DER SPD NUR MIT IHREN EIGENEN STIMMEN INS KONZIL ZIEHEN!
AGITIERT VOR DEN GESCHÄFTSSTELLEN, WELCHE WAHLUNTERLAGEN AUSGEBEN!
WÄHLT ANSTATT DER KONZILSVERTRETUNG DAS PARLAMENT ALS STUDENTISCHES KAMPFORGAN GEGEN KONZIL UND HOCHSCHULGESETZ!
WIR WERDEN DAFÜR SORGEN ! DASS DIE MITGLIEDER DES KONZILS IN IHREN SITZUNGEN NICHT DIE EINZIGEN SEIN WERDEN „ DIE DORT DAS REDERECHT BEANSPRUCHEN.

ASTA-KOLLEKTIV
Verantwortlich: Malin, Hinrichsen

MADRID - Bericht eines Metallarbeiters über die "comisiones obreras"
(Übersetzt aus: Cahiers de mai - Nr. 9 - März 69, 18,rue du Faubourg-du-Temple Paris 11, Frankreich)

Der Ende Januar in Spanien verhängte Ausnahmezustand richtete sich weniger gegen die liberale Opposition, wie die französiche Presse meinte, als vielmehr gegen eine an kämpferischer Initiative ständig zunehmende Arbeiter- und Studentenbewegung. Abgesehen von Mitgliedern der baskischen nationalistischen Organisationen gehören die am meisten Betroffenen den comisiones obreras an. Was es mit diesen Kommissionen auf sich hat erläuterte uns ein Genosse aus Madrid, dem es gelang, der Polizei zu entkommen. Hier nur einige Anmerkungen: die comisiones obreras sind inzwischen auf nationaler Ebene koordiniert; sie haben eine sehr anpassungsfähige Struktur, die von Betriebsgruppen bis zu Stadtteilkommitees reicht; in ihnen sind im wesentlichen Arbeiter auf einer Art spontaner Klassenbasis organisiert; die drei wichtigsten Organisationen, die an den Kommissionen beteiligt sind, sind die PCE (Kommunistische Partei Spaniens), die AST (Gerwerkschaftsbund der zunächst aus katholischen Arbeitern stand und sich dann zu einer marxistischen Bewegung entwickelte) und die FLP (Volksbefreiungsfront).

"Man hat mich vorübergehend auf freien Fuß gesetzt: drei Jahre Gefängnis wegen illegaler Propaganda. Seit der Ausrufung des Ausnahmezustandes ist eine Reihe von Genossen, die in derselben Lage waren wie ich, inhaftiert worden....." Er kommt aus Madrid, ist Mitglied der Metallarbeiterkommission. Er hat den Bürgerkrieg miterlebt, aber Spanien noch nie verlassen. Seit einer Woche ist er in Paris.
Die comisions obreras ist langsam entstanden, vor allem nach den Streiks von 1962, die von Asturien ausgingen und sich auf ganz Spanien ausdehnten. Ursprünglich waren es Basiskommitees in den Fabriken und Minen. Ihre Koordination stößt auf Schwierigkeiten. Aber am 27. Januar 1967 folgten 100000 Arbeiter und Studenten ihrem Aufruf zu einer Demonstration in den Straßen von Madid.
Am 1. Mai und am 27. Oktober desselben Jahres geraten die Arbeiterklasse und die Studenten von ganz Spanien und im Baskenland mit der Polizei zusammen: Die Kommissionen haben inzwischen im ganzen Land ihre Arbeit koordieniert und Streiks und Demostrationen mehr als einen Monat im Voraus angekündigt. 1. Mai 1968 - 1 Million Flugblätter in Madrid, Blitzdemonstrationen durch die ganze Stadt, auf denen gegen die Preiserhöhung und den Polizeistaat protestiert wurde .....
"Die comisions obreras sind das INstrument, das die spanischen Arbeiter im Kampf gegen den Kapitalismus spontan entwickelt haben. Unsere Regierung hat uns maßgeschneiderte Gewerkschaften gegeben. Eine "Sozialabteilung für die gewählten Arbeiter, die aber überhaupt keine Macht hatte. Die politischen Entscheidungen wurden von den UNternehmern und der "Bewegung" (der Falange) getroffen. Unsere Mitglieds- und Versicherungsbeiträge haben die Kapitalisten für die nationale Entwicklung bekommen. Die Genossen wurden angezeigt und verhaftet. Da gibt es also die staatliche Zwangsgerwerkschaft mit den Funktionären, die von oben eingesetzt werden, und die Unternehmer, die eine "Wirtschaftsabteilung" haben und im Namen der Arbeiter sprechen, da es ja keine Klassen - kämpfe mehr in Spanien gibt, wie Paco (Spitzname für Franco) sagt, da haben wir begriffen, daß für uns da nichts drin ist. Wir haben selbst Genossen bestimmt, die am würdigsten waren, uns zu vertreten. 1964 haben die Gewerkschaft und die Unternehmer uns eine allgemeine Konvention mit irrsinnigen Produktionsziffern und einer noch mehr verstärkten Arbeitsdisziplin aufgezwungen. Die " Sozialabteilung " hat ein Gegenprojekt vorgeschlagen : Minimallöhne, bestimmte Aufstiegsmöglichkeiten, gleichen Lohn für Männer und Frauen, 44-Stunden-Woche... Die Unternehmer haben jede Verhandlung darüber abgelehnt. Drei Monate lang war die Lage unklar, aber wir haben Schritt für Schritt unsere Forderungen präzisiert : Streikrecht, unabhängige Gewerkschaft und die Durchführung des Gegen-

projektes. Zu diesem Zeitpunkt wurde die erste Metallarbeiterkommission gewählt-bestehend aus Mitgliedern der "Sozialabteilungen " und anderen, die nicht zur Staatsgewerkschaft gehörten. Die Kommission hat für den 16. Dezember eine Versammlung einberufen. An diesem Tag waren 2000 Arbeiter in den Straßen von Madrid. Andere Industriezweige sind uns gefolgt. "

Aber der Streik ist illegal, und die Mitglieder der Kommission wandern ins Gefängnis, in immer größeren Zahlen... " Wir hatten zu wählen : es fehlte vor der Bewegung der comisiones obreras nicht an Geheimorganisationen. Es gab geheime Gewerkschaften. Aber kann man im Untergrund arbeiten, wenn es um einen Streik geht oder um Verhandlungen mit den Unternehmern? Bevor die geheimen Gewerkschaften eine Aktion starteten, stellten sie Berechnungen an, suchten Kontakte im In- und Ausland. Für eine gebührende Antwort war ein ganzer Haufen Unterschriften unter dem Text notwendig. Und was kam dabei heraus? Gar nichts. Wenn die Gewerkschafter, die im Untergrund arbeiteten, verhaftet oder gefoltert wurden, so haben wir erst lange danach davon erfahren. Und was ihre Verteidigung angeht... Wenn die Polizei einen gewählten Delegierten verhaftet, so weiß sie ganz genau, daß Tausende von Arbeitern hinter ihm stehen. In einem solchen Falle wird sie sich hüten, zu hart vorzugehen. Die Kommissionen nützen alle Möglichkeiten der legalen und illegalen Arbeit aus. Wir werden der Polizei nicht gerade erzählen, wo wir unsere Flugblätter drucken. Aber man kann jedenfalls den Kapitalismus nicht stürzen, wenn amn sich versteckt. "

Denn die Ziele der Kommissionen beschränken sich nicht auf bloße Enthüllungsarbeit. "Früher war das Losungswort :No passaran! Sie haben es geschafft... Dann kam die Parole "Mörder" . Das kann jeder schreien. Aber es scheint politischer zu sein, Arbeiter für den aktiven Kampf um ihre Forderungen zu mobilisieren und ihnen begreiflich zu machen, daß der Feind der Kapitalismus ist. Die Kommissionen, die den Klassenkampf anerkennen, haben zwei Ziele :

- eine einheitliche , unabhängige Klassengewerkschaft zu schaffen;
- für die Bewußtwerdung der Arbeiterklasse zu kämpfen und sie für die Machtübernahme vorzubereiten;

Im Hinblick auf den zweiten Punkt kann es Meinungsverschiedenheiten geben, was die Art und Weise , die Zweckmäßigkeit usw. angeht..."

Welche Strömungen innerhalb der Kommissionen gibt es? Arbeiten alle bewußten Arbeiter mit? "Zunächst will ich euch sagen, warum ich mitmache. Ich bin Marxist; aber ich gehörte mal zur Vanguardia Obrera ( Arbeiterorganisation der Jesuiten ). Bis 1962 gab es nur die katholischen Organisationen, wo die Arbeiter sich ausdrücken und sich gewerkschaftlich formieren konnten und wo nicht gleich die "Politisch-soziale" (die politische Polizei) dazwischen kam. Im Kampf um die allgemeine Konvention der Metallindustrie habe ich mit den Kommunisten und den gewählten Delegierten zusammengearbeitet, es gab viele Tendenzen. Dennoch wurde uns gesagt, daß die Kommissionen eine Sache der Kommunistischen Partei wäre, und es gab auch Genossen, die sich abseits gehalten haben. Ich habe nur auf eins geachtet : wer führte den Kampf ? Wer arbeitete in den Fabriken ? Welche Organisationsform war es, für die sich die Arbeiter spontan entschieden ? Das war ein Kriterium. Da waren die Demonstrationen. Wer führte die Massenaktionen ? Die Arbeiterklasse brauchte eine einheitliche Organisation. Ich halte mich für einen Revolutionär und mache mir so meine Gedanken über die Linie der KPE. Ich glaube zum Beispiel nicht, daß es einen guten und einen schlechten Kapitalismus gibt, einen, mit dem man sich verbünden kann, und einen, den es zu schlagen gilt. Ich meine sogar, daß das ganze spanische Großkapital in den Ausnahmezustand eingetreten ist. Aber ich glaube zunaächst einmal, daß man von einem Genossen, der gerade eingesperrt worden ist oder eingesperrt werden könnte, nicht sagen kann, daß er ein Reformist ist. Das würde gar keiner verstehen. In der Aktion, da muß man weiter gehen als er."

Hinter allem steht die Unterdrückung: sie ist heimtückisch, (Geldstrafen, Entlassungen usw.) aber sie arbeitet auch mit dem Ausnahmezustand, der Folter, sogar der physischen Liquidierung, Formen, die einen systhematischen Charakter annehmen können." In den beiden letzten Jahren gab es weniger Foltern. Richtig wieder angefangen haben sie mit dem Aus-

nahmezustand im Baskenland vom August 1968. Die Genossen wurden ein, zwei Tage am Schlafen gehindert. Sie mußten stehen, mit erhobenen Händen, die Polizisten lößten sich ab, um sie wach zu halten. Wenn sie umfielen, wurden sie mißhandelt. Die Unterdrückung, Gewaltstreiche wie der Ausnahmezustand können uns schwächen. Aber wir haben mehrere Reihen von Kämpfern. Wenn die erste fällt, rückt die zweite nach. Zum Beispiel der 27. Oktober 1967. Die Polizei hatte eine Woche vorher mehr als 500 Verantwortliche präventiv festgenommen, um uns zu entwaffnen. Aber wir haben noch viel mehr Versammlungen in den Betrieben gemacht. Am 25. Oktober gab es etwa 140 Betriebsversammlungen in MADRID. Die zweite Linie ist von selbst gekommen. Im Hinblick auf unseren Arbeitsstil stehen wir eurer Form der " Aktionskomitees " in den Betrieben näher als den großen europäischen Gewerkschaften. Der Nachteil ist, daß es viele Verhaftungen gibt, aber es hat auch seinen Vorteil : man kann damit eine Massenbewegung schaffen. In Bibao sind mehr als 30.000 Arbeiter in den Streik getreten; in Barcelona und Madrid beginnen die Fabriken sich zu rühren. Die Jugendausschüsse, die sich vor zwei Jahren gebildet haben, machen Blitzversammlungen auf der Straße oder in der U-Bahn, wobei sie von den Studenten unterstützt werden. Wir haben sie Stadtkommandos genannt, sie machen gute Arbeit. Der Ausnahmezustand? Wir machen weiter wie vorher. Wenn ihr uns helfen wollt, dann sagt nur die Wahrheit über die Kommissionen. Sie bilden Arbeiter heran, die, selbst wenn sie emigrieren niemals Streikbrecher werden. "

!!!!! ANZEIGEN !!!!! ANZEIGEN !!!! ! ANZEIGEN !!!!!

Agostinho Neto : Wir kämpfen für die uneingeschränkte Unabhängigkeit

Inhalt :
Einleitung, Angola-Karte, MPLA-Kommunique vom Nov. 68

Agostinho Neto : Wir kämpfen für die uneingeschränkte Unabhängigkeit

Amilcar Cabral : Interview mit der Trikontinentale

" " : Die Ökonomie der Befreiung

" Portugiesisch "-Guinea : Die medizinische Versorgung der Guerillas
Medikamentenliste
Literaturliste

62 Seiten DA 5
Bestellung nur ab 10 Exemplaren nur gegen Voreinzahlung auf das Konto " Aktion Befreite Gebiete ", Bank für Gemeinwirtschaft, 6 Frankfurt, Zweigstelle U-Bahnhof Hauptwache, K.-Nr. : 510 52
10 Exemplare DM 18.- Verkaufspreis etwa 2,50 DM

GELD GEHT AN DIE MPLA

AGNOLI, Transformation der Demokratie ; 88 s. DA 5
ab 20 Expl. Nachnahme : DM 2,50

KURON, MODZELEWSKI, Off. Brief a.d. ver. poln. Arb.-Partei 80 s. DA 5
ab 20 Expl. Nachnahme : DM 1,50

beide über den BV ; 6 Frankfurt 1, Wilh. Hauffstr. 5

Verlag Neue Kritik

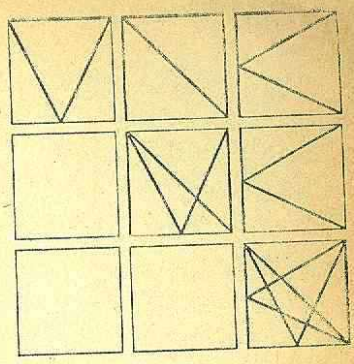
Verlag Neue Kritik KG
6000 Frankfurt am Main 1
Wilhelm-Hauff-Strasse 5
Telefon (0611) 74 86 70

Verlag Neue Kritik

Postscheckkonto
Frankfurt am Main 150774
Dresdner Bank
Frankfurt am Main 282680

Verlag Neue Kritik

Archiv sozialistischer
Literatur
Probleme sozialistischer
Politik





Liebe Genossen,

in diesem Info veröffentlichen wir unsere Bilanz und Gewinn- und Verlust-Rechnung für 1968. Da der Verlag sich als politisches Instrument des SDS begreift, ist es selbstverständlich, den SDS von Zeit zu Zeit über seine Entwicklung zu unterrichten.

Nachdem der Bundesvorstand schon seit 1961 die "neue kritik" herausgegeben hatte, beschloß er 1965, einen eigenen Verlag für Publikationen des SDS aufzubauen, um nicht mehr von bürgerlichen Verlagen abhängig zu sein. Das notwendige Kapital sollte von Altgenossen und durch Reprints von Klassikern des Sozialismus aufgebracht werden. Die ersten Bücher (Rosa Luxemburg, Akkumulation des Kapitals; Leo Trotzki, Permanente Revolution und Paschukanis, Allgemeine Rechtslehre und Marxismus) wurden von uns selbst gedruckt und gebunden.

Zur Gewährleistung der Kontrollmöglichkeit des SDS und zur Absicherung der Gesellschafter bekam der Verlag die Rechtsform einer Kommanditgesellschaft mit einem Gesellschaftsvertrag, der Mehrheiten aufgrund von Kapitalmajorität weitgehend ausschließt. Der SDS-BV ist durch einen Treuhänder mit entscheidenden Vorrechten Gesellschafter. Da die Gesellschafter ihre Anteile in der Regel als verlorene Spenden ansehen, und sogar für die nicht ausgeschütteten Gewinne Einkommensteuer zahlen, sich aber - bis auf einen Kreis von ca. 10 Genossen - nicht um die Verlagspolitik kümmern, kam es bisher noch nie zu formalen Abstimmungen.

Mit der Erweiterung des Verlagsprogrammes um die Reihe "probleme sozialistischer politik" sollte die aktuelle Diskussion im SDS vorangetrieben und auf erreichtem Niveau stabilisiert werden. Ein gutes Beispiel dafür ist das Vietnam-Buch von Kurt Steinhaus, das zum ersten bundesrepublikanischen Vietnam-Kongress im Mai 1966 das nötige Hintergrundmaterial lieferte.

Mit der Erweiterung des Programmes stellte sich um diese Zeit die Frage, ob man die Entwicklung mehr zur Druckerei oder mehr zum Produzieren und Verteilen von Publikationen vorantreiben sollte. Der Aufbau des Vertriebssystems und die Diskussion über das Verlagsprogramm schien uns für die politische Arbeit sinnvoller zu sein. Wir hörten auf selbst zu drucken und arbeiteten mehr auf den Vertrieb über den Buchhandel hin.

Obwohl der Verlag zu dem Zeitpunkt (1966) noch von derselben Gruppe von Genossen getragen wurde, die auch die Politik des SDS bestimmte, lag in dieser Entscheidung schon der erste Ansatz für eine Verselbständigung vom SDS. Der Aufbau und die Aufrechterhaltung eines funktionierenden Vertriebsnetzes erfordert lang-

fristige Programmplanung und kontinuierliche Arbeit um lieferfähig zu bleiben. Diese Notwendigkeit traf mit der genau entgegengesetzten Tendenz im SDS zusammen, nicht mehr endlose theoretische Strategiediskussionen zu führen, sondern mehr kurzfristige unmittelbare Bedürfnisse in Aktionen befriedigen zu wollen.

Zwar übernahm der Verlag Anfang 1967 noch den Vertrieb und die Herstellung der "neuen kritik" vom Bundesvorstand, weil der den Verlust nicht mehr tragen konnte, aber die Auflage der Zeitschrift und der Bücher blieb trotz des Anwachsens der Protestbewegung nach dem Ohnesorg-Mord konstant. Die Jahre 1966 und 1967 verliefen gleichförmig. Bei kaum verändertem Umsatz (Übernahme der "neuen kritik") wurde jeweils ein Gewinn von ca. DM 7.000,-- erzielt, der zur notwendigen Vergrößerung des Lagers und der Forderungen verwendet wurde. Der Verlag hatte sich auf der Basis des Vertriebs über SDS-Gruppen und Einzelversand konsolidiert.

Gemessen am Anwachsen der Protestbewegung war diese Stagnation schon ein Rückgang. Da der SDS und die Apo bisher noch nicht in der Lage waren, ein eigenes Vertriebsnetz aufzubauen und auf dem Höhepunkt der subkulturellen existenzialistischen Phase der Protestbewegung, sogar bestehende Vertriebswege verlorengingen ( das Bezahlen von Rechnungen wurde als konterrevolutionär angesehen), wurde 1968 der Übergang zum Vertrieb über den Buchhandel sowohl für das Weiterbestehen des Verlages als auch aus unmittelbar politischen Gründen notwendig. (Inzwischen gibt es in ca. sieben Universitätsstädten mehr oder weniger gut funktionierende SDS-Buchhandlungen. Wir unterstützen diese Tendenz, da wir meinen, dass feste Informationszentralen in den einzelnen Gruppen eine der Voraussetzungen politischer Arbeit auf überregionaler Ebene sind.)

Der Übergang zum Buchhandlesvertrieb brachte eine Umsatzsteigerung von ca. DM 40.100,-- oder 51,8 % gegenüber dem Vorjahr mit sich. Die Höhe der Erstauflagen wurde grundsätzlich verdoppelt und die Zahl der Titel erhöht. (Wegen der höheren Rabatte bedeuten die 51,8 % eine reale Steigerung der Verbreitung unseres Informations- und Arbeitsmaterials von ca. 150 %.)
Der Rohertrag - die Differenz zwischen Erlösen und Wareneinsatz - der 1967 DM 36.400,-- betragen hatte, stieg um 65 % auf DM 60.100,--.

Der Preis für diese Steigerung war eine Erhöhung der Kosten, die aus dem Rohertrag bezahlt werden müssen. Die Honorare stiegen um 568 % auf DM 6.700,--, die Gehälter um 115 % auf DM 18.800,-- X Kommissions- und Vertreterprovisionen in Höhe von DM 7.100,-- traten als neue Kosten hinzu. Insgesamt stiegen die nicht direkt der Produktion zuzurechnenden Kosten um 93 % auf DM 63.300,--. Neben der Steigerung der Gemeinkosten, die im Jahre 1969 bei gleichem Personalbestand auf ca. DM 75.000,-- anwachsen werden, sind die in der Regel zu niedrigen Preise für den Verlust verantwortlich. Da uns bis Ende 68 kein genaues Zahlenmaterial zur Verfügung stand, wurden die Preise an vergleichbaren Preisen aus der Phase des Direktverkaufs kalkuliert. Wegen der Buchhandelsrabatte, die nun in verstärktem Maße gewährt werden mußten, waren sie einfach zu niedrig. Das gilt besonders für die "neue kritik", die mit ihrem beträchtlichen Umsatzanteil und Selbstkosten von ca. DM 2,76 pro Heft, jährlich einen Verlust von ca. DM 11.200,-- bedeutet. Das gilt auch für viele Erstauflagen der "probleme sozialistischer politik". Z.B. betrugen

die Selbstkosten für die 3.000 Stück der ersten Auflage unseres Bestsellers: Reiche, "Sexualität und Klassenkampf" DM 5.41 . Verkauft wurde der größte Teil davon für DM 4.80 pro Stück: Verlust DM 1.830,--. (Seit Jahresanfang sind weitere 5.000 Stück verkauft, sodaß der Verlust wieder ausgeglichen ist.) (Wir meinen, daß wir die Reproduktionsmöglichkeiten der Genossen, wenn es geht noch weiter steigern sollten.)

Während wir nun, da wir im Buchhandel eingeführt sind, mit den Rabatten leicht zurückgehen können, ist die oben erwähnte Steigerung der Gemeinkosten bei der noch laufenden Ausweitung der Produktion unumgänglich. Die Umsatzzahlen der letzten sieben Monate zeigen, daß diese Steigerung sich lohnt:

| | | |
|---|---|---|
| Umsatz Oktober | 1968 | : DM 18.025,49 |
| Umsatz November | 1968 | : DM 22.141,79 |
| Umsatz Dezember | 1968 | : DM 20.604,90 |
| Umsatz Januar | 1969 | : DM 18.798,44 |
| Umsatz Februar | 1969 | : DM 14.095,98 |
| Umsatz März | 1969 | : DM 15.552,92 |
| Umsatz April | 1969 | : DM 18.521,87 |

Das bedeutet einen Durchschnittsumsatz pro Monat von DM 18.200,--. Rechnet man vorsichtig mit flauen Sommermonaten, also mit einem Durchschnittsumsatz von DM 15.000,-- p.M., dann ergibt sich ein Jahresumsatz von ca. DM 180.000,-- für 1969. Der Wareneinsatz würde dann ca. DM 75.500,-- betragen, sodaß sich ein Rohertrag von ca. DM 104.500,-- ergeben würde. Aus diesem Betrag müssten die Honorare und Gemeinkosten von zusammen ca. DM 90.000,-- bezahlt werden. D.h. von der Rentabilitätsseite gesehen ist der Verlag im Laufe des Jahres 69 auf neuer Basis konsolidiert.

Neben der Tatsache, daß der Verlag 1968 nach wohlüberlegtem Kalkül mit Verlust abgeschlossen hat, wird hoffentlich aus dieser Erläuterung und der Gewinn- und Verlust-Rechnung klar, daß das Vertriebssystem ein ebenso wichtiger und ebenso notwendiger und berechtigter Faktor für die Festlegung der Preise unserer Publikationen ist. Genossen, die nur die reinen Herstellungskosten als Preisfaktor anerkennen, sind sich nicht über die Bedeutung von kontinuierlich und kontrollierbar arbeitenden Verlagen im Klaren. Die Preise für die diversen Piratendrucke sind kein Maßstab, weil sie nur sehr zufällig und unkontrollierbar produziert werden und nur sehr zufällig erhältlich sind.

Zur Aufrechterhaltung eines kontinuierlich arbeitenden Verlages gehört auch die Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit. Wenn die Rentabilitätsschätzung für 69 recht optimistisch aussieht, so ist das bei der Liquidität ganz und gar nicht der Fall.
Die gestiegnen Gemeinkosten und die Steigerung der Druckkosten mußten finanziert werden ebenso wie die verlängerten Zahlungsziele. Deswegen stiegen die Verbindlichkeiten von DM 3.670,06 auf die beachtliche Summe von DM 61.415,58 am 31.12.1968. Die Forderungen dagegen stiegen nur von DM 19.300,-- auf DM 50.100,-- (hauptsächlich an Genossen. Deswegen beliefern wir Einzelbesteller nur ungern und SDS-Gruppen nur gegen Vorauszahlung, um den Bestand an Forderungen zu Verringern).

Die Notwendigkeit, die Kapitaldecke zu erweitern, sei es durch Eigen- oder Fremdkapital bestand abstrakt schon bei der Gründung des Verlages ( wenn man größere Auflagen bezahlen kann, wird der Stückpreis geringer). Die Vergrößerung des Fremdkapitalbestandes geschah 1968 noch recht naturwüchsig durch Lieferantenkredite. Erst im Dezember gelang es uns zu billigen Bank- und Wechselkrediten überzugehen.

Das war möglich, da wir wegen des Vertriebs über den Buchhandel einen Teil der Einnahmen über einige Monate fest einplanen können. Trotzdem sind uns neue Gesellschafter oder Kapitalerhöhungen der alten noch immer willkommen. Allein schon deshalb, weil unser Bankkredit theoretisch jedes halbe Jahr gekündigt werden kann.
Auf der gegenwärtigen Ebene der Reproduktion des Verlages sind pro Jahr die finanziellen Mittel (nicht identisch mit den Kosten des Wareneinsatzes aus der Rentabilitätsrechnung, da sich einige Titel nicht im Laufe eines Jahres umschlagen) aufzubringen für den Druck von:
6 Nummern " neue kritik"
ca. 8 - 10 Bände "Probleme sozialistischer Politik"
ca. 4 - 5 Bände "Archiv sozialistischer Literatur"
Neuauflagen von ca. 2 Bänden "Archiv" à 1.000 Stück
Neuauflagen von ca. 3 Bänden "Probleme" à 3.000 Stück

Das sind nach Schätzungen auf den ebenso vagen Angaben ca. Ausgaben von DM 113.000,--. Unter der Annahme, daß die Einnahmen proportional zum Umsatz steigen, werden sie in demselben Zeitraum gerade DM 180.000,-- erreichen. Da die Gemeinkosten in der Regel auch gleichzeitig Ausgaben sind, bleibt nicht nur nichts zum Abtragen der heute schon bestehenden Verbindlichkeiten übrig, sondern sie werden sich sogar noch erhöhen, wenn es uns nicht gelingt, den Bestand an Forderungen zu verringern.
Die Finanzierungsseite des Verlages ist also keineswegs schon soweit konsolidiert, dass an eine Produktionsausweitung im laufenden Jahr gedacht werden kann.
Das ist bedauerlich, weil der SDS inzwischen wieder erste Ansätze von Interesse für seine Publikationsmöglichkeiten entwickelt,(z.B. die Übernahme der "neuen kritik" durch die neue Redaktion; die Planung einer Schriftenreihe der Republikanischen Hilfe); diese Ansätze aber noch nicht soweit artikulierbar sind, dass sie sich in unseren bisherigen Publikationsformen adäquat äußern könnten. Da gleichwohl unser Anspruch, theoretisch geschlossenen Beiträge,die die aktuelle Diskussion vorantreiben, zu veröffentlichen, politisch sinnvoll und notwendig bleibt, muss die Publikation von noch sehr vorläufigen Beiträgen, als Arbeitsmaterial, notwendig eine Erweiterung des Programmes mit erheblichen neuen finanziellen Belastungen mit sich bringen. Zu leisten ist diese Erweiterung nur, wenn gleichzeitig unser Vertriebssystem über SDS-Buchhandlungen, SDS-Gruppen und Reisekader weiter ausgebaut werden kann.

Frankfurt, den 6.6.1969

Helmut Richter

Verlag Neue Kritik KG
6000 Frankfurt am Main 1
Wilhelm-Hauff-Strasse 5
Telefon (0611) 77 86 70

Postscheckkonto
Frankfurt am Main 1507 74
Dresdner Bank
Frankfurt am Main 282 680

Archiv sozialistischer
Literatur
Probleme sozialistischer
Politik



# Bilanz des Verlages Neue Kritik KG per 31. 12. 1968

## Aktiva

### A. Anlagevermögen

1. Maschinelle Anlagen

| | | |
|---|---|---|
| Wert 1.1.68 | 4.500,-- | |
| + Zugang | 960,-- | |
| - Abgang | 4.500,-- | |
| | 960,-- | |
| -Abschreibungen | 240,-- | 720,-- |

2. Geringwertige Wirtschaftsgüter

| | | |
|---|---|---|
| Zugang 1968 | 856.57 | |
| - Abschreibungen | 855.57 | 1,-- |

### B. Umlaufvermögen

| | |
|---|---|
| 1. Kasse | 551.02 |
| 2. Postscheck | 3.763.89 |
| 3. Forderungen an Kunden | 31.772.51 |
| 4. Forderungen an Auslieferungen | 8.801.53 |
| 5. Forderungen an SDS-BV | 2.513.69 |
| 6. Sonst. Forderungen | 4.426.78 |
| 7. Vorsteuervorauszahlung | 2.671.61 |
| 8. Umsatzsteuervergütung 1967 | 649.63 |
| 9. Materialbestand | 42.366.79 |

### C. Sonstige Aktiva

| | |
|---|---|
| Verlagsrechte, Lizenzen | 3.756.88 |

### D. Ausstehende Einlagen 490.31

DM 102.485.64

## Passiva

### A. Fremdkapital

| | |
|---|---|
| langfristige Verbindlichkeiten | 811.91 |
| passive RAP (nk 51) | 3.493.50 |
| Wertberichtigung auf Forderungen | 694.32 |
| Bankkredit | 4.714.61 |
| Lieferantenverbindlichkeiten | 40.418.70 |
| Honorarverbindlichkeiten | 5.785.90 |
| Schuldwechsel | 8.200.-- |
| Sonstige Verbindlichkeiten | 1.484.46 |
| | 65.603.40 |

### B. Eigenkapital

| | |
|---|---|
| Wert 1.1.68 | 38.225.19 |
| + Zugang 68 | 2.993.96 |
| - Verlust 68 | 4.336.91 |
| | 36.882.24 |

DM 102.485.64

Frankfurt, den 6.6.1969

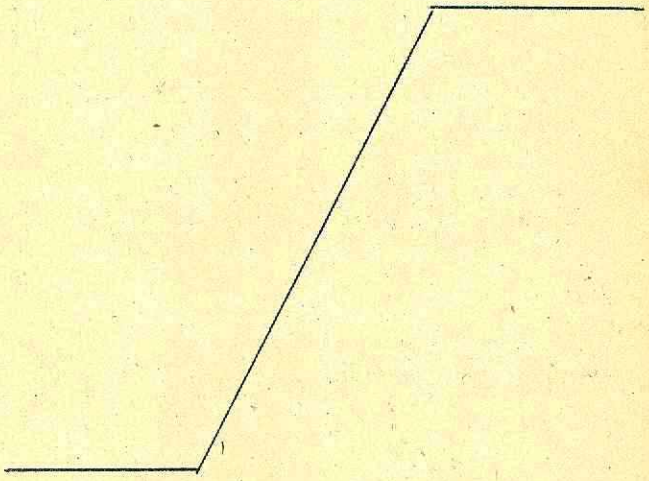
Verlag Neue Kritik KG
6000 Frankfurt am Main 1
Wilhelm-Hauff-Strasse 5
Telefon (0611) 77 86 70

Postscheckkonto
Frankfurt am Main 1507 74
Dresdner Bank
Frankfurt am Main 282 680

Archiv sozialistischer
Literatur
Probleme sozialistischer
Politik

# Gewinn- und Verlustrechnung des Verlages Neue Kritik KG für das Jahr 1968

| Aufwendungen | | | Erträge | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Wareneinsatz (Müko) | 18.694.37 | | Verkaufserlöse (Müko) | 36.091.58 | |
| Wareneinsatz asl | 5.853.86 | | Verkaufserlöse asl | 12.661.28 | |
| Wareneinsatz psp | 10.020.30 | | Verkaufserlöse psp | 28.763.63 | |
| Wareneinsatz NK | 20.726.35 | | Verkaufserlöse NK | 32.691.71 | |
| Wareneinsatz Sonderdrucke | 1.590.19 | | Verkaufserlöse Sonderdrucke | 2.822.66 | |
| Wareneinsatz Handelsware | 596.17 | 57.481.24 | Verkaufserlöse Handelsware | 924.57 | |
| | | | Lizenzverträge | 3.722.37 | 117.677.80 |
| Gehälter | | 18.870.66 | | | |
| Soziale Aufwendungen | | 886.85 | a.o.Erträge | | 5.209.52 |
| Honorare | | 6.716.85 | Skontierträge | | 306.48 |
| Lizenzgebühren | | 1.436.83 | Verlust 1968 | | 4.336.91 |
| Repräsentation | | 514.89 | | | |
| Büromaterial | | 3.490.28 | | | |
| Strom, Wasser, Heizung | | 144.39 | | | |
| Instandhaltung | | 125.80 | | | |
| Büromiete | | 3.900.-- | | | |
| Miete für Postalia | | 456.-- | | | |
| Gewerbesteuer, Lohnsummensteuer | | 367.76 | | | |
| Beiträge | | 564.-- | | | |
| Bücher und Zeitschriften | | 935.56 | | | |
| Porti und Frachten | | 2.838.94 | | | |
| Rechts-Beratungs-Prüfungskosten | | 1.102.80 | | | |
| Vertreterprovisionen | | 2.908.05 | | | |
| Werbekosten | | 5.952.15 | | | |
| Verpackungsmaterial | | 723.76 | | | |
| Telefonkosten | | 4.190.16 | | | |
| Kfz.-Kosten | | 3.161.39 | | | |
| Kommissionsgebühren (Müko, BAG) | | 4.244.64 | | | |
| gewährte Skonti | | 32.58 | | | |
| Zinsaufwand | | 11.73 | | | |
| Mahnverfahren | | 250.55 | | | |
| a.o. Aufwendungen | | 4.432.96 | | | |
| Abschreibungen auf Anlagen | | 1.095.57 | | | |
| Abschreibungen auf Forderungen | | 694.32 | | | |
| DM | | 127.530.71 | DM | | 127.530.71 |



Frankfurt, den 6.6.1969

Helmut Kuhlen

PRESSEERKLÄRUNG DES ALLGEMEINEN STUDENTENAUSSCHUSSES, DES SDS, DER ISRACA UND DER GUPS, FRANKFURT

In den letzten Tagen wird eine beispiellose Hetzkampagne gegen alle Kritiker des Zionismus und der Politik des Staates Israel geführt. Die Argumente der Gegner des Zionismus, vorgetragen auf teach-ins und dargestellt auf vielen Flugblättern und Informationsbroschüren, werden von der gesamten Presse verschwiegen ; die engegierten Kritiker werden als Anti-Semiten und Terroristen diffamiert.
Asher Ben Nathan kam zunächst zu Wort. Aber wie Ben Nathan von der "Selbstverständlichkeit des Zionismus und des Staates Israel" ausgeht und als einzige Legitimation die Mehrheit der Wählerstimmen anführt, der kann keine grundlegende Kritik am Zionismus, an der israelischen Expansionspolitik, an der Vertreibung und Verfolgung von Palästinensern und arabischen Sozialisten in Israel selbst dulden. Wer wie Ben Nathan die Politik der Palästinensischen Befreiungsfromt Al Fateh, die in den Worten "Wir kämpfen nicht gegen die Juden, sondern gegen den Zionismus" ausgedrückt ist, nicht zur Kenntnis nehmen will, um nicht von der zionistischen Unterdrückung sprechen zu müssen, muß zwangsläufig diejenigen, die von dieser Unterdrückung reden als Anti-Semiten und Faschisten bezeichnen.
Deshalb forderten am Montag jüdische, arabische und deutsche sozialistische Studenten, daß ein Vertreter der jüdischen sozialistischen Organisation Matz Pen zu Worte kommen sollte, damit die Absurdität des Vorwurfes von Anti-Semitismus und Völkermordhetze deutlich wurde und somit die Grundlage für eine rationale Diskussion ohne Diskriminierung von Juden und Arabern gegeben sei; denn wer von der Selbstverständlichkeit des Zionismus ausgeht, unterstellt einen rein jüdischen Staat, in dem Araber keinen Platz haben, oder nur als Unterdrückte leben können. Deswegen ist der sogenannte Nah-Ost-Konflikt nicht mehr als Konflikt zwischenStaaten zu interpretieren, sonder man muß Partei ergreifen, entweder für die zionistischen Unterdrücker oder für die jüdischen und arabischen sozialrevolutionären Kräfte.
Da eine solche Diskussion am Montag unmöglich war, veranstaltete der AStA am Mittwoch abend ein teach-in, auf dem Eli Löbel, ein Vertreter der Matz Pen, sprechen sollte.
DIE HETZKAMPAGNE, DIE NACH DEM MONTAGABEND VON BEN NATHAN, DEM SPD-OBERBÜRGERMEISTER BRUNDERT, MINISTER STOLTENBERG UND DER GESAMTEN PRESSE GEFÜHRT WURDE, INDEM MAN SPRECHCHÖRE ALS FASCHISTISCHE GEWALTANWENDUNG INTERPRETIERTE UND OFFEN- WIE ZUM BEISPIEL IN DER FAZ VOM 11.6.69 DAVON SPRACH, DAß "GEWALT GEWALT HERAUSFORDERT" UND DAMIT VON VORNHEREIN MÖGLICHE GEWALTANWENDUNG GEGEN DIEJENIGEN LEGITIMIERT, DIE MAN ALS RANDALIERER UND HITLERS ERBEN ABGESTEMPELT HAT! Folgerichtig kam es am Mittwochabend zur Gewaltanwendung: fanatiache Anhänger des Staates Israel stürmten mit organisierten Schlägertrupps, die mitMessern und Holzstücken bewaffnet waren, das Podium, nachdem gerade vorher jüdische Studenten zur Diskussion aufgefordert hatten. PROFFESSIONELLE SCHLÄGER, DIE IN "EINSATZWAGEN" AUS DER KAISERSTRASSEN-GEGEND GEKOMMEN WAREN, ÜBERFIELEN GEZIELT JÜDISCHE, ARABISCHE UND DEUTSCHE STUDENTEN, DIE IHNEN ALS GEGNER DES STAATES ISRAEL BEKANNT WAREN. AUF DEN KOPF DES ZU BODEN GESCHLAGENEN UND WEHRLOSEN VERTRETERS VON MATZ PEN VERSUCHTEN DIESE KRIMINELLEN EINEN SCHWEREN PROJEKTOR ZU STÜRZEN. VERLETZTE ARABISCHE STUDENTEN WURDEN BIS IN DIE GÄNGE VERFOLGT UND NOCH EINMAL ZUSAMMENGESCHLAGEN. MEHERE SCHWERVERLETZTE MUSSTEN INS KRANKENHAUS GEBRACHT WERDEN. DIE POLIZEI, DIE VON ARABISCHEN STUDENTEN UND DEM HAUSMEISTER DER UNIVERSITÄT GERUFEN WORDEN WAR, MACHTE SICH ZUM KOMPLIZEN UND GRIFF NICHT EIN.
Die prozionistischen Schlägertrupps hatten sich vor und nach der Aktion nach den Namen und Adressen jüdischer antizionistischer Studenten erkundigt, den in den letzten Tagen außerdem von proisraelischer Seite Gewalt und sogar Mord angedroht worden war. Nach der Aktion flohen die Schläger in ihren Autos, die mit laufendem Motor vor der Universität gewartet hatten. Kommilitonen, die ihnen folgten, wurde gedroht, man würde schießen (Augenzeugen haben Pistolen gesehen), ein fotografierender Student wurde mit brutaler Gewalt angegriffen.

Die Parteilichkeit der deutschen Presse ist erwiesen, wenn sie die Vörgänge vom Montag, bei denen kein einziger Vertreter der zionistischen Seite tätlich angegriffen wurde, übereinstimmend als faschistischen Terror der linken Studenten bezeichnet und somit eine Progromsituation geschaffen hat, die tatsächlich Gewalt auslöste, die wiederum in dem eingeschlagenen Weg der Propaganda zynisch "als allgemeine Schlägerei" dargestellt wurde.

## ANZEIGEN

KONTERREVOLUTION IN INDONESIEN

Inhalt:

- o Resolution der Arbeitskonferenz April 1969
- o Einar Schlereth: Indonesiens Weg zur Konterrevolution
- o J. Suroso: Zur wirtschaftlichen und politischen Struktur Indonesiens
- o Erklärung des Politischen Büros des ZK der PKI vom August 1966

Herausgegeben vom BV ,6 Frankfurt/M., W.Hauff Str. 5
Bestellungen nur ab 10 Exemplaren (DM 14.-) Einzelverkaufspreis in den Buchhandlungen und bei den Genossen, die den Verkauf organisieren: DM 2.-

Eine Broschüre von CHALAIND über die palästinensische Organisation AL FATAH und FPDLP ist über den BV zu erhalten. (Übersetzung aus Le Monde Diplomatique)
Mindestabnahme 10 Stück, Verkaufspreis 1.50 DM
SOFORT BESTELLEN, AUFLAGE BEGRENZT!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

| | | |
|---|---|---|
| AGNOLI | Transformation der Demokratie<br>ab 20 Exemplaren Nachnahme: DM 2.50 | 88 S. Heft A5 |
| KURON, MODZELEWSKI, off.Brief a.d.ver.poln.Arb.-Partei | ab 20 Expl. Nachnahme : DM 1.50 | 80 S.Heft A5 |

über den BV; 6 Ffm 1, W.Hauff Str. 5

Dem INFO beigelegt ist eine Broschüre, die als Diskussionsgrundlage für Köln geschrieben war, aber nicht rechtzeitig gedruckt wurde. Sie soll in den verschiedenen Schulungsgruppen diskutiert werden, um daraus eine größere Agitationsschrift zu entwickeln.
WEITERE EXEMPLARE SIND BEIM BV ERHÄLTLICH!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!